



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhals pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum eines kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate auf Schließern 20 Pf.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 418. Morgen-Ausgabe.

Einundfiebzigster Jahrgang. — Ebnard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 19. Juni 1890.

Momentbilder aus dem Reichstage.

IX.

XX Berlin, 17. Juni.

Der brenzliche Geruch, von dem ich in dem letzten „Momentbild“ sprach, hat sich wieder aus dem Foyer des Reichstages verloren. Excellenz Windthorst, der das Phänomen unter allen Reichsboten am tragischsten genommen, hat mit dieser seiner Auffassung keine Schule gemacht. Aber wenn es auch nicht mehr „nach Conflict riecht“, wenigstens nicht so intensiv, so deutlich, daß man davon beschwerden könnte, so weiß doch Jedermann, daß auch aus dem langsamen und unmerklichen „Schwelen“ eines verborgenen liegenden brennbaren Gegenstandes ein helles Feuer werden kann. Wird die Militärvorlage diesmal auch mit Hilfe des Centrums noch angenommen, so liegen die riesenhaften Zukunftspläne des Kriegsministers im Hintergrunde, von denen man die dunkle Vorstellung hat, daß ihre Verwirklichung schwere Kämpfe hervorruft. Einmalen arbeitet der Reichstag mit Eifer an der friedlichen Aufgabe, die gewerblichen Schiedsgerichte unter Dach und Fach zu bringen. Mit welchen Schwierigkeiten dieses löbliche Beginnen zu kämpfen hat, darüber sind in dieser Zeitung wiederholt Andeutungen gegeben worden. Die größte Schwierigkeit besteht vielleicht darin, den Reichstag beschlußfähig zu halten. Heute kam es zu einer namentlichen Abstimmung über den Antrag Eberts, im § 8 des Entwurfs die Altersgrenze für die Wahlbarkeit als Mitglied eines gewerblichen Schiedsgerichts von 30 auf 25 Jahre herabzusetzen. Namentliche Abstimmung bei einem schwachbesetzten Hause! Das ist unter Umständen so gut wie fahrlässiger Selbstmord. Die Juristen vergehen mir den Ausdruck; ich weiß nicht, ob es angeht, mit dem Begriffe Mord, der immer den Vorsatz und die Ueberlegung voraussetzt, den Begriff der Fahrlässigkeit zu verbinden, die den Vorsatz ausschließt. Jedenfalls weiß der Reichstag, wenn namentliche Abstimmung beantragt wird, daß er sich damit für den laufenden Tag zur Selbstauflösung treiben kann. Ein Mann weniger als die Hälfte im Hause anwesend, und die Sitzung ist geschlossen. „Wir sind beschlußfähig“, tönt es aus der einen Ecke des Saales heraus; „es sind zu viel Conservative draußen in der Pferde-Ausstellung“. „Wir sind unbeschlußfähig“, hört man von der anderen Seite, „denn wir sind kaum unserer Hunderttausend“. „Sie scheinen in der Schätzung Ihrer Collegen“, geheimer stark zu sein, Verehrtester“, antwortet darauf eine Stimme aus der Nachbarschaft, „wir sind nicht beschlußfähig; wir sind über-zweihundert“. „Warten Sie doch das Resultat ab, verehrte Herren, in zehn Minuten werden Sie genau wissen, ob wir unbeschlußfähig sind oder nicht“. „Beschlußfähig, beschlußfähig, unbeschlußfähig“ — kaum hört man ein andres Wort durch die Luft schweben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinen schweren Bedenken gegen die Unbeschlußfähigkeit unverhohlen Ausdruck geben, nicht gegen den Zustand des Reichstages, den man mit diesem Worte bezeichnet, an sich, sondern gegen das schreckliche Wort „unbeschlußfähig“, das sich bei manchen Herren Abgeordneten und bei manchen Zeitungen einer besonderen Beliebtheit erfreut. Im Grunde ist's ja ganz gleichgültig, ob das Haus beschlußfähig oder unbeschlußfähig ist; reicht die Zahl der Anwesenden nicht aus, so verläßt man das Local, die Gesetzgebung des Deutschen Reiches, der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, auf vierundzwanzig Stunden im Stich lassend. Aber sprachlich bleibt es geschmacklos, zu sagen: unbeschlußfähig. Sagt man: er hat seinen Gegner unkampffähig gemacht, oder sagt man: kampfunfähig? Sagt man: er ist als unbeschlußfähig, oder sagt man, er ist als dienstunfähig aus dem Amte entlassen? Kampfunfähig, dienstunfähig, beschlußunfähig — folgen wir der in dieser Trias von Unfähigkeiten schlummernden Analogie und verharren wir bei dem allgemein verständlichen deutschen Worte: beschlußunfähig. Nur heute nicht; denn, wie sich zur Ueberraschung der Mehrzahl der Reichsboten herausstellte, waren heute auf die Seffel des Saales und in die Gänge zwischen den Plätzen 218 Abgeordnete vertheilt, das letztere aber erst, nachdem, wie in solchen Fällen üblich, das elektrische Läutewerk des Hauses durch einen Fingerdruck des Präsidenten in Bewegung gesetzt war. Im Leseaal, im Schreibzimmer, in der Bibliothek und vor Allem natürlich in der Restauration künden das anhaltende Schellen der überall angebrachten Glocken an, daß es geboten ist, zur Stelle zu sein. Angefangene und abgebrochene Briefe sind in diesem wichtigen Augenblicke im Reichstagsgebäude so häufig, wie angefangene Stickerien in einem Tapiseriewaarengeschäft; herzerquickende Leitartikel werden, nur zur Hälfte gelesen, mit Entfaltung aus der Hand gelegt; Anekdoten, die im Foyer erzählt werden, sieht man gewaltig auf ein Drittel ihres sonstigen Umfanges reducirt, damit ihnen im abgekürzten Verlaufe noch schleunigst die Pointe anhängen werden kann. Das Glas „Parlamentärschokolade“ — in der Restauration schänkt man einen auf diesen zweckentsprechenden Namen gekauften, im Uebrigen selbstverständlich ungetauften Wein (a Glas 50 Pfennige) aus — wird mit mehr als affenartiger Geschwindigkeit heruntergeschluckt. Durch die vier Thüren des Saales strömen die Volkvertreter herein, um bei dem Aufruf ihres Namens mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten. Beginnt der Namensaufruf mit einem der ersten Buchstaben des Alphabets, so zieht sich wohl der eine oder der andere Reichsbote, der seinen Namen mit S, T, U oder einem noch weiter in der Arrirgarde des Alphabets marschirenden Anfangsbuchstaben schreibt, noch einmal auf einige Minuten zurück. Schließlich wird das Alphabet von einem der Schriftführer recapitulirt, damit kein „Ja“ oder „Nein“, das in den Annalen des Reichstages und in dem parlamentarischen Leben des Einzelnen sorglich gebucht werden kann, ungeprochen unter den Tisch fällt.

Wenn die namentliche Abstimmung beendet ist, so wird das Resultat nach einigen Minuten verkündet. Hat sich, wie heute, die Beschlußfähigkeit des Hauses herausgestellt, so wird in der Verhandlung fortgefahren. Im Saale tritt wieder eine Ebbe ein zu Gunsten des Foyers, des Lesezimmers, der Restauration.

Deutschland.

Berlin, 17. Juni. [Die Stellung weiblicher Arbeiter.] In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde der größere Theil der Zeit mit Erörterung der Frage ausgefüllt, ob man den weiblichen Arbeitern das Recht einräumen soll, an der Wahl der Mitglieder des Gewerbegerichts theilzunehmen. Zur Abstimmung ist es

noch nicht gekommen, doch ist es zweifellos, daß dieselbe verneinend ausfallen wird. Nur um das active Wahlrecht handelt es sich; die Socialdemokraten würden zwar gern den Frauen auch das passive Wahlrecht einräumen, haben aber keinen darauf gerichteten Antrag eingebracht, weil sie mit demselben allein bleiben würden. In der That würde es nach unseren Sitten fremdartig berühren, eine Frau auf der Richterbank Platz nehmen zu sehen. Gegen das active Wahlrecht der Frauen machte die Majorität und die Regierung geltend, daß dasselbe der erste Schritt zur Verwirklichung der Frauenemancipation sein würde, und daß wenn dasselbe zugelassen sei, ein starker Andrang darauf stattfinden würde, den Frauen auch das politische Wahlrecht einzuräumen. Diese Annahme ist indessen völlig haltlos. Die moderne Entwicklung hat dahin geführt, daß eine Frau, die gezwungen ist, durch Arbeit in der Fabrik oder in der Hausindustrie sich ihr Brod zu verdienen, wirtschaftlich dieselbe Stellung einnimmt, wie der Mann. Sie ist genöthigt, ganz in derselben Weise wie dieser den Kampf um ihr Recht aufzunehmen, und muß daher dieselben Mittel haben, sich ihres Rechtes zu verschern, insbesondere auch bei der Auswahl der Richter mitzuwirken. In dem Krankenkassengesetz hat man diese Gleichstellung der Frau mit dem Manne bereits anerkannt; es wäre die einfache Konsequenz, wenn man bei den Schiedsgerichten ebenso verfährt. Daß daraus lärmende Wahlagitationen hervorgehen würden, ist nicht zu befürchten. Wahrscheinlich wird die ganze Schiedsgerichtswahl zu heftigen Wahlkämpfen nicht führen. Die einzelnen Interessengruppen werden sich über die Männer ihres Vertrauens leicht vereinigen; es werden Wahllisten ausgegeben werden und der ganze Act der Wahl wird darin bestehen, daß der einzelne Wähler seine Liste abgibt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es durchgehends zu einstimmigen Wahlen kommen. Es ist durchaus überflüssig, das Zerrbild an die Wand zu malen, als werde man bei uns Scenen erleben, wie sie Aristophanes in den Ekklesiazusen schildert. Es ist unbegreiflich von der Regierung, daß sie in diesen Dingen auf die Wünsche der socialdemokratischen Partei nicht mit größerem Entgegenkommen eingeht. Man mag die Bestimmungen über das Wahlrecht gestalten, wie man will, das Resultat wird stets nahezu das gleiche sein. Es werden Personen gewählt werden, die in den Arbeiterkreisen sich des Vertrauens erfreuen. Den socialdemokratischen Wünschen nachzugeben, würde einerseits völlig ungefährlich sein und andererseits eine verführerische Stimmung hervorrufen. Es ist unzweifelhaft, daß das Gesetz, wie es sich jetzt gestaltet, den Zweck verfehlt wird, in den arbeitenden Kreisen das Bewußtsein hervorzurufen, daß einmal eine berechnete Forderung in vollem Umfange erfüllt ist.

* Berlin, 17. Juni. [Das Abkommen mit England] wird, wie bereits erwähnt, im Allgemeinen mit Befriedigung besprochen. Die „Post. Ztg.“ meint, Deutschland könne mit der Zusage zufrieden sein, daß die englische Regierung für die Abtretung des der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Gebiets an Deutschland wirken wird, wodurch freilich die Colonialpolitik auf vollkommen neue Grundlagen gestellt würde. Bezüglich Helgolands schreibt die „Post. Ztg.“:

In den letzten Jahren ist wiederholt im englischen Unterhause angefragt worden, ob die Regierung beabsichtige, die Insel an Deutschland abzutreten. Regelmäßig wurde geantwortet, daß zwar England keinen besonderen Werth auf den Besitz des Eilandes lege, allein Deutschland auch noch nie den Wunsch ausgesprochen habe, dasselbe zu besitzen. Jetzt hat offenbar Herr von Caprivi den Besitz Helgolands als ein ausreichendes Äquivalent für alle Zugeständnisse in Afrika angesehen. Helgoland ist für Deutschland, zumal wenn dasselbe mit England verbunden ist, ungleich wichtiger als für das Inselreich. Es ist ein in der Nordsee gelegenes Felsenland, welches, 56 Kilometer von dem nächsten Punkte Schleswigs und 58 Kilometer von Cuxhaven gelegen, die Mündungen der Elbe, Weser und Eider beherrscht. So gleichgültig heute Helgoland den Engländern, welche dort einen Gouverneur bezahlen müssen, ist, so wichtig ist es für Deutschland. Der Erwerb wird daher jedwede etwa mögliche Verzögerung über die diesseitigen Zugeständnisse in Afrika reichlich aufwiegen.

Die „Post“ äußert sich folgendermaßen:

Auf deutscher Seite hat man immer das unangenehme Gefühl empfunden, daß wenige Meilen vor der Mündung des für die Schifffahrt wichtigsten deutschen Stromes auf einem kleinen Eiland die Flagge einer fremden, wenn auch befreundeten Nation wehte; dieses Gefühl hat sich noch gesteigert, seit Deutschland zur nationalen Einheit gelangt war, und es hat manchmal zu Klagen und Wünschen geführt, deren Unzeitgemäßheit allerdings eben so oft von allen politisch Denkenden anerkannt wurde, und die deshalb auch immer wieder bald verstummen. Aber das muthige Gefühl blieb bestehen; und man kann wohl sagen, daß in diesem Punkte, wie nur selten der Fall, die Deutschen einig waren, wie sie es immer mehr sind, wenn es sich um Ideen als um materielle Dinge handelt. Die Post hat dazu beigetragen, der kleinen Insel vor der Mündung der Elbe einen Reiz zu verleihen, den ganz Deutschland empfindet, und ließ sie als eine Perle erscheinen, nach welcher man sich vergeblich sehnte, und die so lange unerreichbar schien. . . Jedenfalls sind durch diesen Vertrag die Elemente, welche Zwietracht zwischen den beiden stammverwandten Völkern stiften könnten, glücklicherweise der Welt geschöpft. In Afrika selbst ist der thätigsten Colonisationsarbeit der Deutschen immer noch ein weites Feld geöffnet, und diejenigen, welche sich bei uns vor einer maßlosen Ausdehnung der colonialen Erwerbungen in Afrika fürchten, müssen jetzt anerkennen, daß der Regierung nichts ferner liegt, als eine Politik zu fördern, bei welcher Verwicklungen und Rückschläge vielleicht in Verbindung mit sehr großen Opfern nicht ausbleiben könnten. Andererseits muß der Besitz Helgolands dem deutschen Nationalgefühl eine Befriedigung gewähren, welche dem ersten großen, öffentlichen Acte der Regierung Kaiser Wilhelms II. auf dem Felde der internationalen Politik eine herzlich-freudige Zustimmung sichert.

Auch die „B. V. Z.“, welche stets colonialfreundlich war, findet sich mit den gegebenen Thatfachen ab. Sie schließt ihre Betrachtungen über das englisch-deutsche Abkommen folgendermaßen:

Sollen wir unser Urtheil kurz zusammenfassen, so müssen wir sagen, wir stimmen dem Uebereinkommen mit England in erster Reihe um deswillen zu, weil es alle Differenzpunkte, die zwischen beiden Reichen vorhanden waren, gründlich und endgültig beseitigt, weil es die sichere Gewähr bietet, daß der Fortbestand der intimen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England für absehbare Zukunft gesichert ist. Und das ist ein Gewinn, den niemand unterschätzen wird, in welchem Lager immer er stehe.

[Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit] wird seine statutenmäßige General-Versammlung am Montag, den 23. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, in seinem Bureau local hier selbst, Seckelstraße 14, abhalten. Auf der Tagesordnung steht nur die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten.

[Ein Eisenbahnunfall.] der am Abend des 3. Januar d. J. auf dem Anhalter Bahnhofe stattfand, unterlag gestern der Prüfung der zweiten

Strafammer des Landgerichts I. Der Heizer Heinrich D. war der Gefährdung eines Eisenbahnzuges angeklagt. Der Personenzug, welcher um 10 Uhr 30 Min. Abends in den Anhalter Bahnhof einlief, wird nach seiner Leerung auf die Weite aus der Halle geschafft, daß eine Locomotive an den Schlußwagen des Zuges gelegt wird, die denselben dann rückwärts hinauszieht. Die Locomotive, welche den Zug brachte, wird losgekoppelt und soll dem rückwärts fahrenden Zuge in angemessener Entfernung folgen. Der Angeklagte soll mit solcher Maschine unpöflich schnell gefahren sein und stieß dadurch auf den vor ihm fahrenden Zug; der Zusammenstoß war so heftig, daß mehrere Postbeamte nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände eine Woche Gefängnis. Der Gerichtshof hielt die Bestimmungen, welche bei der Ausführung eines derartigen Zuges aus der Halle vorgezeichnet sind, nicht für ausreichend, um Unglücksfälle zu verhüten, und erkannte darum nur auf eine Gefängnißstrafe von 3 Tagen.

[Ein verurthelter Taschendieb.] der Schneider August Döple, wurde am Dienstag der zweiten Strafammer des Landgerichts I. vorgeführt. Döple, der jetzt 52 Jahre alt ist, hat außer vielen Gefängnißstrafen nicht weniger als 27 Jahre Zuchthaus hinter sich. Kaum in Freiheit gesetzt, hat er stets sofort wieder sein gemeingefährliches Gewerbe aufgenommen. Die letzte Strafe hatte er am 12. März verbüßt und jetzt stand er wiederum unter der Anklage zweier vollendeter und zwölf verurthelter Taschendiebstähle. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren und den üblichen Nebenstrafen.

ß [Der Reichstags-Abgeordnete Ludwig Gräbe] hat, wie schon gemeldet, seine Güter Orchow und Slowikowo an die Colonisationscommission verkauft und sein Reichstagsmandat niedergelegt. In einem Briefe an den „Dziennik Pogananski“ erklärt Gräbe, daß er durch Schulden und infolge Aufkündigung von hohen Hypothekensummen, nachdem Graf Stephan Mysielski den ihm angebotenen Kauf zu einem 100 000 M. geringeren Kaufpreise als dem von der Colonisationscommission gebotenen abgelehnt, zu diesem Schritte gezwungen worden sei.

[Die Regierungen zu Gumbinnen und Königsberg] beschäftigen sich gegenwärtig mit einem Plane, sämmtliche größere Moore ihrer Bezirke zu cultiviren. Die bis jetzt gemachten Versuche im Gumbinner Regierungsbezirk haben durchweg günstige Ergebnisse geliefert, so daß dort auf mehreren Brüchen, auf denen früher nur wilde Gänse, Enten, Schwäne und Raubvögel nisteten, sich heute bereits fruchtbare Ebenen ausdehnen, auf denen Kartoffeln und hauptsächlich Gemüse vorzüglich gedeihen. Auch Getreide baut man bereits an. Die Größe der Moore im Regierungsbezirk Gumbinnen beträgt 10 000 Hektar, diejenige des Regierungsbezirks Königsberg fast ebenso viel. Die Arbeiten der Regierungen werden sich besonders auf die Entwässerung der Brüche erstrecken; es werden durch die Moore große Canäle gezogen und genügende Abzugsgräben gelegt, welche das sich ansammelnde Wasser sofort aufnehmen und fortzuführen im Stande sind. Ist die Entwässerung so weit vorgeschritten, daß die Ebenen von Pferden und Menschen betreten werden können, dann werden Parzellen von 8 bis 15 und 20 Morgen Größe geschaffen, welche den sich Anbauenden in den beiden ersten Jahren vollständig unentgeltlich, dann aber gegen einen geringen Grundzins zur Bewirtschaftung abgegeben werden sollen. Die wissenschaftlichen Erhebungen über die Entstehung der ostpreussischen Moore haben übrigens sehr interessante Aufschlüsse ergeben, welche nach dem Abschluß der Arbeiten veröffentlicht werden sollen. In den bereits cultivirten Mooren des Gumbinner Regierungsbezirks erfreuen sich sehr viele Bewohner schon einer gewissen Wohlhabenheit; sie haben zahlreiche Parzellen von der Regierung allmählig angekauft, und so sind Heide, kleine Güter und Dörfer entstanden, wo früher nur wilde Gräser und Heidekraut wucherten. Die Arbeiten in den Mooren des Regierungsbezirks Königsberg werden, wie die „K. S. Z.“ meldet, noch in diesem Jahre bestimmt in Angriff genommen werden.

3 Aus Sachsen, 17. Juni. [Militärvereine. — Kassensteuer.] Die Ausstoßung von Mitgliedern der Militärvereine wegen socialdemokratischer Gesinnung hat sich nach einem Eingekündniß des conservativen „Vaterland“ mehrfach als ein Irrthum erwiesen. Es hat sich herausgestellt, daß Manche mit Unrecht verächtlich worden sind, und es wird jetzt die Schuld auf niedere Organe geschoben, welche in ihrem Eifer, der guten Sache zu dienen, über das Ziel hinausgeschossen haben. Es ist die alte Geschichte: „Die Diener tragen alle Schuld“ und das Directorium von Sachsens Militärvereinsbunde wäscht sich die Hände in Unschuld. Es beklagt das Vorkommniß, welches die Organisation der sächsischen Militärvereine in Frage zu stellen drohte, und wird, wie das „Vaterland“ versichert, die Ehre der unschuldigen Ausgestoßenen vollständig wiederherstellen und ihnen Genugthuung gewähren. Für die Zukunft empfiehlt das conservative Organ größere Vorsicht und die Einsetzung von Ehrengerichten, welche gewissenhaft prüfen und gerecht entscheiden. Man sieht augenscheinlich ein, welche Thorheit man begangen hat, indem man Politik in die Kriegervereine hineinzutragen versuchte, — ob der Fehler noch wieder gut zu machen ist, erscheint mindestens zweifelhaft. — Die Kassensteuer, wegen deren das Ministerium des Innern Umfrage hält, findet wenig Anhang. Der neuerdings gemachte Vorschlag, die Anlegung von Kassenmaulwürfen obligatorisch zu machen, hat allgemeine Heiterkeit erregt.

Elberfeld, 15. Juni. [Anklage wegen Preßvergehens.] Gestern stand vor der Strafammer der Redacteur der hier erscheinenden socialdemokratischen „Freien Presse“, Hermann Grimpe, des Preßvergehens in zwei Fällen angeklagt. Am 13. Februar d. J. erschien in der „Freien Presse“ ein „Eingekündniß“, in welchem ein Abendgottesdienst in der lutherischen Kirche besprochen wurde. Es war u. a. gesagt, daß die Pastoren auch Sonntagsruhe haben müßten, daß ein Theil der Kirchenbesucher in der Kirche ein Schlafen gehalten, während auf der Galerie eine Rote Jungen Anzug getragen hätten. Im weiteren wurde dann noch die Predigt des Pastors kritisiert. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Beschimpfung der Einrichtungen der lutherischen Kirche und groben Unfugs. Die Vertheidigung bezeichnete die Anklage als haltlos; es sei in maßvoller Weise an der Einrichtung der Kirche Kritik geübt und nur die Rede des Pastors besprochen, nicht aber das Predigen im Allgemeinen. Das Strafgesetzbuch schließe wohl die Einrichtungen der Kirche, nicht aber eine einzelne Rede; im Uebrigen aber seien in dem ganzen Artikel beschimpfende Ausdrücke nicht zu finden. Ebenso wenig habe sich der Verfasser des groben Unfugs schuldig gemacht; denn nach den neuesten Erkenntnissen werde grober Unfug durch die Presse nur dann begangen, wenn in störender Weise durch erfindene Mittheilungen das Publikum in Aufregung versetzt werde. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Vertheidigers an und sprach den Angeklagten frei. Ferner war Grimpe angeklagt wegen eines Vergehens gegen § 19 des Socialistengesetzes. In der Grimpe'schen Druckerei erschien während der Wahlzeit ein Flugblatt „An die Reichstagswähler des dritten hessischen Wahlkreises“, das von der Regierung zu Wiesbaden verboten wurde. Grimpe brachte die das Verbot betreffende Verfügungsverfügung wörtlich zum Abdruck. Er behauptete, daß ihm der Dolus gefehlt habe, das Gericht war jedoch der Ansicht, daß er sich der Strafbarkeit der nochmaligen Veröffentlichung wohl bewußt gewesen, und erkannte auf 150 M. Geldstrafe bezw. 30 Tage Gefängnis.

Freiburg i. Br., 16. Juni. [Eine „sanfte Schwiegermutter.“] Vor der hiesigen Strafammer stand heute, so wird der „Frei. Ztg.“ geschrieben, ein bemerkenswerther Proceß zur Verhandlung, dessen Vorgeschichte in nicht weniger als vier Staaten, in Deutschland, der Schweiz, Holland und England, spielte und in den meisten dieser Länder großes Aufsehen erregte. In den Polizei-Fahndungsblättern aus der letzten Zeit

wird durch die hiesige Staatsanwaltschaft eine Wwe. Bulley, zuletzt in Scheveningen (Holland) wohnend, wegen Aufforderung zum Mord verfolgt. Die Frau ist bis jetzt der deutschen Polizei noch nicht in die Hände gefallen, der heute hier verhandelte Fall steht aber mit dem Vergehen, dessen sie bezichtigt wird, in engstem Zusammenhang. Auf der Anklagebank sitzen Balthar Gelsmann und Peter Kleinerz aus Köln. Beide, ehemalige Kaufleute und nunmehr Agenten, wurden von Wwe. Bulley gebunden und präsumendo mit 30000 M. dafür belohnt, den hier wohnenden und hier heimathsberechtigten Privatier Dr. Hoel, Vater zweier Söhne, zu ermorden. Indes stehen sie nicht deshalb vor Gericht, da ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie den Auftrag auch ausführen wollten, sondern sie haben sich wegen Verleumdung des Dr. Hoel zu verantworten. Der Zusammenhang erbellt aus dem Nachfolgenden: Aus dem Umstande schon, daß Herr Dr. H. ein Schwiegersohn der Wwe. Bulley ist, ergibt sich, daß man es hier mit einem Familiendrama zu thun hat. Und in der That, ein Drama könnte man den Vorgang nennen, der dem heutigen Strafproceß zu Grunde liegt. Dr. H., ein Holländer, heirathete im Jahre 1876 eine Tochter der Frau Bulley, welche letztere alsbald einen mehr als gewöhnlichen Einfluß auf den Haushalt ihrer Kinder auszuüben verstand. Die hierdurch entstandenen Zwistigkeiten nahmen an Umfang zu, als dem jungen Ehepaar ein Sohnlein geboren wurde und Frau Bulley dasselbe, angeblich weil es den Namen ihres verstorbenen Sohnes trug, für sich in Anspruch nahm und frühzeitig schon eine Kluft zwischen Eltern und Kind vorbereitete. Im December 1882 starb die Frau des Dr. H., und dieser glaubte es dem Andenken der Verstorbenen schuldig zu sein, seine Kinder und deren Erziehung vor dem Einflusse der Großmutter zu bewahren. Letztere beschloß aber, den ältesten Enkel zu entführen. Am 1. August 1883 ergriff Frau Bulley das auf der Straße spielende Kind, begab sich mit ihm in einen bereitstehenden Wagen und fuhr davon. Dr. H. aber fand, als er nach Hause kam, einen Brief der Frau B. vor, in dem ihm diese mittheilte, daß sie mit dem Knaben Scheveningen verlassen und nach Boisfort bei Brüssel gegangen sei. Es war sofort klar, daß mit dieser Angabe der Vater irreführt werden sollte. Es wurde nach London telegraphirt, da man vermutete, daß Frau B. sich dahin begeben habe, doch war es der Frau, die wirklich ihren Weg über London nahm, gelungen, den auf sie wartenden Polizisten zu entgehen. Nach langem Umherstreifen und unterstützt von einem großen Polizeiparade fand der Vater endlich sein Kind in Chelbury (England). Dr. H. zog, nach Holland zurückgekehrt, seine Klage gegen Frau B. zurück und die strafrechtliche Verfolgung derselben hatte zunächst keinen anderen Erfolg als den, daß die „Schwiegermutter“ nunmehr erst recht es zu ihrer Aufgabe machte, das Kind zu entführen. Es begann für Dr. H. eine Reihe furchtbarer Verfolgungen durch Frau Bulley, die, großes Vermögen besitzend, ganze Scharen von Spionen bezahlte. Nebenbei sei bemerkt, daß die Frau der Behörde hinterbrachte, ihre Tochter sei durch Dr. H. vergiftet worden, eine Behauptung, die durch die schließliche Ausgrabung und Untersuchung der Leiche gründlich widerlegt wurde. Am 30. September 1885 erhielt Dr. H. Kenntniß davon, daß ein gewaltthätiger Angriff auf seine Wohnung geplant sei. Es stellte sich richtig auch eine Notte ein, die, nachdem einer dieser Mithingel unter falschen Angaben sich Einlaß verschafft hatte, über den Dr. H. herfiel und in schwerem Ringen diesen ver wundete. Es gelang indes nicht, dem Vater die Kinder zu entreißen. Eine andere Bande wurde von Frau B. gebunden, die das Haus des Dr. H. überfallen, diesen selbst kampfuntüchtig machen und hierauf die Kinder entführen sollte. Die Geisellen wurden mit Revolvern, Striden, einer Blendlaterne und zwei Düten Pfeffer ausgestattet. Auch dieser Versuch mißlang und Frau Bulley, vor das Strafgericht in Arnheim gestellt, erhielt 1½ Jahre Zellenhaft, der Anführer der Bande aber, ein gewisser Klappers, 1 Jahr. Die Bulleys wurde auf Grund ärztlicher Zeugnisse nach einigen Monaten aus dem Gefängniß entlassen trotz der Gegenverstellung der Staatsanwaltschaft. Daß die Begnadigung von ihrem verbrecherischen Vorhaben nicht abzuweisen geneigt war, zeigte sich alsbald. Es wurden für große Summen neue Helfershelfer gemietet und Dr. H. mit seinen Kindern überall hin verfolgt. In Lugano, woselbst die Familie den Winter 1887 verbrachte, waren nicht weniger als 6 solche unsaubere Individuen. Ein holländischer Arzt, dem die Ausübung der Praxis in seinem Vaterlande unterlag war, sowie ein 75 Jahre alter Arzt von hier, der mit seiner Frau nach Lugano verbracht worden war, befanden sich gleichfalls in der Umgebung Dr. H.'s, „behandeln“ ihn sogar, ohne ihn merken zu lassen, daß sie auf Kosten der Wittve Bulley nach Lugano gekommen waren und daselbst ihren Unterhalt hatten. Kurze Zeit darauf zog Dr. H. mit seinen Kindern hierher, nach Freiburg, um alsbald wieder von einem förmlichen Spionennetze umgarnet zu sein. Vor wenigen Monaten erschienen nun bei einem Karlsruher Anwalt, der früher die Sache der Bulley führte, zwei Männer und theilten diesem mit, daß Dr. H. sie gemietet habe, um ihn, den Anwalt, zu ermorden. Auf Anzeige bei hiesiger Staatsanwaltschaft wurde Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß die beiden erwähnten Männer nicht von Dr. H. zur Ermordung eines Anwalts, sondern von Frau Bulley zur Ermordung des Dr. H. gemietet seien. Frau Bulley hatte u. A. an ihre beiden Werkzeuge Depeschen gerichtet, die als von Dr. H. herrührend angesehen werden mußten und den beiden Büchsen als Beweismittel dienen sollten. Die erhobenen Originale ergaben allerdings auf den ersten Blick die Schrift der Frau Bulley. Letztere wird,

wie schon erwähnt, durch die hiesige Staatsanwaltschaft wegen Aufforderung zum Mord steifbriestlich verfolgt, während ihre beiden Gehilfen Gelsmann und Kleinerz aus Köln heute wegen Verleumdung vor der hiesigen Strafkammer stehen. Die Angeklagten sind im Wesentlichen geständig. Sie haben vor dem Polizeicommissar in Scheveningen sowie vor Anwalt Dr. Kohler erzählt, Dr. H. habe ihnen 6000 M. versprochen für den Fall, daß sie den genannten Anwalt ermorden. Thatächlich aber hatten sie von Wittve Bulley in Scheveningen den Auftrag entgegengenommen, den Dr. Hoel zu ermorden und, wie bereits erwähnt, 30000 M. von der Frau erhalten, während sie nach vollbrachter That zusammen weitere 170000 M. erhalten sollten. Das in der heutigen Verhandlung zu Tage Geförbete läßt in Wittve Bulley ein wahrhaft entsetzliches Weib erblicken. Die Mittel, die diese Frau anwendete, um zu ihrem teuflischen Ziele zu gelangen, streifen ans Unglaubliche; erwähnt sei hier nur, daß sie durch einen Anwalt den Antrag stellen ließ, ihrem Schwiegersohne die Vormundschaft über seine Kinder zu entziehen, da er dieselben hypnotisire und sie an Körper und Geist schädige. Das heute verlesene ablehnende Urtheil des hiesigen Landgerichts stellte an der Hand der gemachten Erhebungen fest, daß Dr. Hoel ein zärtlicher und liebevoller Vater ist, der sich die körperliche und geistige Pflege seiner Kinder so angelegen sein läßt, wie es einem gewissenhaften Vater ziemt. Der erste Staatsanwalt v. Gulat verbreitete sich, indem er die Anklage gegen Gelsmann und Kleinerz begründete, über die furchtbaren Verfolgungen, denen Dr. Hoel bis jetzt ausgesetzt gewesen, und sprach am Schlusse seiner Rede das bestimmte Ausrufen aus, daß sich, nachdem nunmehr der Sachverhalt klargestellt ist, künftig kein deutscher Anwalt werde bereit finden lassen, die Wittve Bulley in ihrem widerrechtlichen Vorgehen gegen ihren Schwiegersohn zu unterstützen, da dies die Ehre und das Ansehen des deutschen Anwaltsstandes schwer schädigen würde. Der Verteidiger der Angeklagten mußte sich, da seine Klienten geständig waren, auf die Geständnisse mildernden Umstände beschränken. Auch er äußerte das Ausrufen, daß nunmehr kein Anwalt von Ehre und Anstand Frau Bulley in ihrem Vorgehen unterstützen werde. Wer heute noch, so sagte Anwalt Fehrenbach, die Schuld Dr. Hoels und die Unschuld der Wwe. Bulley behauptet, dem fehle es entweder im Kopfe oder im Herzen. Nachdem die heutige Verhandlung dem Dr. Hoel eine so glänzende Rechtfertigung gebracht, komme es weniger auf eine schwere Bestrafung der Angeklagten an, und beantrage er eine geringe Freiheitsstrafe unter Abrechnung der seit dem 6. Mai dauernden Unterthänigkeit. Der Gerichtshof erkannte hierauf gegen Gelsmann auf eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten, gegen Kleinerz auf eine solche von 3 Monaten. Die Untersuchungshaft wurde beiden Verurtheilten in Anrechnung gebracht.

Österreich-Ungarn.

[Die Miciewicz-Fest in Krakau.] Die Theilnahme an dieser Fest wird voraussichtlich eine sehr rege sein. Man erwartet an 20000 Gäste in Krakau. Die Wohnungen in Krakau selbst sind bereits sämtlich vergriffen und es müssen den Gästen deshalb auch in den umliegenden Dörfern Wohnungen zugewiesen werden. Wie es scheint, wird die russische Regierung ihren polnischen Unterthanen die Theilnahme an der Fest gestatten, wenigstens erlaubt die Censur den Blättern, Berichte über die Vorbereitungen zur Fest zu bringen.

[Das Schweinefleischverbot aus Serbien.] Der serbische Generalconsul in Budapest überreichte am Montag den Protest der serbischen Regierung gegen das Schweinefleischverbot. In der Note sind folgende Gedanken entwickelt: Erstens stehe das Verbot im Widerspruch mit dem vom ungarischen Reichstage beschlossenen Veterinär-Gesetz; zweitens collidire dasselbe mit der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien beschlossenen Convention, welche nur im Falle einer Seuche eine theilweise Grenzsperrung zulasse. Eine solche theilweise Beschränkung der Einfuhr habe im Jahre 1884 thatächlich Platz gegriffen. In Serbien war zu jener Zeit eine Seuche ausgebrochen, trotzdem aber wurde die Einfuhr der serbischen Schweine nach Ungarn mit sehr geringen Beschränkungen gestattet, und die aus Serbien importirten kranken Thiere haben in der Steinbrucher Contumax-Anstalt die Krankheit durchgemacht; drittens sei amtlich constatirt, daß derzeit in Serbien gar keine Seuche existirt. Was endlich die Stelle in dem Erlasse des ungarischen Ackerbauministers hinsichtlich der rumänischen Schweine anbelangt, so stehe dieselbe im Widerspruch zu der thatächlich von der ungarischen Grenzbehörde ausgeübten Praxis. Die Verhinderung der rumänischen Einfuhr aus Serbien hätte einen Sinn, wenn gar keine rumänischen Schweine nach Ungarn zugelassen würden, und in diesem Falle würde Serbien das Einfuhrverbot thatächlich auf sich geladen haben. Indem aber Österreich-Ungarn in der Praxis trotz des Zollkrieges mit Rumänien der Einfuhr rumänischer Schweine keinerlei Schwierigkeiten bereitet und, wenn es die Markt-Conjunctur erheischt, sehr viel Schweine aus Rumänien wirklich eingeführt werden, so sei dies ein unbilliger Widerspruch, welcher nur beweise, daß Serbien schlechter behandelt wird, als Rumänien, trotzdem ein Vertragsverhältnis besteht, während die österreichisch-ungarische Monarchie sich mit letzterem in einem Zollkrieg befindet. Die Note führt dann weiter aus, daß Serbien sich nicht zum Vermittler der rumänischen Einfuhr herbeigebe, da diese Rolle gar nicht im Interesse Serbiens liege. Die ganze Affaire könne daher unmöglich rein aus veterinär-polizeilichen Gesichtspunkten, sondern nur vom allgemeinen zollpolitischen Standpunkte aufgefaßt und

beurtheilt werden. Die Note schließt mit dem Hinweise darauf, daß das Verbot mit der Thatfache in grellem Widerspruch stehe, wonach in Ungarn thatächlich die Thierseuche existirt, während in Serbien von einer solchen keine Spur vorhanden sei. Auf Grund alles dessen ersucht der General-Consul im Namen der Belgrader Regierung um die möglichst baldige Aufhebung des Verbotes.

Italien.

[In der Kammer] kam es dieser Tage zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem früheren Generalmajor Mattei und dem Kriegsminister. Der erstere, welcher seine aus disciplinären Gründen wegen gehässiger Polemik gegen seine Vorgesetzten erfolgte Zuredpositionierung nicht verwinden kann, erhob eine lange Reihe von Anklagen und Vorwürfen gegen die Militärverwaltung und ihr Oberhaupt. Nach seiner Behauptung war es ein Fehler, die Batterien zu vermehren, weil dadurch der Corpsgeist und die Nüchternheit der Subalternoffiziere, deren Zahl plötzlich beträchtlich vermehrt wurde, gelitten haben, den Wirkungskreis der Cavallerie-Inspection zu beschränken und der Aufschichtskommission der Schießschule zu Modena auch die Prüfung der Handfeuerwaffen zu übertragen, weil ein chemisches Laboratorium dazu nöthig sei. Mattei hält es für unzulässig, daß die zur Herstellung der Handfeuerwaffen bestimmten Summen auch zur Vermehrung der Artilleriewerkstätten dienen, und er verlangt erneute genaue Prüfung des rauchlosen Pulvers, das nach ihm einen übermäßigen Rückstoß verursacht und schädliche Gase entwickelt, sowie eine schnelle Beschlußfassung über die Einführung des kleinkalibrigen Gewehres. Es folgte noch eine Reihe von Ausstellungen, Fragen und Rathschlägen bezüglich der Küstenverteidigung, der Artilleriegeschosse, des Schutzes der Kanoniere gegen Gewehrfeuer, der Mittel für die Infanterie, sich schnell einzugraben, der Organisation des Landsturmes im Hinblick auf den kleinen Krieg, der Nachmanöver, der Beförderungen, der Bureaukosten, der Papierverschwendung, der Erneuerung der Offiziersräcke, der Handhabung der Strafgerechtigkeit und verschiedenes Andere. Zum Schluß machte Mattei dem Minister den Vorwurf, höhere Offiziere ohne dienstliche Nothwendigkeit in Ruhestand versetzt, für identische Vergehen ganz verschiedene Strafen angewendet, die Disciplin geschwächt und sein Ansehen erschüttert zu haben. Die Menge und Schwere der Anklagen hatten den Kriegsminister in eine ihm sonst unbekannte Erregung versetzt, so daß er sich in seiner kurzen Erwiderung einer einigermaßen scharfen Form bediente und von jesuitischem Gebahren sprach, mit welchem ihm Dinge vorgeworfen wurden, für welche er nicht verantwortlich sei. Doch hatte der Vorfall weiter keine Folgen, da Mattei sich auf die Erklärung beschränkte, sich bei der Berathung der einzelnen Artikel näher auslassen zu wollen.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 18. Juni.

Zur Hirschberger Fleischfrage wird uns geschrieben: In der vom hiesigen Gastwirthverein einberufenen allgemeinen Versammlung, welche im Saale des Gasthofes „zum Kynast“ stattfand, wurde beschlossen, der Fleischer-Zunftung anheim zu geben, sich binnen drei Tagen endgültig zu entscheiden, daß die alten Preise seitens der sämtlichen Innungsmitglieder innegehalten werden, andernfalls in den Localblättern diejenigen Herren Meister bekannt gegeben werden, welche einzelnen ihrer Kunden bis heute noch zu alten Preisen das Fleisch abgegeben haben und weiter abgeben wollen. — Wie sehr sich die Fleischerinnung durch die Erhöhung der Fleischpreise selbst schädigt, beweist, wie der „B. a. d. R.“ mittheilt, der amtlich constatirte Umstand, daß in der vorigen Woche genau 40 pCt. weniger im städtischen Schlachthofe geschlachtet worden ist, als in den sieben Wochen seit Errichtung des Schlachthofes vorher. Das ganze Fleisch ist von den hiesigen Consumenten auswärts geholt worden. Der Verkehr mit den Nachbardörfern ist ein äußerst lebhafter geworden.

— Eine uns aus Ratibor zugehende Nachricht wirft ein recht trübes Licht auf gewisse dortige Arbeitsverhältnisse. Es wird uns geschrieben: Der Tagesverdienst der Holzfäller im hiesigen Kreise beläuft sich auf durchschnittlich 50 bis 60 Pfennige. Natürlich reicht dieser geringe Betrag nicht aus, um die meist aus mehreren Köpfern

Die Nordwestdeutsche Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Bremen.

y. z. Bremen, Mitte Juni.

In meinem ersten Bericht habe ich Ihnen eine Uebersicht über die ganze Veranlagung der Ausstellung und ihre bauliche Zurüstung gegeben. Erlauben Sie mir nun, den interessantesten Theil des Unternehmens, nämlich die Handelsausstellung, herauszugreifen und auf die jetzt übersprungenen Theile, Schifffahrt, Marine, Hochseefischerei, Malerei sowie Gewerbe und Industrie, ein anderes Mal zurückzukommen.

Es ist natürlich, daß in der Handelsausstellung nur der Einfuhrhandel zur Schau gestellt werden konnte, denn die Ausfuhr, obwohl eben so wichtig, deckt sich ja größtentheils mit den Erzeugnissen der Industrie, die wir in den andern Abtheilungen sehen. Wenn wir die Schwelle der prächtigen Halle betreten und befrachtet werden von dem erotischen Gesamteffect, von der Fülle ausländischer Lebensformen in fremdartigen Farben, so fühlen wir, daß hier auf engem Raum die Worte Schillers in die Wirklichkeit übergegangen sind:

Fern auf der Höhe ruft der Pilot, es warten die Flotten,
Die in der Fremdlinge Land tragen den heimischen Fleiß;
Andere zieher frohlockend dort ein mit den Gaben der Ferne,
Hoch von dem ragenden Mast wehet der festliche Kranz.
Siehe, da wimmeln die Märkte, der Krach von fröhlichem Leben,
Zeltamer Sprachen Gewirr braust in das wundernde Ohr.
Auf den Stapel schüttert die Ernte der Erde der Kaufmann,
Was dem glühenden Strahl Afrikas Boden gebiert,
Was Arabien loht, was die ängstliche Thule bereitet,
Hoch mit erfreuendem Gut füllt Amalthaea das Horn.
Da gebietet das Glück dem Talente die göttlichen Kinder,
Von der Freiheit geführt, wachsen die Künste der Luft.

Gleich beim Eintritt sehen wir einem riesigen Atlas gegenüber, der mit der Weltkugel, die er auf seinem Rücken trägt, den Welt-handel veranschaulicht. Und Welt-handel ist es in der That, was wir hier vor uns haben. Ein weiter Flügel zur Rechten ist ganz und gar mit den Erzeugnissen Amerikas und — in einer erhöhten Gasse — mit denen der nördlichen Länder angefüllt. Links dehnt sich ein ebenso weiter Flügel mit dem, was Asien, Afrika und Australien uns senden; die erhöhte Gasse ist hier den deutschen Colonien vorbehalten. Ein mittlerer Anbau dem Eingange gegenüber wird ganz von Tabak ausgefüllt.

Das Licht dringt von oben herein, an den Wänden aber stellt sich in großen farbigen (natürlich decorativ ausgeführten) Bildern die ganze bunte fremdländische Culturwelt dar. Hier stehen wir am Fuß der Anden Argentiniens und blicken auf unermeßliche Schaf- und Rinderherden; dort ist ein Reichthum der hinterindischen Küste; hier die Häfen von Newyork und Bremerhaven nahe bei einander, als Anfangs- und Endpunkt des atlantischen Petroleumtransports gedacht;

bort Calcutta mit allem Farbenzauber Indiens und Iquique an seiner wasserlosen Salpeterküste. Kamerun und Zanzibar hat der Maler Hellgrewe, welcher sich selbst dort aufgehalten hat, ausgeführt.

In der Tabakabtheilung sind die Wände mit Bildern der hauptsächlichsten Tabakhäfen, Havana, Bahia, Barranquilla, Baltimore, Batavia u. s. w., bedeckt. Begreiflicherweise hat die hiesige Kaufmannschaft diesem Geschäftszweige ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Wenn er auch nicht die größten Mengen und Werthe bearbeitet, so bildet er doch das Rückgrat unseres Handels, denn er ist hier ausschließlich Eigenhandel und alle Vortheile der Detaillirung fallen der sehr großen Zahl der daran theilhabenden Kaufleute zu. Obwohl an Tabak 1889 nur 45 Mill. Kilo im Werthe von 57 Mill. Mark, Baumwolle dagegen 125 Mill. Kilo im Werthe von 130 Mill. Mark nach Bremen eingeführt wurden, ernährt der erstere Artikel doch ungleich mehr Kaufleute und Arbeiter.

In der mittleren Mitte stehen drei mächtige Schränke, welche hinter ihren Glasthüren und unter ihren Glasplatten alle erdenklichen Sorten Tabak in charakteristischen Proben enthalten. Der eine Schrank enthält nur die nordamerikanischen Sorten in allen Qualitäten: Kentucky, schwarz und feil, wie Nordamerika ihn zum Rauchen, braun, wie die Monopolländer ihn für Cigarren, und hellgelb, wie die Amerikaner ihn für Cigaretten brauchen; Virginia als nordeuropäisches Schnupftabakgut, als Regiecigarrenzug und amerikanisches Cigarettenzug; Maryland-, Ohio- und Bay-Tabak für die Pfeife; Seedleaf für Cigarreneinlage und Umblatt. Ein anderer Schrank zeigt die mittel- und südamerikanischen Tabake, mit Ausnahme von Barinas und Portorico sämtlich Cigarrentabake: Havana, Cuba, Domingo, Brasil, Ambalema, Carmen, Mexico u. s. w. Der dritte Schrank umschließt die asiatischen Sorten (darunter den zu so ungeheurer Bedeutung gelangte Sumatra, ferner Java, Manila, ostindischen Tabak), sodann die der deutschen Colonien in Neu-Guinea, Zanzibar und Kamerun, endlich die türkischen und griechischen Sorten, die für die Cigarettenfabrikation so weitreichende Verwendung finden; auch deutscher Tabak ist in einem der Schränke ausgestellt, der Vollständigkeit halber. Im Ganzen sind nicht weniger als 600 Sorten und Qualitäten ausgestellt. Originalballen, Rifen und Fässer stehen umher. Besonders Interesse verdient die Sumatra-Tabak-Cultur, welche zum Theil auch mit brennlichem Gelbe betrieben wird, in den lehrreichen Modellen von Pflanzungen, Trockenhäusern, Factoreien u. s. w.

Wie wir in einen der Flügel einbiegen, tritt uns die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellte Ausrüstung eines Offiziers von der Wismann-Expedition in den Weg. Das Zelt mit allen seinen Utensilien, Hängematte, Kochgeräth, Medicinkasten, Waffen, Kleidung, wissenschaftliche Instrumente u. s. w., u. s. w. — Alles steht wir vollständig bei einander. Das Zelt ist aufgeschlagen, der Tisch steht davor zur Linken steht die Figur eines Soldaten der

Wismann'schen Truppe, zur Rechten die eines Unteroffiziers der südwestafrikanischen Schutztruppe im grauem Anzuge.

In dem amerikanischen Flügel bemerken wir zunächst die Ausstellung der Bremer Baumwollbörse. Da sehen wir die Nachbildung einer Baumwollplantage, wir sehen, wie die am Samen hängende Flocke von Regern geerntet und in Gin-Maschinen gebracht wird, wo die Faser vom Samen befreit wird. Eine solche Gin-Maschine soll nächster Tage eintreffen, um in Arbeit gezeit zu werden. Dann sehen wir das Modell einer der riesigen hydraulischen Pressen, welche die unförmlich umfangreichen Ballen auf den zehnten Theil ihres Volumens zusammenpressen, so daß sie für den Transport übers Meer geeignet werden. Ganze Baumwollpflanzen (in trockenem Zustande) geben noch deutlichere Kunde von dem Wachsthum dieses unentbehrlichen Products. Daß es an Proben aller Art nicht fehlt, versteht sich von selbst.

Gleich daneben hat sich der Petroleumhandel etablirt. Er zeigt sich uns in plastischen Nachbildungen der Delgewinnung mit Bohrhürnen und Pumpenanlagen, dann mit den Sammelbehältern und Rohrleitungen. Außerordentlich interessant ist ein Lantdampfer-Modell im Querschnitt, an welchem man studiren kann, wie das Petroleum ohne Hülfskleidung transportirt wird. Durch eine Abzweigleitung gelangt es in den in verschiedene Compartimente abgetheilten Raum des Schiffes, ohne durch die Nähe der Maschine des Dampfers in Feuergefahr gebracht zu werden.

Daran schließt sich eine Ausstellung anderen Arrangements, nämlich eine Gesamtcultur-Ausstellung von Mexico. Was der Boden an Mineralreichtum birgt — und diese sind gerade in Mexico sehr reich und mannigfaltig —, was er an Früchten und Thieren erzeugt, wie all das gewonnen und behandelt wird, das erblickt man hier in plastischer Miniatur-Nachbildung. Wir werden völlig eingeführt in das Leben und Treiben der mexicanischen Städte und Landleute; wir beobachten die Arbeiter in einem Amalgamirungswerk und bei der Ernte. Eine reiche Auswahl ihrer zum Theil sehr werthvollen Producte, sodann ethnographische Gegenstände, Reliquien der altmexicanischen Cultur — Alles ist in staunenswerther Fülle beisammen. Nächst der Abtheilung dargestellte Culturwelt Westindiens. Anstatt des steinigten Hochplateaus Mexicos haben wir hier meist unendlich fruchtbare Ebenen und Gebirge. Der Zucker Westindiens hat für uns seine Bedeutung verloren, aber Tabak (auch in lebender Pflanze gezeigt), Kaffee, Cacao, Früchte, Honig, Rum, Hölzer sind äußerst lehrreich vorgeführt, nicht etwa in todtten Waarenproben, sondern in ihrem Wachsthum und mit Beispielen ihrer Befandlung und Ernte.

Verwandt mit Westindien ist das nördliche Südamerika, das ähnliche Producte zeitigt, außer den genannten namentlich noch Gummi elasticum, Erdnüsse und Chinarinde. Unter Anderem kann man hier

bestehende Familie zu ernähren. Die Frauen der Holzfäller befaßen sich daher in der Regel mit dem Verkauf von Kiechholz und sonstigen Walderzeugnissen, die sie aus dem oft zwei Meilen entfernten Wohnorte bei gutem, wie schlechtem Wetter nach dem hiesigen Markte bringen, um dadurch einen Verdienst von 30 bis 40 Pfennigen täglich zu erzielen. Ritzlich hatten sich vor dem hiesigen Schöffengericht 12 solcher armer Händlerinnen wegen Gewerbecontravention zu verantworten, weil sie für den erwähnten Handel keinen Wandergewerbeschein gelöst hatten. Die Angeklagten waren nicht wenig verblüfft, als ihnen eröffnet wurde, daß sie zu einer Geldstrafe von je 12 M. verurtheilt seien. Die Strafe trifft, wie leicht erklärlich ist, die betreffenden Frauen sehr hart.

Statistische Nachweisung

über die in der Woche vom 1. Juni bis 7. Juni 1890 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Einwohner pro 1000.	Verhältniß pro 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner pro 1000.	Verhältniß pro 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner pro 1000.	Verhältniß pro 1000 Einw.
London	4422	16,4	Leipzig	287	19,0	Braun-		
Paris	2261	21,5	Oberhausen	276	37,1	schweig.	94	19,8
Berlin	1492	28,5	Dresden	269	25,3	Halle a. S.	92	19,3
Petersburg	978	28,9	Köln	267	26,1	Dortmund	89	20,4
Wien	892	25,0	Brüssel	182	20,5	Essen	73	38,0
Hamburg	523	18,7	Magdeburg	180	25,4	Böfen	71	30,2
Metz	463	34,8	Frankfurt	171	19,8	Görlitz	61	30,9
Budapest	456	22,2	am Main	161	19,8	Wittenberg	59	23,0
Warschau	418	—	Königsberg	171	36,6	Frankfurt		
Breslau	324	27,3	Benedict	157	21,3	a. d. Oder	57	22,9
Prag	314	27,0	Chemnitz	125	26,6	Quisburg	53	28,3
München	291	31,1	Danzig	121	26,7	München-		
			Stettin	107	28,8	Gladbach	51	11,3
						Kiegnitz	49	22,3

*) mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

o Personal-Veränderungen im VI. Armee-Corps. Prem.-Lt. v. Boddien, vom Drag.-Regt. König Friedrich III. (2. Schlef.) Nr. 8, dem Regt. unter Beförderung zum Rittmeister mit dem Chargengehalt 2. Klasse aggregirt. Prem.-Lt. v. Glanemann vom Drag.-Regt. König Friedrich III. (2. Schlef.) Nr. 8, zum überzähligen Rittmeister, Sec.-Lt. v. Wenzky v. Petershede von demselben Regt., zum Prem.-Lt. befördert. Prem.-Lt. v. Bredow, a. la suite des Husaren-Regts. von Schill (1. Schlef.) Nr. 4, tritt in seinem Commando als Adjutant von der Inspektion des Militär-Veterinärwesens zur 3. Cavallerie-Brigade über. Prem.-Lt. Mecke, vom 4. Niederschlef. Inf.-Regt. Nr. 51, unter Belassung in seinem Commando als Erzieher bei dem Cadettenhause zu Wahlstatt, a. la suite des Regiments gestellt. Sec.-Lt. Schimmelfennig, vom 4. Niederschlef. Inf.-Regt. Nr. 51, zum Prem.-Lt. befördert. Prem.-Lt. Clemens, vom Feld-Art.-Regt. von Clausen (Oberschlef.) Nr. 21, unter vorläufiger Belassung in dem Commando als Assistent bei der Artillerie-Prüfungs-Commission zum überzähligen Hauptmann befördert. Prem.-Lt. Stiegler, vom Gren.-Regt. König Friedrich Wilhelm II. (1. Schlef.) Nr. 10, unter Beförderung zum Hauptmann und Compagnie-Chef in das Infanterie-Regt. von Reith (1. Oberschlef.) Nr. 22 verlegt. Prem.-Lt. v. Wenzel, vom Gren.-Regt. König Friedrich Wilhelm II. (1. Schlef.) Nr. 10, commandirt bei der Gefandtschaft in Brüssel, zum überzähligen Hauptmann und Sec.-Lt. Ulrich von demselben Regt., commandirt zur Dienstleistung bei den Gewehr- und Munitionsfabriken, zum Prem.-Lt. befördert. Hauptm. v. Dobschütz, Comp.-Chef vom Gren.-Regt. Kronprinz Friedrich Wilhelm (2. Schlef.) Nr. 11, unter Beförderung zum überzähligen Major, als aggreg. zum Infanterie-Regt. Vogel von Falkenstein (7. Westfal.) Nr. 56 verlegt. Hptm. v. Heydebreck, Comp.-Chef vom Fuß.-Regt. Prinz Heinrich von Preußen (Brandenburg.) Nr. 35, unter Beförderung zum überzähligen Major, als aggreg. zum 3. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 62 verlegt. Sec.-Lt. Frhr. v. Lüchow I vom Inf.-Regt. 132, unter Beförderung zum Prem.-Lt. mit einem Patent vom 24. März 1890 und unter Belassung in dem Commando bei der Unteroffiz.-Schule in Marienwerder, in das 3. Oberschl. Inf.-Regt. Nr. 62 verlegt. Sec.-Lt. Siegert vom Schlef. Fuß.-Regt. Nr. 38 scheidet aus und tritt zu den Ref.-Offizieren des Regiments über. Dem Hauptm. und Comp.-Chef Viebahn vom Inf.-Regt. Reith (1. Oberschlef.) Nr. 22 der Abschied mit gleichzeitiger Pension bewilligt. Unteroffizier Döllner vom Infanterie-Regt. von Winterfeldt (2. Oberschl.) Nr. 23 zum Port.-Fähn. befördert; dem Sec.-Lt. Schröder von dem Regt. der Abschied bewilligt. Pr.-Lt. v. Schteffen, a. la suite des Kür.-Regts. Königin (Pomm.) Nr. 2 unter Verleihung eines Patents seiner Charge, als überzähl. Prem.-Lt. in das Ulan.-Regt. v. Kahler (Schlef.)

die Hütte der dortigen Eingeborenen, ferner die Indigopflanze in ihrem Wachsthum — der Farbstoff entsteht durch Gährung des Saftes — kennen lernen. — Ethnographische, botanische, mineralogische und zoologische Merkwürdigkeiten sind in großer Menge vertreten. Das riesige Brasilien mit seiner übermächtigen tropischen Fruchtbarkeit und seinem dennoch so fragwürdigen Gedeihen ist so recht ein Beispiel dafür, daß der bloße Besitz des tropischen Landes noch nicht ausreicht, um Reichthümer abzuwerfen; selbst die wunderbare Wasserstraße des Amazonasstromes, der von Seeadampfern bis beinahe an die bolivianische Grenze ohne Schwierigkeit befahren wird, hat nicht vermocht, die Cultivierung des Landes über einen winzig kleinen Bruchtheil der ganzen Fläche zu bewirken und die häufigen Krisen abzuwenden. Für Brasilien als Producenten wie für Europa als Consumenten ist der Kaffeebaum die entscheidende Kulturpflanze. Brasilien sendet Europa mehr Kaffee als alle anderen Länder zusammenkommen. Den brasilianischen Kaffee sehen wir in der Aufstellung allerdings mit andern Kaffeesorten zusammen, ebenso den Tabak in der schon erwähnten Abtheilung. Die brasilianische Abtheilung bietet aber für sich allein genug: Gummi elasticum (das beste der Welt, nämlich das seine Para-Gummi, kommt vom oberen Amazonasstrom), Chinarinde (ebenfalls dort), Cacao, Baumwolle, Holz u. s. w.

Die argentinische Regierung veranstaltete vor einigen Jahren in Bremen eine Ausstellung der Producte ihres Landes, um die Handelsverbindungen zu beleben, wohl auch um Einwanderer einzuladen und um den Credit ihres Landes zu heben. Eine ähnliche (oder dieselbe? vielleicht stark ergänzt?) hatte sie auf der Weltausstellung zu Paris 1889. Jetzt hat sie ihre ganze Pariser Ausstellung dem bremischen Unternehmen geschenkt; sie ist ein Theil unserer Handels-Ausstellung geworden. In einer besonderen Nische haben aber auch bremische Kaufleute eine zweite argentinische Ausstellung veranstaltet, so daß das Land der unermesslichen Kinder, Pferde- und Schafherden ausgerechnet vertreten ist. Von Woll haben jedoch die vereinigten Bremer Wollhändler (überseeische Einfuhr Bremens an Schafwolle 1889: 83 Millionen Mark) eine Separatausstellung in einer anderen Nische gemacht, wo ungereinigte und gereinigte Wolle in allen Arten zu sehen ist. Um so reicher ist die argentinische Ausstellung an Häuten, Pferdehaar, Holzern, Getreide, Honig, Salz, Samereien u. s. w.

Vom übrigen America wollen wir nur noch des äußerst lehrreichen, vollständigen Modells der Salpetergewinnung von Peru erwähnen. In einem großen Glaskasten sieht man die Bergleute auf der Oberfläche den salpeterhaltigen Boden aufbrechen; derselbe wird mit Wagen in die Zerkleinerungsanstalt gefahren, von wo er in die Wäscherei gelangt. Regen giebt es nämlich in diesem Lande nicht, sonst gäbe es keinen Salpeter an der Erdoberfläche. Man wäscht ihn in riesigen Behältern künstlich mit Wasser aus dem zerkleinerten Boden heraus und leitet dann die salpeterhaltige Sohle in weite Bassins, wo die

Nr. 2 einrangirt. Dem Vice-Bachmeister Korbsch vom Schlef. Train-Bat. Nr. 6 das „Allgem. Ehrenzeichen in Gold“ verliehen. — Vom Landw.-Bez. Böhmen: dem Rittm. v. Dehlig von der Ref. des Inf.-Regts. Graf Göben (2. Schlef.) Nr. 6 der Abschied mit der Erlaubniß z. Tragen seiner bish. Unif. mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewill. — Vom Landw.-Bez. Schwednitz: dem Bez.-Feldw. Otter das „Allgemeine Ehrenzeichen in Gold“ verliehen. — Vom Landw.-Bez. Rybnik: Prem.-Lieut. von der Cavallerie 1. Aufg. Leittlof zum Rittmeister befördert. — Vom Landw.-Bez. Rastatt: Prem.-Lieut. von der Inf. 1. Aufg. Braune zum Hauptmann, Sec.-Lieut. von der Inf. 1. Aufg. Wilkens, sowie die Sec.-Lieutenants Stales von der Ref. des 3. Oberschl. Inf.-Regts. Nr. 62 und Berner von der Ref. des Inf.-Regts. Graf Kirchbach (1. Niederschlef.) Nr. 46, zu Prem.-Lieuten. befördert. — Vom Landw.-Bez. Reiffe: Sec.-Lieut. von der Inf. 2. Aufg. Bojanowski der Abschied bewilligt. — Vom Landw.-Bez. Beuthen D/S: Sec.-Lieut. von der Ref. des 2. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 9 von Krüger als Ref.-Offizier zum Inf.-Regt. Graf Göben (2. Schlef.) Nr. 6 verlegt.

• Vom Lobetheater. Morgen Donnerstag findet eine Wiederholung des Moser-Gründl'schen Schwanen „Nervös“ statt.

• Auszeichnungen. Auf der jetzt in Köln stattfindenden Ausstellung „Betriebs- und Verbesserung der Lage der Arbeiter“ haben zwei hiesige Firmen die höchste Auszeichnung, die goldene Medaille, erhalten, und zwar die Maschinenfabrik von Gebrüder Guttman für eine doppeltwirkende Saug- und Druckpumpe „Excellor“ und die Gummi- und Arbeitsmaschinenfabrik von Paul Biedermann (Schmiedebrücke Nr. 62) für Arbeitskleidungsstücke für Feuerarbeiter zc.

ß Botanischer Garten. Infolge der anhaltenden reichen Niederschläge hat die gesamte Flora des Botanischen Gartens eine Fülle der Entfaltung erreicht, wie sie nur selten wahrgenommen wird. Besonders üppig steht die Flora der Gebirgs-Vegetationsbilder und unter den letzteren des Vegetationsbildes des Riesengebirgs-Gebietes. Die meisten der Vertreter der Riesengebirgsflora, deren Charakter sich dem der Alpenflora nähert, stehen in Blüthe. Die aus exotischen Gewächsen zusammengesetzten Vegetationsbilder sind schon sämmtlich im Freien aufgestellt. Interessant ist darunter die mexicanische (Cacteen- und Aloë-) Gruppe und der Farne, welcher uralte australische Farne, darunter die taubenblühende Todea barbosa aufweist. Die letztere ist, wie so manche „Seltene“ des Gartens, ein Geschenk des Directors des botanischen Gartens in Melbourne, Barons v. Müller, an Göppert. — Die kleine Gruppe tropischer Kulturpflanzen, in welcher Baumwolle, Erdnuß und Reis die Hauptvertreter bilden, gedeiht im Freien, nach Bedarf durch Glasfenster geschützt, zur Zufriedenheit. Im vorigen Sommer gelangten die Baumwollpflanzen, denen die tropische Wärme sehr zuträglich war, zu voller Blüthe — für unser Klima ein seltener Fall. In dem Warmhause blühen mehrere Orchideen mit reizenden Blüten und einzelne Anthurien. Die Victoria regia im Victoria-Bassin ist noch klein, die Blätter haben einen Durchmesser von kaum 10 Zoll. Die Königin der Nymphen pflegt bei uns im August zur Blüthe zu gelangen.

• Bei dem Sommer-Wettfahren des Vereins für Velociped-Wettfahren in Breslau, welches Sonntag, 29. d. M., Nachmittags auf der Velociped-Bahn in Scheitig-Grünheide stattfand, kamen folgende Concurrenzen zur Entscheidung: 1) Ermmunterungs-Zweiradfahnen, 2000 Meter, 2) Niederschleifern, 2000 Meter, 3) Ermmunterungs-Dreiradfahnen, 1600 Meter, 4) Zweirad-Hauptfahren, 4000 Meter, 5) Dreirad-Hauptfahren, 3000 Meter, 6) Zweiradfahnen mit Vorgabe, 3000 Meter, 7) Dreiradfahnen mit Vorgabe, 2400 Meter, 8) Doppelsitz-Dreiradfahnen mit Vorgabe, 2000 Meter, und 9) Hindernisfahren, 1600 Meter. Fahrungspreise sind für das 4. und 5. Rennen ausgesetzt, und für einen am Schluss der vorstehenden Rennen etwa gefahrenen neuen Record wird nach Wahl ein Preis oder eine goldene Medaille, Werth 30 Mark, ausgesetzt. — Rennungschluss: Dienstag, den 24. Juni cr., Abends 7 Uhr.

• Das Sommerfest der deutsch-freiwilligen Partei findet, wie bereits mitgeteilt, dieses Jahr am nächsten Montag, 23. d. Mts., im Schießwäldchen statt. Das reichhaltige Programm verspricht nicht nur Erwachsenen, sondern auch den Kindern einen recht vergnüglichen Nachmittag.

• Der Handwerker-Verein unternahm am vorigen Sonntag einen Ausflug nach Lissa; trotz des kühlen und unfreundlichen Wetters war die Theilnahme der Mitglieder mit ihren Damen eine zahlreiche.

• Von der Zwingerkirche. Die Applikations- und Pflasterungs-Arbeiten sind soweit beendet, daß die Fabrikstraße in ihrer ganzen neuen Breite dem Verkehr übergeben werden konnte.

• Vom Palaisplatz. Nachdem die Ausstellungs-Gegenstände des Maschinenmarktes jenseit entfernt worden sind, beginnt man mit dem Abbruch der Einzäunung, soweit dieselbe nicht wegen der für das Kaiserfest der Provinz bestimmten Bauten auch noch ferner erhalten bleibt. Mit der Anfuhr des Materials zur Erbauung des für das Fest bestimmten Tanzpavillons ist bereits begonnen worden. — Die Promenade am Palaisplatz ist dem Publikum wieder freigegeben.

A-z. Zum Um- und Erweiterungsbau des hiesigen Oberpräsidialgebäudes hatte der Königl. Regierungs-Baumeister Hennicke 1) die Ofenarbeiten, 2) die Anstreicher- und Malerarbeiten ausgeschrieben. Zu 1 offerirten Mödel in Bromberg für 3400 M., ferner aus Breslau:

B. Kanold jun. zu 2118 M., C. Wille zu 2170 M., Eb. Specht zu 2500 Mark, Galetsky zu 1970 M., Ab. Gutschke zu 3370 M. Zu 2 verlangten: F. Münster 1876 M., C. Marschall 1871 M., J. Hauschild 1605 M., B. Otto 1575 M., B. Baron 1874 M., S. Rummel 1551 M., S. Helbing 1527 M., Forster 1470 M., Ed. Göhr 1421 M., Krause und Bahrbach 1359 M., B. Dietrich 1358 M., Th. Zimmermann 1275 M. und C. Wlared 969 M., sämmtlich aus Breslau.

• Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 8. bis 14. Juni 1890 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 63 Eheschließungen statt. In der Woche wurden 246 Kinder geboren, davon waren 202 ehelich, 44 unehelich, 239 lebendgeboren (120 männlich, 119 weiblich), 7 todtgeboren (4 männlich, 3 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (ercl. Todtgeborene) betrug 159 (mit Einschluß der nachträglich aus Bornochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 50 (darunter 8 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 20, über 50 Jahre 11. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Röteln —, an Rote 1, an Diphtheritis und Group 12, an Wundstichfieber 1, an Keuchhusten 2, an Unterleibstypus incl. Nervenfieber —, an acuten Gelenkrheumatismus —, an Brechdurchfall 4, an anderen acuten Darm-Krankheiten 11, an Gehirnschlag 8, an Krämpfen 9, an anderen Krankheiten des Gehirns 6, an Lungenentzündung 8, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 15, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 3, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 20, an allen übrigen Krankheiten 53, in Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 1, unbestimmt 1. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 25,96, in der betreffenden Woche des Vorjahres 43,00, in der Vorwoche 27,75.

• Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge. In der Woche vom 8. bis 14. Juni 1890 betrug die mittlere Temperatur + 13,6° C., der mittlere Luftdruck 745,3 mm, die Höhe der Niederschläge 52,20 mm.

• Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 8. bis 14. Juni 1890 wurden 85 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Typhus 1, an Diphtheritis 27, an Unterleibstypus 21, an Scharlach 25, an Masern 11, an Ruhr —, an Kindbettfieber —.

Δ Windschäden. Der heut Vormittag zwischen neun und zehn Uhr stürmte aufstrebende Sturmwind, welcher den ersten der heutigen Regengüsse begleitete, ist in der inneren Stadt wenig bemerkt worden, selbst auf der Promenade hat er nur eine Anzahl Äste herabgebrochen. Dagegen hat derselbe im Süden der Stadt arg gehaust, wahrscheinlich in Folge einer Wirkung als Drehwind. Auf der Kaiser Wilhelm-Straße sind südlich von der Victoria-Straße eine Anzahl Ahornbäume theils gebrochen, theils aus der Wurzel herausgedreht, theils so stark schief geworden, daß ihre Entfernung wird erfolgen müssen. Die gebrochenen Stämme waren bis Mittag schon beseitigt.

ß Bandalismus. Die Statue des hl. Johannes von Nepomuk an der Ausmündung der kleinen Scheinwerferstraße in die Fürstenthums-Straße, welche von dem verstorbenen Fürstbischof Dr. Robert Herzog vollständig erneuert worden ist, ist in jüngster Zeit wieder von frechhaften Händen durch Steinwürfe beschädigt worden. — Es wird allgemein Klage darüber geführt, daß die blühenden Rosenbäume auf den Kirchhöfen von gewissenlosen Leuten ihres schönsten Blüthenschmuckes beraubt werden. Ist es von vornherein betrübend, wahrnehmen zu müssen, daß die moralische Verkommenheit in manchen Schichten so weit gediehen ist, sich selbst am Schmucke der Ruhestätten der Toten zu vergreifen, so ist es geradezu empörend, daß der Raub in den meisten Fällen zu Markte gebracht wird und daß die Käufer unbewußt Straßblumen erwerben und heimtragen.

—1. Görlitz, 17. Juni. [Fürstenthums-Tag.] Gestern Vormittag fand hier der Johanns-Fürstenthums-Tag der Görlitzer Fürstenthums-Landschaft statt. Den Vorsitz führte der Landtags-Präsident von Bieleben-Kieslingswalde. Als erster Punkt der Tagesordnung gelangte der Geschäfts- und Verwaltungsbericht über das vergangene Semester zum Vortrag. Bemerkenswerth dürfte sein, daß im letzten Halbjahr bei 2 Rittergütern und 29 nicht incorporirten Grundstücken landwirthschaftliche Taren und Taxenrechnungen stattgefunden haben. Die Pfandbriefschuld beläuft sich bei dem Görlitzer Landtags-Systeme, wie aus dem Verwaltungsbericht hervorgeht, zu Johann d. J. auf 23 201 920 M. bei den Rittergütern und 5 855 300 M. bei nicht incorporirten Grundstücken; somit hat der Landtagsfond ein Plus von 34 343,32 M. im letzten Halbjahr zu verzeichnen.

— Schmiedeberg, 17. Juni. [Probepredigt.] Für Ansdorf sind nunmehr seitens des königlichen Consistoriums folgende Herren, welche demnächst Probepredigten halten werden, präsentirt worden: Vicar Götz-Reichthal, Hilfsprediger Seefeld-Breslau, Hilfsprediger Schneider-Breslau, Vicar Kessel-Braunsdorf bei Lüben, Vicar Günther-Leobschütz und Pastor Kretschmer-Leippa.

1. Bobben, 16. Juni. [Der 8. Verbandstag der Vereine des Eulens- und Waldenburger Gebirges] findet Sonntag, 22. d. M., hier statt. Die Verhandlungen dauern von 9½ bis 11½ Uhr, dann folgt Frühconcert und Mittagsspeise. Um 2 Uhr findet ein Spaziergang zur Waldcapelle, Kreuzberg, Silberkoppe, Engelsberg und Lüttwigrub nach Gorkau-Rosenthal statt, wo die Jägercapelle aus Dels concertiren wird.

Sonne die Feuchtigkeit wieder aufsaugt. Die Menge des nach Europa gelangenden Natronsalpeters (Dungalspeters) ist colossal. Hamburg bezog 1888 265 Millionen Kilo im Werthe von 50 Millionen Mark.

Die Ausstellung der nordischen Länder müssen wir, wie so vieles Andere, ganz übergehen. Wir wenden uns dem linken Flügel zu, der an exotischer Pracht den andern noch bei Weitem übertrifft. Hier begegnen wir zuerst den Sunda-Inseln mit einer überraschenden Fülle edler Erzeugnisse. Die europäische Cultur fußt hier auf einer uralten der Eingeborenen; außerdem hat sie die fleißigen und anspruchsvollen Chinesen so nahe; dieses Menschenmaterial verleiht ihre wirtschaftliche Betriebsamkeit auf einen ganz anderen Standpunkt als diejenige Amerikas, wo nur Neger und Europäer wirtschaften. Reichhaltige Sammlungen von alten und neuen ethnographischen Gegenständen zeichnen schon diese erste asiatische Abtheilung aus; wir werden ihnen jedoch hernach noch in ungleich größerer Vollständigkeit begegnen. Im Uebrigen treffen wir wieder die Landesproducte: Zucker, Reis, Arac, Strohrohr, Katchu, Sago und die mannigfaltigsten Gewürze.

Dem Reis, einem der hauptsächlichsten Handels- und Industrie-Artikel Bremens (250 Millionen Kilo werden jährlich hier eingeführt und polirt) ist eine eigene Abtheilung gewidmet. Man sieht im Miniaturmodell ein Reisfeld in Cultur, die oberflächliche Enthüllung, die schon in den hinterindischen Hüfen zu geschehen pflegt, die Verpackung und Verladung; auch Garben ganzer Reiskähne mit Stroh und Rispe, sowie alle Sorten und Qualitäten nebst allen Producten zeigt man uns in natura. Von der hinterindischen Cultur zeugt ein siamesischer Buddhatemplel, während ein Bremer Reisdampfer im Längsburchschnitt den wichtigsten Verkehr Europas mit diesen Ländern illustriert. Noch ungleich prächtiger entrollt sich vor unseren Augen das Bild Vorderindiens. Vom dortigen Leben giebt eine im Modell nachgebildete Bazarstraße Calcuttas eine staunenswerthe Schilderung. Mit größter Treue bildet diese — natürlich in Calcutta selbst hergestellte — Miniatur-Ausstellung alle charakteristischen Erscheinungen des Straßenlebens nach, von den Häusern und Gärten bis zum betenden Fakir, zum Leichenbegängniß des frommen Brahmanen und zum lastentragenden Elephanten. Ein anderes Modell zeigt die Schellackbereitung, wobei die menschliche Betriebsamkeit so viel zu thun findet. Nebenbei sehen wir im Bild, in natürlicher Pflanze, Waarenproben und Originalverpackung die für unsere Packkisten consumirende Zeit so wichtig gewordene Zutepppflanze. Wieder eine andere Darstellung zeigt uns die Indigobereitung, kleinerer Artikel nicht zu gedenken.

Ueber China und Japan läßt sich in der Kürze kaum ein Wort sagen, so reich ist die Ausstellung, in welcher allerdings die feinen Industrieartikel noch ungleich mehr hervortreten als die Rohproducte (Reis, Seide, Kampfer, Gallaepel und vor allem Thee). Hier sind nicht allein große Geschäfte, welche sich mit der Einfuhr der neuer-

dings in Europa so beliebt gewordenen chinesischen und japanischen Industrie-Artikel beschäftigen, sondern hier wohnen auch viele Kaufleute, die früher in Ostasien große Geschäfte betrieben und sich dort reiche Sammlungen angeeignet haben, welche jenseit mit großer Liberalität zur Verfügung gestellt sind. Da sieht man nun die seltensten und schönsten Schnitzereien in Elfenbein, wie sie in Läden gar nicht käuflich sind, die wunderlichsten Fabrikate aus Holz, Bambus, Metall, Federn und Thon, die prächtigsten Stickereien in Seide (Schwarz und Gold, mit einzelnen bunten Farben). Dazu Schränke, Kasten, Kassetten von wunderbar feiner Arbeit, und Alles untergebracht in Häusern von charakteristischer chinesischer und japanischer Bauart.

Betreten wir das obere Stockwerk der Nische, so verrathen uns die beiden großen Bilder von Kamerun und Zanzibar, daß wir uns in Afrika befinden. Wie könnte man auch zweifeln! Hier eine Pyramide von gewaltigen Elephanten-Stoßzähnen, dort Löwenfelle und Straußenfedern. Größere Bedeutung beanspruchen wohl noch die Proben vieler Arten von Gummi und Drogen, sodann Erdnüsse und Palmkerne, aus denen man für die Seifenfabrikation unentbehrliche Oele macht, sodann Kaffee aus Westafrika und Gewürznelken von Zanzibar. Rechts erwartet uns Polynesien, insonderheit das deutsche Gebiet dort, das sich weniger durch wichtige Handelsartikel, als durch zoologische, botanische und ethnologische Raritäten auszeichnet; die Fauna ist durch zahlreiche ausgestopfte Thiere vertreten; das Leben der Eingeborenen verkörpert sich durch die Gesamtheit ihrer Geräthe nebst Modellen ihrer Wohnungen und selbst Wachsabbildungen ihrer Gesichtstypen. Hierhin gehört auch die sorgfältig zusammengetragene Sammlung des Reisenden Dr. Finckh: jenseit ethnographische Gegenstände, aber von sehr wenig bekannten Völkern. Links stellt Hawaii aus. Wir erblicken in Bildern eines angelegenen Hamburger Malers die Scenerie der berühmten Feuerseen vom Mauna-Loa, sodann aber in überraschender Fülle die Producte des durch die Veräufung mit den Europäern rasch civilisirten, aber auch an europäischen Krankheiten rasch dahinstirbenden Kanaka-Volkes. Es ist erstaunlich, wie weit diese Eingeborenen es in europäischer Industrie gebracht haben. Ueberraschend sind aber auch die Landesproducte, namentlich Zucker, der ausnahmslos nach San Francisco geht, und Baumwolle.

Doch wir müssen abbrechen, obwohl wir überall nur die wichtigsten Gegenstände gestreift haben und tausenderlei ebenfalls interessante Dinge unberührt lassen mußten. Die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten ist zu überwältigend, als daß man darauf eingehen könnte. So mußten auch die reichen Sammlungen von Karten, statistischen Tafeln und graphischen Darstellungen unerwähnt bleiben. Beim Besuch dieser Ausstellung hört man von Einheimischen wie von Fremden immerfort Ausdrücke des Bedauerns, daß eine solche Sammlung, die, mit ungeheuren Kosten zusammengetragen, geradezu ein Unicum bildet und eine beispiellose Uebersicht über den Weltmarkt giebt, nach wenigen Monaten in alle vier Winde zerfläuen soll.

• **Petersdorf i. M., 15. Juni.** [Denkmals-Einweihung.] Unter Beilegung der ganzen Gemeinde und zahlreicher auswärtiger Gäste fand heute die feierliche Einweihung des hier errichteten Kaiser-Denkmal statt. Früh gegen 10 Uhr marschirten, wie der „Vot. a. b. Niesengeb.“ berichtet, die verschiedenen Vereine nach der Kirche, um dort dem „Patriotischen Festgottesdienste“ beizuwohnen, bei welchem Pastor Andersen die Festpredigt hielt. Nachmittags gegen 3 Uhr versammelten sich die Vereine von Petersdorf, sowie die Schulen der Parochie bei Brenke's Gasthofe zur Aufstellung zum Festzuge, der sich von hier aus mit seinen 4 Musikcapellen nach dem Denkmalsplatze in der Nähe der Kirche bewegte, wo die Enthüllungsfest stattfand. Abends veranstaltete die hiesige freiwillige Feuerwehr einen Fackelzug. Das Denkmal ist von dem Bildhauer Stahlberg in Hirschberg hergestellt und ca. 6 Meter hoch. Unter einem mit Lorbeerfränzen geschmückten Rundbogen erblickt man die in Sandstein gearbeiteten wohlgeordneten Brustbilder unserer beiden Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. und unter denselben die Kaiserworte: „Ich habe keine Zeit, müde zu sein!“ und „Sonne leidet, ohne zu klagen!“

• **Sagan, 16. Juni.** [Bahnbau. — Zubehörfest. — Befestigung. — Molkerei-Genossenschaft.] Das Expropriationsverfahren gegen die Ederdorfer Grumböcker hat nun seinen Abschluß gefunden. Es dürfte deshalb in Kürze mit den Arbeiten in der Gemarkung Ederdorf begonnen werden und die Fertigstellung und Betriebsöffnung der Linie bereits am 1. October d. J. erfolgen. — Der Diakonissenverein feierte gestern sein 25jähriges Stiftungsfest. Beim Festgottesdienst in der prächtig geschmückten Gnadenkirche hielt Pastor Ulrich, der Leiter des Diakonissen-Mutterhauses Bethanien in Breslau, die Festpredigt. Nachmittags fand im Ressourcencafé eine gesellige Nachfeier statt. In unserer Gemeinde sind gegenwärtig 5 Diakonissen thätig; zwei im städtischen Krankenhaus und drei in der Gemeinde selbst. Innerhalb der 25 Jahre, welche die hiesige Station gestern zurückgelegt, wurden 3330 Kranke versorgt und 2923 Nachtwachen gehalten. Die in der Gemeinde gesammelte Collecte zum Besten des Fonds zur Errichtung eines Diakonissenhauses hat 1500 M. ergeben. — Die Wiederaufbau des Bürgermeisters Schönbach hier selbst ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden. — Nächsten Sonntag wird die letzte der Versammlungen bezugs Gründung einer Molkerei-Genossenschaft stattfinden. Wie verlautet, wird die Gründung bestimmt stattfinden, trotzdem den Unternehmern von den Nachbarkreisen Sorau und Spottau Abgaben zugeworfen sind. Man will es unter Umständen mit weniger als 700 Köpfen versuchen. Die Magermilch soll theils der Genossenschaft überlassen und von dieser zur Käsebereitung verwandt oder pasteurisirt werden.

• **Jauer, 17. Juni.** [Vom Gymnasium.] Heute fand die Uebergabe des städtischen Gymnasiums an den Staat statt, und in Folge dessen fiel der Unterricht aus. Für die Zukunft zählt, wie das hiesige „Zgl.“ berichtet, die Commune einen jährlichen Zuschuß von 15 000 M. und außerdem die Verpflichtung übernommen, die nothwendigen Reparaturarbeiten, resp. Verbesserungen des Gebäudes, welche auf ca. 20 000 Mark veranschlagt sind, auszuführen.

• **Falkenberg, 17. Juni.** [Revision. — Majestätsbeleidigung.] Landgerichtspräsident Witte aus Reife traf gestern hier ein und wohnte der heutigen Schöffensitzung bei. — Rittergutsbesitzer W. in Sabine hiesigen Kreises, war wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

• **Ratibor, 18. Juni.** [Verhaftung. — Braunkohlenlager. — Bitterwasserquelle. — Viehmarkt.] Der Obermüller Feist aus Lukasine bei Ratibor wurde, weil er dringend verdächtig erscheint, seine vor wenigen Wochen verstorbenen Frau vergiftet zu haben, gestern verhaftet und in das hiesige Gefängnis eingeliefert. — Die Hoffnungen, welche man bezüglich des bei Anlegung eines Brunnens in der Nähe des jüdischen Kirchhofes entdeckten Braunkohlenlagers gehabt hat, dürften sich nicht erfüllen. Nach der Ansicht von Fachleuten ist der Hauptbestandtheil des angeblichen Braunkohlenlagers Torf und bituminöse Letze. — Auf Veranlassung des Herrgotts von Ratibor ist ein Gemüth der landwirtschaftlichen Schule zu Poppelau mit der Analyse des bei Anlegung eines artesischen Brunnens zu Lubowitz entdeckten Bitterwassers betraut worden. — Auf dem gestrigen Viehmarkt hier selbst war Rindvieh in bedeutender Menge angetrieben, insofern kamen wegen der hohen Preise des Rindviehs wenig Kaufabschlüsse zu Stande.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. Nei ch s t a g.

• **Berlin, 18. Juni.** Der Reichstag beschäftigte sich heute mit dem Nachtragsetat wegen der Befoldungsverbesserungen. In seiner einleitenden Rede bemerkte der Reichschatzsekretär v. Malchahn, daß die verbündeten Regierungen es für nothwendig erachtet hätten, über den in Preußen beliebten Umfang der Aufbesserungen hinauszugehen. In Preußen habe man nur eine bestimmte Summe zur Verfügung gehabt, das sei im Reiche nicht der Fall. Dieses Hinausgehen über die ursprüngliche Absicht des Reichstages hat dann zur Folge gehabt, daß die Offiziersgehälter ebenfalls erhöht werden müßten, denn darin hätte der Kriegsminister von seinem Standpunkte aus Recht, wenn die Gehälter der den Offizieren gleichstehenden Reichsbeamten erhöht werden, dann dürfen die Offiziere nicht ausgeschlossen werden. Der Reichschatzsekretär führte dann aus, daß augenblicklich die Mittel für alle geplanten Mehrausgaben vorhanden seien, da die Einnahmen aus den Zöllen gestiegen seien, aber wenn die Ausgaben sich noch weiter vermehren würden, z. B. in Folge der steigenden Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung, dann werde man an die Erschließung neuer Einnahmequellen denken müssen. Auf diesen heißen Punkt ging er indes nicht weiter ein. Was zunächst die Gehaltsaufbesserungen betrifft, so sprachen sich die Redner aller Parteien mit Ausnahme der Deutschconservativen dagegen aus, daß man über den Rahmen dessen, was der Reichstag verlangt hat und was in Preußen geschehen ist, hinausgehe. Auch der deutschconservative Abgeordnete Hahn stimmt nicht allen Aufbesserungen zu und befürwortete nur die Berücksichtigung der Subalternoffiziere. In Bezug auf die neuen Steuern gingen die Meinungen mehr auseinander. Die Abgeordneten Hahn und Graf Behr kümmerten sich um diese Frage gar nicht, auch der Abg. v. Benda ließ sie außer Betracht. Abg. Miquel nahm die Sache ziemlich leicht und meinte, allenfalls könne man den Mehrbedarf aus den directen Steuern in den Einzelstaaten decken. Die Abgeordneten Richter und Rickert beleuchteten diese Seite der Frage aber eingehender. Der erstere bezieht sich auf den Staatssekretär v. Bötticher, der noch im Anfange dieses Jahres erklärt hatte, man könne nicht weiter gehen, als in Preußen geschehen und als man Deckung habe. Ueber diesen Rath in gehe die Vorlage hinaus, und deshalb könne er nur dem zukünftigen Reichstag gefordert haben; denn jeder Schritt darüber hinaus sei ein Engagement für neue Steuern. Abg. Rickert hob noch hervor, daß mit der Brantweinsteuer alles gedeckt werden sollte, auch die Invalidenversicherung, jetzt verlange man schon neue Steuern, ohne daß dieselbe noch in Kraft getreten sei. Die Vorlage wurde der Budgetcommission überwiesen. Morgen soll die zweite Beratung der Vorlage über die Gewerbeverträge fortgesetzt werden.

20. Sitzung vom 18. Juni.
11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Berny du Verneis, v. Malchahn. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des zweiten Nachtragsetats für 1890/91. Derselbe enthält folgende Forderungen zu Dienst-einnahmeverbesserungen: 1) Für Offiziere und Aerzte des Reichsheeres 3 986 340 Mark. 2) Für Offiziere und Aerzte der Marine 189 140 Mark. 3) Für etatsmäßige Beamte 11 921 263 M. 4) Für diätarisch beschäftigte Beamte und Unterbeamte 2 536 657 M., ferner zu Stellenzulagen 540 000 Mark und als bayerische Quote für dieselben Verwendungen 750 682 M. Die Gesamtmehrausgabe von 19 942 082 M. soll gedeckt werden durch eine entsprechende Erhöhung der Matriculabiträge.

Staatssekretär des Reichschatzamts v. Malchahn: Die Forderung der hohen Summe für die Verbesserung der Gehälter der Offiziere und Beamten ist etwas Ungewöhnliches, die Erklärung liegt aber darin, daß der Reichstag kurz vor der Reunahme gefordert hat, daß gewisse Klassen von Beamten in ihren Bezügen aufgebessert werden sollen. Die Vorlage hat durch ihre Höhe und Ausdehnung überrascht. Das Ersiaunen darüber, daß die Vorlage höhere Summen fordert, als der Reichstag erwartet hatte, ist nicht berechtigt, denn seitens der verbündeten Regierungen ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß eine Reihe von Beamten eine so geringe Befolgung bezieht, daß, sobald es die Finanzlage gestattet, eine Aufbesserung nothwendig ist. Von mir selbst ist bei der Staatsberatung des vorigen Jahres hervorgehoben worden, daß nur finanzielle Erwägungen die Zurückstellung der Gehaltsaufbesserungen veranlassen haben, weil dringende andere Forderungen zu befriedigen waren. Die jetzige Vorlage geht allerdings über das hinaus, was die Resolution des Reichstages gefordert hat; aber wenn die verbündeten Regierungen an die Frage der Befolgungen herantraten, konnte der zufällige Umstand nicht entscheidend sein, wo der Reichstag die Grenze gezogen hatte auf Grund einer doch immerhin ungenügenden Kenntniss der Verhältnisse. Die gesteigerten Preise aller Lebensbedürfnisse, die gesteigerten Anforderungen an die Lebenshaltung überhaupt, erstrecken sich nicht auf die Unterbeamten allein, sondern weiter hinauf. Wenn wir also eine Erhöhung der Befolgungen für wünschenswerth erkannten, hätten die Beamten den verbündeten Regierungen einen Vorwurf machen können, wenn sie diese Erhöhung nicht jetzt schon gefordert hätten. Der zweite Punkt, welcher das Ersiaunen über die Höhe der Forderungen hat entstehen lassen, liegt darin, daß die Forderungen über das hinausgehen, was die preussische Regierung für ihre Beamten hat gelaßt thun zu können. Es stehen allerdings die Befolgungsverhältnisse im Reiche und in Preußen in einem gewissen Zusammenhang; aber in Preußen handelte es sich darum, eine bestimmte vorhandene Summe verfügbar zu machen. Eine solche Summe haben wir nicht zur Verfügung, sondern wir müssen zur Befriedigung dieses Bedürfnisses alle Einzelstaaten in Anspruch nehmen. Wir haben die Beamten in gewisse Kategorien eingetheilt und die Einrichtung der Stellenzulagen in Aussicht genommen; wir haben ferner die Gehälter der Diätarien ebenfalls zu erhöhen in Aussicht genommen. Ein besonderes Ersiaunen hat es erregt, daß unter den Beamten, für welche Erhöhungen gefordert sind, sich auch die Offiziere befinden. Daß diese Diener des Reiches den militärischen Rost tragen, konnte die Regierung nicht bestimmen, sie von einer allgemeinen Befolgungsverbesserung auszuschließen. Das konnte nur dahin führen, daß wir in Anbetracht dessen, daß die Offiziere schon in früherer Dienstzeit Gehalt bezogen, wo die Civilbeamten noch kein Gehalt empfingen, die unterste Klasse nicht berücksichtigt haben, sondern die Klassen der Premierlieutenants, der Hauptleute und gewisser Stabsoffiziere. Denn wenn eine allgemeine Befolgungsverbesserung vorgenommen wird, können die Offiziere nicht ausgeschlossen werden, wie schon Finanzminister v. Scholz bei der Besprechung dieser Aufbesserungen im Abgeordnetenhaus ausgeführt hat. Der Etat für 1889/90 hat für Reichsfinanzverwaltung so abgegeschlossen, daß ein kleiner Ueberschuß sich ergeben wird; die Verwaltungen der Einzelstaaten fahren viel besser; ihnen wird ein Mehrbetrag von 73 Millionen überwießen. Die Mehraufwendungen aus den Zöllen betragen 79 Millionen Mark, dem steht aber gegenüber ein Ausfall bei der Brantweinsteuer von 19 Millionen und eine Mehreinnahme bei der Stempelsteuer von 12 Millionen Mark, so daß die Mehraufbewerfung sich auf 73 Millionen Mark stellt. Ueber die Einnahmen aus den Zöllen habe ich in der Militärcommission gesagt, daß der größere Theil der Mehreinnahmen aus den Kornzöllen stammt. Diese letzteren Mehreinnahmen werde ich nachher etwas modificiren. Ob die Kornzölle 1890/91 ebenso viel ergeben werden, wie im abgelaufenen Jahre, weiß ich nicht; das hängt von dem Ausfall der Ernte ab. Von den 79 Millionen Mark Mehreinnahmen aus den Zöllen stammen nur 34 Millionen Mark aus den Kornzöllen; die übrigen 45 Millionen Mark werden also im laufenden Jahre in die Reichskasse fließen, sie hängen nicht von der Ernte Deutschlands ab. Es ist also immerhin möglich, daß für die Einzelstaaten sich ein nicht unerheblicher Mehretrag an Ueberweisungen ergeben wird. Der Nachtragsetat für Ostafrika erfordert 5, der Befolgungsetat 20, der Etat für das Militär, wie er bisher vorbereitet ist, 8 1/2 Millionen Mark, das sind zusammen 33 1/2 Mill. Mark; die Ueberweisungen betragen nach dem Etat 45 Mill. Mark mehr, als im abgelaufenen Jahre, werden aber viel höher sein, so daß die Einzelstaaten durch die Mehraufbewerfungen der Mehraufwand an Matriculabiträgen decken können. Der Etat für 1891/92 wird zudem noch wesentlich besser stehen, weil er nicht mit einem Deficit zu rechnen haben wird. Diese Befolgung wird auch für die späteren Jahre anhalten, da die Ursache des Deficits, die frühere Gestalt der Zuckerversteuer, weggefallen ist. Wir werden aber zu rechnen haben mit dem vollen Betrag der Militärausgaben, die jetzt nur für ein Winterhalbjahr erforderlich sind, also mit 18 Mill. Mark, ferner mit 20 Mill. für die Befolgungsverbesserungen, mit 8 Millionen mehr Zinsen für die bewilligten, aber noch nicht begebenen Anleihen. Ferner müssen wir darauf rechnen, daß für die Verringerung des Reiches in Ostafrika etwas bezahlt werden muß; endlich kommt die steigende Belastung des Reiches aus der Invalidenversicherung. In welcher Höhe und in welcher Schnelligkeit die Steigerung der Ausgaben eintreten wird, heute zu berechnen ist unmöglich. Wir nehmen an, daß im ersten 7, im zweiten 9, im dritten 13 Millionen erforderlich sein werden, so kommt man auf rund 60 Millionen M. mehr Ausgaben. Ich glaube persönlich — die Ansicht der verbündeten Regierungen kann ich nicht aussprechen —, daß die Deckung der Mehrausgaben auf die Dauer kaum anders möglich sein wird, als durch Eröffnung neuer oder Ausdehnung bestehender Einnahmequellen im Reiche oder in den Einzelstaaten. Diese Frage braucht aber heute noch nicht erörtert zu werden, sie muß von den verbündeten Regierungen vorbereitet und geprüft werden. Wir müssen vor allem abwarten, was der neugewählte Reichstag an Ausgaben für nothwendig hält. Den verbündeten Regierungen kann also kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie nicht gleichzeitig mit dieser Vorlage auch mit einer Steueranfrage kommen. Aber angesichts dieser Sachlage muß ich als Vertreter der Reichsfinanzverwaltung dem Reichthum dem Reiche Einnahmen bis zu hundert Millionen Mark, wie sie aus den Kornzöllen entstehen, zu entziehen, auf das Entschiedenste widersprechen. In der Presse ist gefragt worden, was ist das für ein Finanzminister, der im Juni noch nicht weiß, woher er im Herbst das Geld nehmen wird. So kurzfristig sind die Vertreter der Reichsfinanzverwaltung nicht. Sie haben ihre Gedanken, aber sie können diese ihre persönliche Ansicht nicht in die Öffentlichkeit bringen, ehe nicht die verbündeten Regierungen sich darüber schlüssig gemacht haben. Ueber die Einzelheiten der Vorlage wird in der Commission, der diese Vorlage doch wohl überwiesen werden wird, Auskunft gegeben werden können. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda (natl.): Wir halten es nicht für richtig, nachdem wir im preussischen Landtage in einer bestimmten Begrenzung mit der Erhöhung von Befolgungen vorgegangen sind, hier einen ganz anderen Rahmen zu wählen. Täuschen Sie sich darüber nicht, daß dadurch ein Sturm von Unwillen hervorgerufen wird, wenn die Sache hier ganz anders gemacht wird als in den Einzelstaaten. (Sehr richtig!) Es ist nicht die Absicht meiner politischen Freunde, mit dem Strich, den wir wahrscheinlich machen werden, einen Strich durch die Befolgungserhöhungen für Offiziere überhaupt zu machen. Wenn in Preußen z. B. die Gehälter der Landräthe erhöht werden, werden wir auch daran gehen, im Reiche die Offiziersgehälter zu erhöhen. Es ist bedauerlich, daß uns diese Vorlage so spät zugeht. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben wir trotz der vortrefflichen Unterstützung seitens des Referenten und seitens der Commissionen auf die Arbeit fast vier Wochen verwenden müssen. Die Arbeit ist uns hier etwas erleichtert, aber dafür geht die Vorlage auch weit über den Rahmen dessen hinaus, was in Preußen vorgeschlagen war. Wenn wir uns auf das Maß beschränken, welches in Preußen angewendet worden ist, dann wird sich der Betrag der Ausgaben auf etwa 15 1/2 Millionen Mark ermäßigen. Öffentlich wird es möglich sein, die Vorlage in der Commission baldigst zu erledigen. Wenn uns die Arbeitskraft des Herrn v. Huene zur Seite stehen wird, welcher im preussischen Abgeordnetenhaus die Arbeiten besonders gefördert hat, dann wird sich die Arbeit vielleicht in 14 Tagen bewältigen lassen. Redner empfiehlt dann eine Reform der Gehaltsverhältnisse in der Weise, wie sie im preussischen Abgeordnetenhaus beantragt ist, nämlich durch Einführung der Dienstalterszulagen, und spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Finanzverhältnisse sich so gestalten mögen, daß man baldigst mit den Aufbesserungen weiter gehen kann.

Abg. Singer (Soc.): Die Ausführungen des Schatzsekretärs haben eine trübe Aussicht für die Zukunft eröffnet, es hätte den Reichstag vielleicht etwas getrübt, wenn der Schatzsekretär hätte verlässigen können, daß die Kostengereiztheit der Einzelstaaten beim Reiche aufhören werde. Wenn die Militärausgaben, wie in der Militärcommission angedeutet ist, immer weiter steigen werden, dann wird bald der Zusammenbruch des ganzen Finanzwesens erfolgen. Wie die verbündeten Regierungen meinen konnten, daß mit der Gehaltsverbesserung für die unteren und mittleren Beamten eine Gehaltsverhöhung für die Offiziere zu verbinden wäre, ist mir unvers-

ständlich. Diese Erhöhungen können nur herabberufen werden in Verbindung mit den Gehaltsverhöhungen für die Richter, Lehrer u. s. w., die erst in späteren Jahren die Bezüge erhalten, welche die Offiziere schon in ihren ersten Dienstjahren bekommen. Wenn die Regierung die Vorlage hätte möglichst zur Erledigung bringen lassen wollen, hätte sie auf diese Forderung verzichten müssen. Wenn man über die Beschlässe des Reichstages hinausgehen wollte, dann hätte man an die Erhöhung der Pensionen der unteren und mittleren Beamten und der Militärintvaliden denken sollen. Diese Klasse leidet sehr bedenklich unter der Vertheuerung der Lebensmittel. Die Getreidezölle kommen den Großgrundbesitzern zu Gute und die Erhöhung der Offiziersgehälter trifft die jüngeren Glieder der Großgrundbesitzerfamilien. Wenn irgend eine Beamtenklasse eine Gehaltsaufbesserung verdient hat, so sind es die Postunterbeamten, und es wäre zu wünschen, daß für dieselben Gehaltsstufen eingeführt werden, so daß die Beamten voraussetzen können, in welchen Zwischenräumen sie in ihrem Gehalte aufgebessert werden. Die Steigerung der Gehälter müßte erfolgen, wenn die Kindererziehung u. s. w. den Beamten mehr Ausgaben verursacht, nicht erst im Alter, wenn ihre Bedürfnisse abnehmen. Die Forderung für die Hilfsarbeiter ist ebenfalls nothwendig; namentlich sollen beim statistischen Amt geradezu greuliche Zustände herrschen, nur um die ehemaligen Offiziere, welche sich unter den Hilfsarbeitern befinden, in dem Genuß ihrer Pension zu lassen. Die Hilfsarbeiter sollten fest angestellt und nicht auf tägliche Kündigung gesetzt werden; das ist eine für einen gebildeten Mann unwürdige Position. Wir sind bereit, trotz der schlechten finanziellen Lage, der vielfach herrschenden Noth abzugeben, aber wir müssen uns dabei auf das Nothwendigste beschränken. Die Verbesserung der Gehälter der Offiziere und Aerzte und der höheren Beamten werden wir ablehnen, weil wir es nicht verantworten können, aus den Steuereinnahmen diese Ausgaben zu decken, denn diese Steuern werden aufgebracht von den breiten Massen des Volkes, welche in schlechteren Verhältnissen leben als die, denen hier geholfen werden soll. Wenn wir dazu kommen, die Bedürfnisse des Reiches durch eine progressive Einkommensteuer zu decken, werden wir auch die höheren Beamtenklassen bedenken können.

Abg. Graf Behr (Reichsp.): Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen, sondern nur kurz den Standpunkt meiner Freunde darlegen. Ich kann meine Verwunderung nicht unterdrücken darüber, daß die Vorlage so weit über den Beschluß des Reichstages hinausgegangen ist. Diese Verwunderung hat der Staatssekretär mit Unrecht als unberechtigt darzustellen gesucht. Wenn die Regierung selbst eine Befolgungsverbesserung nicht vorgeschlagen hat, so hat sie keine Ursache, nachher über die Beschlässe des Reichstages hinauszuweichen. Wo kommen wir hin, wenn wir hier über den von uns beschlossenen Rahmen und über das, was in Preußen beschlossen ist, hinausgehen? Wir sind doch nicht in einer solchen finanziellen Lage, daß wir mit vollen Händen geben können. Alle näheren Ausführungen glaube ich der Budgetcommission vorbehalten zu können.

Abg. Richter (Hr.): Was der Reichstag beabsichtigt, deckt sich nicht im entferntesten mit dem, was hier vorgeschlagen wird. Unser Antrag stellte damals 6 Millionen Mark zur Verfügung, aber von einer Gehaltsverhöhung der Offiziere war damals nicht die Rede, nicht einmal vom Bundesrathsstich, trotzdem die Herren mehrfach das Wort genommen haben. Für eine allgemeine Befolgungsverbesserung hat allerdings Herr v. Scholz 1886 auch die Erhöhung der Offiziersgehälter in Aussicht genommen, aber um eine solche allgemeine Befolgungsverbesserung handelt es sich heute hier gar nicht. Es besteht ein erheblicher Unterschied zwischen dem Offizier und dem Beamten. Die Ausbildung des ersten wird durch die Gabellenanstalten erleichtert; ihre wissenschaftlichen Studien machen die Offiziere erst, wenn sie angestellt sind, während der Beamte auf eigene Kosten sich ausbilden muß. Dazu kommen die günstigen Pensionsverhältnisse, der Beamte muß bis zur Erwerbsunfähigkeit arbeiten, ehe er Pension erhält, während der Offizier als bedienstetener Beamter Pension erhält, wobei er aber vollkommen erwerbsfähig sein kann. Die communis opinio scheint ja im Hause dahin zu gehen, daß von der Aufbesserung der Offiziersgehälter abzusehen ist; deshalb enthalte ich mich des weiteren Eingehens darauf. Herr von Malchahn meinte, die Regierung könne sich an einen zufälligen Reichstagsbeschluß nicht halten; zufällig ist schließlich alles, zufällig sind auch die Minister. Daß der Reichstag die Verhältnisse nicht kennt, trifft nicht zu; es wächst nicht gerade immer der Verstand mit dem Amte. Wir erfahren von den Beamten manchmal oft mehr als die directen Vorgesetzten. Herr von Bötticher erklärte am Anfang dieses Jahres, daß man so weit vorgehen werde, wie die Deckungsmittel vorhanden sind, und daß man mit Preußen pari passu vorgehen wolle. Von diesen beiden Grundrissen weicht die Vorlage ab. Wir haben für die Ausgaben für Ostafrika nicht gestimmt, ebensowenig für die Invalidenversicherung; wir werden auch für die neue Militärvorlage nicht stimmen und wir übernehmen für diese Vorlage die Verantwortung nur in soweit, als sie durch die vorhandenen Steuern gedeckt werden kann; wir wollen keine Verbindlichkeit für neue Steuern eingehen. Wenn man den Einzelstaaten die Ueberweisungen entzieht, dann müßten die Einzelstaaten die directen Steuern mehr anziehen, das würde dieselben Steuerzahler treffen, wie im Reiche. Wenn die Einzelstaaten sich in ihren Gehaltsverbesserungen beschränkt haben, so muß das Reich das erst recht, sonst würde ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen der Beamten gehen, welche man in den Einzelstaaten nicht berücksichtigt hat, während dies im Reiche geschehen. Deshalb muß das preussische Vorbild als Muster genommen werden. Wenn man die Subalternbeamten in Preußen so berücksichtigt hätte, wie dies hier im Reiche geschehen soll, so hätte man in Preußen 12 Millionen aufwenden müssen, während man nur etwa den zehnten Theil aufgewendet hat, nämlich 1 300 000 M. Für die Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten werden wir eintreten und bebauern nur, daß nicht eine Reform der Gehaltsverhältnisse dahin stattgefunden hat, daß Dienstalterszulagen gewährt werden. Ferner bebaue ich, daß die Diätarien so schlecht wegkommen. Im Rahmen der vorhandenen Deckungsmittel und in der Beschränkung auf den preussischen Plan werden wir bewilligen, was gefordert ist, wir müssen es aber im Interesse der Steuerzahler ablehnen, darüber hinaus Engagements einzugehen.

Abg. Hahn (Hr.): Ich empfehle den Nachtragsetat der Budgetcommission zur wohlwollenden Erwägung. Redner erkennt an, daß der Reichstag die Aufbesserung der Gehälter auf die unteren und mittleren Beamten beschränkt habe. Es wird das preussische Vorgehen als Muster genommen werden, aber man darf diesem Muster nicht slavisch folgen. Die Beamten der Tarifklasse 5 werden im Reiche berücksichtigt werden müssen, denn aus ihnen kommen sehr viele berechnete Schmerzensjahre, und die Beamten werden sich nicht dadurch abfertigen lassen, daß man in Preußen nur die Beamten der Tarifklasse 6 berücksichtigt habe. Wenn nur so bewilligt werden soll, als durch Mehreinnahmen gedeckt ist, dann kann alles, was die Regierung fordert, bewilligt werden, denn der Schatzsekretär hat nachgewiesen, daß die Einzelstaaten mehr überwießen erhalten, als die Forderung ausmacht. Wenn man dies nicht für zutreffend hält, dann ist auch für die anderen Einkommensverbesserungen keine Deckung vorhanden. Bezüglich der Offiziere können wir nicht anerkennen, daß besondere Gründe vorliegen, die Gehaltsverhältnisse der Offiziere anders zu behandeln, als die der ähnlich gestellten Beamten. Wir würden sie von der Verbesserung nur ausschließen können, wenn ganz besondere zwingende Gründe vorlägen; wenn solche Gründe nicht vorliegen, würden wir kein Bedenken tragen, die Premierlieutenants und Hauptleute zweiter Klasse in die Vorlage einzuschließen. Es ist allerdings richtig, daß die Offiziere schon im früheren Lebensalter Gehalt beziehen, aber dieses Gehalt ist ziemlich niedrig, und man darf nicht vergessen, daß die Offiziere ziemlich früh pensionirt werden, wie Herr Richter anführte, bald nach dem 40. Jahre. Die Pension, welche die Offiziere dann erhalten, also meistens als Majors, beträgt etwa 900 Thlr., und damit soll sich nun ein Mann, der meist 25 Jahre und mehr dem Reiche seine Haut zu Markte getragen hat, sich der Mühe hingeben können. Redner empfiehlt die Bewilligung der Gehaltsaufbesserungen, soweit sie sich auf die Civilbeamten beziehen, mit Hinweis auf das Vorgehen in Preußen und mit Bezug auf die Beschlässe des Reichstages. Wenn gegen die Stellenzulagen geltend gemacht wird, daß noch nicht gesagt ist, welche Stellen dabei bedacht werden sollen, so dürfte das kein Grund sein, die von der Regierung in dieser Beziehung gemachten Vorschläge zurückzuweisen. Redner empfiehlt die Prüfung der Vorlage und warnt vor allzu engherziger Auffassung derselben nicht bloß aus Wohlwollen gegen die Beamten, sondern auch im Interesse des Reiches.

Staatssekretär v. Bötticher: Herr Richter hat einen gewissen Widerspruch zwischen der Vorlage und meinen früheren Ausführungen zu construiren gesucht. Ich bin der Meinung, daß das Reich hinter Preußen nicht zurückbleiben dürfte, ich habe auch gesagt, man müsse sich Klarheit über die Deckungsmittel verschaffen. Diese Klarheit hat man sich zu verschaffen versucht; es ist aber auch klar, daß man sich im Reiche nicht an die Mittel hält, welche man als die eigenen

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Einnahmen desselben bezeichnen kann; das Reich ist von jeher auf die Einzelsstaaten angewiesen worden und umföhr, seitdem über die Reichseinnahmen zu Gunsten der Einzelsstaaten verfügt ist. Die Frage wird also nur die sein können: Sind die Reichsfinanzen in Verbindung mit den Finanzen der Einzelsstaaten ausreichend, um das jetzt vorliegende Bedürfnis zu befriedigen? Die Finanzminister der Einzelsstaaten haben kein Bedenken getragen, sich für die Vorlage zu erklären. Meine damaligen Erklärungen können gar nicht die Bedeutung gehabt haben, daß man auf Heller und Pfennig pari passu mit Preußen gehen müsse. Die Frage, ob im Reich weiter zu gehen ist, unterliegt einer vollständig selbstständigen Prüfung durch die Reichsorgane, und wir sind in dieser Beziehung durch das einzelstaatliche Vorgehen durchaus nicht behindert. Für die Befolgungsverhältnisse der Offiziere kann ein preussisches Vorgehen nicht maßgebend sein, diese Prüfung hat allein im Reich vor sich zu gehen. Wenn die Offiziere berücksichtigt werden, dann können die correspondierenden Kategorien der Reichsbeamten nicht unberücksichtigt bleiben. Dieser Vorgang im Reich wird unzweifelhaft auch in Preußen und in den Einzelsstaaten Nachfolge finden. Die Frage ist für das Reich nur die, kann das Reich die Befolgungsverbesserungen unternehmen? Sind denn hier Kategorien von Offizieren getroffen, bei denen man sagen kann, daß die Gehaltsaufbesserung eine überflüssige ist? Es sind gerade die Klassen, welche nicht ihrer Stellung und ihren Lebensverhältnissen entsprechend besoldet sind. Bezüglich der Hilfsarbeiter des statistischen Amtes habe ich zu bemerken, daß die Thätigkeit dieser Hilfsarbeiter eine mehr mechanische, untergeordnete ist, diese Hilfsarbeiter setzen sich aus allen Gesellschaftsschichten zusammen. Ich würde es gern sehen, wenn der Etat des statistischen Amtes dahin erhöht würde, daß die Zahl der Bureaubeamten vermehrt und die Zahl der Hilfsarbeiter beschränkt werden könnte. Der Bedarf an solchen Hilfsarbeitern ist aber ein sehr wechselnder, deshalb sind die Hilfsarbeiter auf dreimonatliche, sechswochenliche und auf tägliche Kündigung gestellt. Ihre Stellung wird nicht verbessert werden können, denn es handelt sich nicht um Beamte, sondern um einfache Hilfskräfte. Wenn der Artikel der „Volkszeitung“ die Wahrheit wiedergibt, so ist allerdings die Behandlung unerbötlich, welche einzelnen dieser Leute zu Theil geworden ist. Ich bedauere es, daß die Klagen nicht an mich herangetreten sind, die Hilfe wäre erfolgt; jetzt habe ich Veranlassung genommen, mich danach zu erkundigen. Liegen Beschwerden vor, so wird Abhilfe geschaffen werden, liegen solche Beschwerden nicht vor, so muß ich diese Denunciation als eine ganz unwürdige bezeichnen.

Kriegsminister v. Verdy: Die principielle Stellung der verbündeten Regierungen zur Frage der Pensionierung der Offiziere, welche der Abg. Richter berührt hat, ist ja bekannt; es ist wohl jetzt nicht der Moment gekommen, um darauf einzugehen. Die Verbesserung der Offiziergehälter ist seit mehreren Jahren von der Militärverwaltung eifrig verfolgt worden, und zwar schon von meinem Herrn Amtsvorgänger. Wir betrachten es als einen Fortschritt, daß wir auf diesem Gebiete jetzt öffentlich die Nothwendigkeit nachweisen können. Das Plenum ist nicht der Ort, um den Vergleich mit den Civilbeamten in allen Punkten durchzuführen; ich behalte mir das für die Commissionsitzungen vor und will nur einige Bemerkungen zurückweisen. Die Vortheile der Gedecktenkörper sind angeführt worden. Sie sind nur eine Ausgleichung für die Offiziere, die sehr oft versetzt werden, während der Civilbeamte seltener seine Stellung wechselt; ein Offizier mußte für seine Kinder fünf oder sechsmal die Schule wechseln, und das wäre schädlich für die Ausbildung. Bezüglich der Pensionen ist darauf hinzuweisen, daß die Secondulienants keine Pension erhalten; die Pensionsberechtigung beginnt erst nach zehnjähriger Dienstzeit. Wie glücklich der pensionirte Offizier lebt, darauf hat schon der Abg. Hahn hingewiesen. Der Offizier kommt viel öfter in die Lage, pensionirt zu werden wie der Civilbeamte und hat nicht die Gelegenheit, sich durch eine Stellung im Reich oder Staatsdienst eine Verbesserung seiner Lage zu verschaffen. Hoffentlich wird diese Ungerechtigkeit abge schafft. Wo nehmen wir unseren Offiziersersatz meistens her? Möglichst aus den alten Offiziersfamilien, die Generationen hindurch ihr Leben dem Waffendienst gewidmet haben. Im Offiziersstande erwirbt man kein Vermögen, deshalb ist es schon genug, daß die Secondulienants auf einen Aufschub der Familie angewiesen sind; es ist begreiflich, daß die Premierlieutenants ihrer Familie nicht mehr zur Last fallen, daß sie selbstständig sein wollen. Die Hauptleute zweiter Klasse haben vollständig denselben Dienst wie die Hauptleute erster Klasse, sie müssen ihnen einigermassen gleichgestellt sein. Von ihren Gehältern können diese Offiziere doch keine Familie gründen. Wir haben es hier also mit einer bringenden Nothwendigkeit zu thun. Sollen die Offiziere etwa warten, bis diejenigen, die besser gestellt sind als sie, in ihren Gehältern aufgebessert werden? Ich will mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Vertheilung des Vaterlandes ausreichend besoldet werden müssen; unser Dienst ist und bleibt ein Ehrendienst, aber vor Entbehrungen sollen sie wenigstens geschützt sein, das Nothwendigste muß ihnen genährt werden. Deshalb bitte ich Sie trotz der ablehnenden Haltung, die von vielen Seiten eingenommen ist, die Frage zu prüfen, ob das Reich nicht in der Lage ist, diese Aufbesserung vorzunehmen. Die Nothwendigkeit wollen wir Ihnen nachweisen, die Prüfung des Geldpunktes ist Ihre Sache. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Centr.): Man nimmt bei den militärischen Forderungen auf die Steuerzahler keine Rücksicht. Da ich gewillt bin, alles, was nothwendig für die Vertheidigung des Vaterlandes ist, zu bewilligen, so muß ich um so sparsamer sein auf allen anderen Gebieten, denn die Steuerzahler können die Last nicht mehr ertragen. Für die Erhöhung der Offiziergehälter haben wir kein Geld übrig, wir müssen jetzt die Verstärkung der Artillerie durchführen. Sehen Sie doch, welche Aufregung im Lande die neue Militärvorlage hervorgerufen hat! Wenn wir Geld hätten, würde ich auch für die pensionirten Militärs sorgen, aber die Mittel fehlen dazu. Engherzig dürfen wir nicht verfahren, damit bin ich auch einverstanden, aber wir müssen auch mit aller Vorsicht verfahren. In dem Umfange, wie die Vorlage gemacht ist, wird sie nicht bewilligt werden können; wir müssen uns zurückziehen auf das, was der Reichstag selbst verlangt hat. Auf die Stellengulagen können wir nur eingehen, wenn klar gesagt wird, wozu sie verwendet werden sollen, damit sie nicht zu Belohnungen zweifelhafter Natur gebraucht werden.

Abg. Richter (Hr.): Wir werden gezwungen, hier eine Sommer Session zu halten zur Vorbereitung für 5 Duzend Millionen neuer Steuern. Man legt uns eine Beamtengehaltsvorlage von 20 Millionen Mark vor, während wir noch nicht an die Hälfte gedacht haben und während früher die Regierung selbst davon gar keine Mittheilung gemacht hat. Bezüglich der Offiziergehälter hat Niemand eine derartige Vorlage jetzt erwartet. Früher wurden die Steuern auf Vorrath bewilligt, jetzt heißt es: „Bewilligt die Ausgaben, die Steuern werden schon hinterherkommen.“ Herr von Scholz hat allerdings bei der Beratung der Branntweinsteuer auch die Erhöhung der Offiziergehälter berührt, aber damals ist von unserer Seite bereits Protest erhoben worden. Die Einbringung solcher Vorlagen, mit welchen die Regierung abgewiesen wird, ist kein Vortheil für die Regierung. Wenn man den Kriegsminister hört, dann müßte man annehmen, daß die Erträge der Armee davon abhängen. Ich ehre diesen Respekt-Patriotismus, aber wundern Sie sich nicht, wenn wir die Steuerkraft des Landes in Schach nehmen. Die Stellengulagen haben wir im preussischen Abgeordnetenhaus als einen großen Fehler bezeichnet; wir verzichten dadurch auf unser Bewilligungsrecht. (Zuruf: Nur auf ein Jahr.) Was auf ein Jahr bewilligt ist, wird der Beamte als dauernd betrachtet. Was hat es denn für Gile? Im October sind wir wohl wieder hier, bis dahin wird die Regierung doch die Grundzüge ausgearbeitet haben können. Eine Verantwortung für die Ueberweisung eines solchen neuen Dispositions-Fonds zu den schon bisher bestehenden, zum Beispiel in der Post-Verwaltung, können wir nicht übernehmen. Es werden hier verschiedene Ausgaben verlangt, zusammen 60 Millionen, und es wird gesagt: Auf die Dauer gehts nicht ohne neue Steuern. Darüber hat der Schatzminister seine Gedanken, er spricht sie aber nicht aus; das ist ein kleiner Hieb gegen den Reichskanzler und den Kriegsminister, die ihre Gedanken offen ausgesprochen haben. Die Nationalliberalen dachten mit der Branntweinsteuer die Ausgaben bewilligt zu haben, nicht bloß für die Invalidenversicherung, sondern auch für eine ganze Reihe anderer Zwecke. Durch die Bewilligung von Ausgaben wird der Reichstag engagirt für neue Steuern, die wir garnicht kennen. So viel wissen wir, daß die Getreidezölle nicht ermäßigt werden sollen, daß eine Reichseinkommensteuer nicht eingeführt werden soll. Deshalb können wir jetzt nur das Nothwendigste bewilligen, was wir selbst verlangt haben, alles andere muß zurückgestellt werden bis zur nächsten Session. Die Ueberweisung der Branntweinsteuer an die Einzelsstaaten war ein Fehler, denn die Einzelsstaaten wurden in den Traum gewiegt, daß das ihr Geld sei, was ihnen überwiesen wurde. Das

Reich hat das Geld sich zurückgeholt und ist jetzt so weit, daß es neue Steuern einführen muß. Und wie steht es nun um die Steuerkraft des Landes? Die Landwirtschaft soll sich in großer Nothlage befinden, ja beinahe am Vorabend des Unterganges stehen. Sind denn die Landwirthe auch im Stande, die Steuern zu zahlen? Was soll für die Zeit der Noth werden, wenn wir den letzten Groschen schon jetzt herausholen? Ich lehne alles ab, was mich engagirt, im Herbst 60 Millionen neuer Steuern zu bewilligen, die ich nicht kenne.

Staatssecretär von Maltahn: Als die verbündeten Regierungen die Einnahmen zu schaffen suchten, sagte der Reichstag: Nein, erst müssen wir die Ausgaben kennen. Jetzt wollen wir uns erst über die Ausgaben verständigen, und auch hier sagt der Reichstag: Nein. Wir bringen die gewünschte Vorlage über die Befolgungsverbesserungen ein, und Herr Richter spricht davon, weshalb die Sommer Session einberufen ist, er bezeichnet die Session als die Vorbereitung für 5 Duzend Millionen neuer Steuern. Das Einfordern von Steuern ist kein Vergnügen, dazu wird der Reichstag nicht einberufen, namentlich nicht im Sommer, wo das Sihen im Reichstag auch für die Vertreter der Regierungen kein Vergnügen ist. (Sehr richtig!) Ich habe Ihnen in der Militärcommission und hier im Plenum eine Rechnung aufgemacht, wie die gefakten und die zu fassenden Bechlässe auf die Finanzen wirken, und ich habe nachgewiesen, daß eine Vermehrung der Einnahmen nothwendig sein wird, aber nicht in Höhe von 60 Millionen. Wenn die 45 Millionen, welche nicht aus den Getreidezöllen fließen, auch später einkommen, dann sind nur noch 15 Millionen nothwendig. Nach den Erörterungen scheint man die Forderung für die Offiziere als den Hauptgegenstand der Vorlage zu betrachten, das ist durchaus nicht der Fall; denn wenn man sie ausrechnet, dann bleiben immer noch mehr als 15 Millionen Mark. Die Stellengulagen können allerdings gewissen Bedenken unterliegen, aber ich bitte sie nicht zu streichen; denn nachdem man sie in Preußen angenommen hat, wird auch das Reich sie einführen müssen, sonst würde man die ganze Vorlage umarbeiten müssen.

Abg. Miquel (natlib.): Wenn es wirklich wahr ist, daß 60 Millionen neuer Ausgaben auf die Reichskasse fallen, daß diese sämmtlich durch Steuern gedeckt werden müssen und nicht durch steigende Einnahmen, so würde noch keineswegs daraus folgen, daß der fehlende Betrag durch eine Reichsteuer zu decken wäre. Ich würde im gegenwärtigen Falle die Erhöhung der directen Steuern in den Einzelsstaaten vorgehen. Wir engagiren uns also nicht für die Deckung der Ausgaben durch indirecte Steuern im Reich. Der Reichstag wird diesmal wohl kaum weiter gehen als man in Preußen gegangen ist. Die Redner, die am schärfsten diesen Standpunkt eingenommen haben, haben das Bedürfnis weiter zu gehen, selbst bei den Offizieren kaum bestritten. Wenn man jetzt nicht weitergehen will, so ist damit die Frage noch nicht definitiv abgethan. Das Reich hätte eigentlich vorangehen müssen, meint der Herr Staatssecretär; aber thatsächlich ist Preußen vorangegangen und das ist ein Grund dafür, zur Zeit der Frage der Offiziergehälter auszuweichen. Ich bin ein großer Freund der Stellengulagen wegen der verschiedenen Verhältnisse, unter denen unsere Beamten leben. Der Wohnungszuguschuß berücksichtigt die verschiedenen Lebensverhältnisse in den einzelnen Ortschaften, aber er hat lange noch nicht die verschiedene Höhe der Wohnungsmieten ausgeglichen. Ein Dispositionsfonds für Ausgleichung solcher Ungleichheiten ist durchaus erforderlich, allerdings müssen bestimmte Grundzüge vereinbart werden, aber deshalb sollte man die Stellengulagen nicht ablehnen, denn sonst würde eine Verschiebung zwischen Preußen und dem Reich bestehen. Nothwendig ist ferner, daß der Beamte nach seinem Dienstalter in seinem Einkommen verbessert wird, das er nicht danach streben muß, durch Vererbung von einem Amte nach dem anderen sich eine Verbesserung zu verschaffen. In den Einzelsstaaten sind die Gehaltsstufen zum Theil schon eingeführt, man müßte sie auch für das Reich einführen, nicht bloß im Interesse der Beamten, sondern auch im Interesse des Dienstes selbst. Die Dienstgeschäfte, welche dauernd verrichtet werden müssen, müssen von festangestellten Beamten versehen werden. Es müßte vermieden werden, daß die Beamten, welche gleiche Verrichtungen haben, theils angestellt, theils nur Hilfsarbeiter sind; die Verbesserungen, welche hier nothwendig sind, müssen in irgend einer Weise, sei es aus der Reichskasse, sei es aus der Kasse der Einzelsstaaten gedeckt werden. Wenn Wohnungsmieten und Preise für Lebensbedürfnisse steigen, so trifft die Steigerung immer mehr die unteren Beamten als die höheren Beamten, welche noch für Luxusausgaben übrig haben, deshalb müssen die Unterbeamten nicht nur zuerst, sondern auch procentual stärker bedacht werden. Ich hoffe, daß die Vorlage noch gegenwärtig zum Abschluß gebracht wird; die Dringlichkeit ist um so größer, als man in Preußen vorgegangen ist.

Abg. Rejzownikowski erklärt, daß die Polen sich gegenüber der Vorlage nicht ablehnend verhalten werden, daß sie sich aber für neue Steuern nicht engagiren können, wenn dieselben nicht in Form von Gehalts-erhöhungen wieder dem Volke zu gute kommen.

Darauf schließt die erste Beratung.
Die Vorlage wird der Budgetcommission überwiesen.
Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage über die Gewerbeverträge.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Berlin, 18. Juni. Der Kaiser unternahm heute früh einen Spazierritt, arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinet's Wirklichen Geh. Rath Dr. von Lucanus und gewährte alsdann dem Porträtmaler Koner eine Sitzung. Später erlebte der Kaiser Regierungsmomente und nahm den Vortrag des Reichskanzlers v. Caprivi entgegen, welcher zur Frühstückstafel eingeladen war. Morgen früh 7½ Uhr gedenkt der Kaiser mit der Kaiserin sich mittels Sonderzuges nach Wernigerode zu begeben, um den dortigen Feierlichkeiten der Denkmalserrichtung beizuwohnen. Von dort wird der Kaiser am Abend nach Essen reisen und am Sonnabend hierher zurückkehren.

In dem Befinden des Erbprinzen von Meiningen ist, wie eine hiesige Localcorrespondenz versichert, nicht allein keine Besserung, sondern leider eine Verschlimmerung eingetreten. Die letzten Tage und besonders die letztverflossene Nacht soll höchst qualvoll für den Patienten gewesen sein, der über heftige Schmerzen klagte. Die Aerzte haben erkannt, daß es sich nicht um eine innere Verletzung, sondern um eine Quetschung der linken Seite handelt, dadurch hervorgerufen, daß der Prinz bei dem Sturz aus dem Wagen mit voller Wucht auf den Knauf seines Degens gefallen sei, der sich dadurch fest gegen die Rippen gepreßt und dort eine Quetschung hervorgerufen hätte. In Folge dieser Erkenntnis haben die Aerzte, an deren Spitze Prof. v. Bergmann steht, beschlossen, bei dem Prinzen eine Massage anzuwenden. Die berühmteste Anstalt für derartige Curen befindet sich bekanntlich in Wiesbaden, und dorthin wird der Patient wahrcheinlich schon morgen abreisen. Der anlässlich der Verlobung im königl. Schloße veranstalteten Feierlichkeit hat der Erbprinz nicht beigewohnt. Nach der Massage wird der Prinz mit seiner Gemahlin auf Schloß Erdmannsdorf Wohnung nehmen, um dort einige Zeit der Ruhe zu pflegen. — Nach anderen Angaben sollen die Nachrichten über eine Verschlimmerung im Befinden des Erbprinzen falsch sein.

Die Prinzessin von Wales wird demnächst einen längeren Surauaufenthalt in Bad Schwalbach nehmen.

Man erwartet in Paris gelegentlich seiner Reise um die Welt den Großfürsten Thronfolger von Rußland und seinen Bruder Georg. Dieselben schiffen sich auf dem Dampfer „Drel“ in Kronstadt ein, besuchen zuerst Stockholm und Kopenhagen, dann Cherbourg und machen einen Abstecher nach Paris.

Dem Vernehmen nach wird sich der Bundesrath morgen auch mit der Neubemessung der Jahresmengen von Branntwein beschäftigen, welche die einzelnen Brennereien während der nächsten Contingentierungsperiode zu dem niedrigen Sage der Verbauabgabe herstellen dürfen. Wie verlautet, soll die Absicht dahin gehen, daß

für die bestehenden Brennereien die seitherigen Contingentierungsmengen provisorisch zu 1/2 in Kraft bleiben, für die neu entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien provisorisch entsprechende Contingentismengen ausgeworfen werden. Im Betriebsjahre 1891/92 sollen zugleich Abweichungen zwischen den provisorischen und den endgiltig festgestellten Contingentismengen bergegalt ausgeglichen werden, daß die im ersten Betriebsjahre zu dem niedrigeren Verbrauchabgabefatz etwa zu viel abgebrannten Branntweilmengen vom Jahrescontingent im Abzug gebracht, die zu wenig abgebrannten Mengen aber in diesem Contingent zum Zwecke nachträglichen Abnehmens hinzugeschlagen, bezw. durch Ertheilung von Berechtigungscheinen ausgeglichen werden.

Ueber das deutsch-englische Abkommen bemerkt die „Frei. Ztg.“: Die Abmachung enthält nichts, was den Ansichten der freisinnigen Partei widerstreitet. Das Hauptgewicht legen wir darauf, daß überhaupt zwischen Deutschland und England eine so umfassende Verständigung in allen Punkten, wo die Interessen auseinandergehen könnten, erzielt wurde. Die Verständigung läßt sich kurz dahin charakterisiren, daß Deutschland England als Vormacht in Afrika anerkennt, wogegen England Helgoland an Deutschland abtritt. Deutschland wie England verzichten im eigenen Interesse auf dasjenige, was im Besitz der anderen contrahirenden Macht einen größeren Werth hat als im eigenen Besitz.

Der Bremer Lloyd hat dem Vernehmen der Kreuzzeitung nach eine Eingabe an den Bundesrath und den Reichstag bezüglich der Vergebung der ostafrikanischen Dampferlinie gerichtet.

Mehrere Pariser Morgenblätter veröffentlichen eine Depesche aus Petersburg, wonach dort ein junger Student, bei dem man Beweise eines Anschlags gegen das Leben des Zaren gefunden, sich selbst getödtet habe.

Der bulgarische Ministerpräsident Stambulow hat wieder in einer sehr nachdrücklich gehaltenen Note die Pforte um die Anerkennung des Prinzen Ferdinand ersucht.

Berlin, 18. Juni. Der königliche Regierungs-Baumeister Georg Andrae in Groß-Strehlitz ist zum königlichen Kreisbaumeister ernannt worden und ihm die Kreisbaumeisterstelle daselbst verliehen worden.

Berlin, 18. Juni. In der heute Vormittag fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse der 182. königlich preussischen Klassen-Lotterie fielen Gewinne von 15000 M. auf Nr. 67489 und 189568; von 5000 M. auf Nr. 15796; von 1500 M. auf Nr. 28455 91067 93678 158055; von 500 M. auf Nr. 2854 12126 13251 30159 35744 94370 106715 130269; von 300 M. auf Nr. 6155 11246 26795 28407 38165 47047 130428 133175 157772 187954. — Nachmittags (Schluß) fielen Gewinne von 60000 M. auf Nr. 17474; von 30000 M. auf Nr. 109893; von 10000 M. auf Nr. 104142 122027; von 5000 M. auf Nr. 65917; von 1500 M. auf Nr. 72826; von 500 M. auf Nr. 43304 97515 97568 121596 127152 154962 157568 168533 179418 181044.

e. Posen, 18. Juni. Die „Deutsche Reichszeitung“, das Bonner Centrumsorgan, meldet aus Posen, die Regierung habe Bischof Redner von Kulm zum Erzbischof von Posen auszuweisen und Verhandlungen darüber mit dem Vatican bereits eingeleitet.

y. Köln, 18. Juni. Die „Köln. Ztg.“ kann das Gerücht, daß die Regierung eine Erhöhung der Börsensteuer erwäge, als unbegründet bezeichnen.

1. Götting, 18. Juni. Der Gefreite Herschel von der 1. Compagnie des hiesigen Infanterie-Regiments von Courbiere erschoss beim Zielen im Kasernenhofe einen Mann der 9. Compagnie. Er hatte statt einer Exercitpatrone aus Versehen eine scharfe Patrone geladen.

rk. Newyork, 18. Juni. Die vom Senat angenommene Silberbill läßt unbegrenzte freie Silberprägung in dem gegenwärtigen Werthverhältnis zu. Es sollen Certificate ausgegeben werden und alle früheren Gold- und Silber-Certificate sollen legal tenders sein. Die Zustimmung des Repräsentantenhauses und des Präsidenten ist zweifelhaft.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Stettin, 18. Juni. Die „Neustettiner Ztg.“ meldet aus Swinemünde: Bei einer heute Vormittag abgehaltenen Schießübung der Landwehr-Artillerie ist eine Granate beim Einsetzen in das Geschützrohr crepirt. Von der Bedienungsmannschaft wurde einer getödtet, drei schwer und vier leicht verwundet. Dem Geschützführer wurde die Hand abgerissen.

Deffau, 18. Juni. In Gegenwart des Hofes und zahlreicher auswärtiger Gäste fand die Enthüllung des Mendelssohndenkmal's statt. Professor Lassen hielt die Festrede und übergab das Denkmal an den Oberbürgermeister Funk.

Wien, 18. Juni. Ralnoy zog sich durch Erkältung ein heftiges Unwohlsein zu. Er unterließ die gestern beabsichtigte Rückreise nach Budapest und muß einige Tage das Zimmer hüten.

Budapest, 18. Juni. Die Plenarsitzung der österreichischen Delegation setzte wegen des Unwohlseins Ralnoy's die Verhandlung über das Ministerium des Auswärtigen ab. Das Marinebudget wurde ohne Debatte angenommen.

Rom, 18. Juni. Kammer. Crispi erklärte, den Nachrichten über die in Spanien vorgekommenen Krankheitsfälle sei vorläufig keine große Bedeutung beizumessen. Es handle sich nicht um die asiatische Cholera, die Regierung werde übrigens nöthigenfalls entsprechende Schutzmaßregeln treffen.

Rom, 18. Juni. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Bestimmungen hinsichtlich der auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1885 emittirten Eisenbahnobligationen an. Der einzige Artikel desselben bestimmt, die Ausgaben, wofür durch die Emission der dreiprocentigen Eisenbahnobligationen gefordert würde, sollen künftig durch die Emission amortisirbarer Staatsobligationen im Nominalwerthe von je 500 Frs. bestritten werden. Dieselben sollen vierprocentig und jetzt und künftig steuerfrei sein. Zwanzig Jahre nach der Emission der neuen Titres ist der Staat berechtigt, die Tilgung vorzunehmen.

Rom, 18. Juni. Der russische Bevollmächtigte für die Verhandlungen zwischen Rußland und dem Vatican, Iswolski, ist hierher zurückgekehrt.

Paris, 18. Juni. Die Budgetcommission der Kammer nahm den von Rouvier eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer unkündbaren dreiprocentigen Anleihe von 700 Millionen Francs, an. Die Zollcommission des Senats stimmte den von der Deputirtenkammer bereits angenommenen Zöllen auf Mais und Reis zu.

London, 18. Juni. Bei den gestrigen Verhandlungen im Ober- und Unterhause wurde das englisch-deutsche Abkommen über Afrika nicht erwähnt. Dasselbe wurde hier durch die Veröffentlichung einer vom 14. Juni datirten Depesche Salisbury's an den Botschafter Malet mitgetheilt, in welcher Salisbury die Umrisse des Abkommens faßt im Vorlaute des „Reichsanzeigers“ wiedergibt und, wie bereits gemeldet, die Gründe für die Abtretung Helgolands auseinandersetzt.

Haag, 18. Juni. Die zweite Kammer genehmigte mit 48 gegen 37 Stimmen den Gesetzentwurf, betreffend den Rückkauf der rheinischen Eisenbahn und die Theilung des Betriebes des ganzen Eisen-

bahnweges zwischen der holländischen Gesellschaft und der Gesellschaft zum Betriebe der Staatsbahnen.

Atten, 18. Juni. Der Herzog von Sparta wird den Dienst als Regent während der Abwesenheit des Königs leisten.

Locale Nachrichten.

Breslau, 18. Juni.

—**Grundbesitzwechsel.** Im Monat April fand in hiesiger Stadt in 95 Fällen ein Wechsel im Grundbesitz statt und zwar wurden bebaut Grundstücke a. freiwillig verkauft 44 (davon 8 in der innern Stadt), b. vererbt 9 und subhastirt 2; unbebaute Grundstücke a. freiwillig verkauft 39, b. vererbt 1 (sämmlich in den Vorstädten gelegen). Schweidnitzer, Sand- und Ohlauer Vorstadt hatten den meisten Wechsel in bebauten, die Nicolai-Vorstadt in unbebauten Grundstücken.

—**Bauhätigkeit in der Nicolai-Vorstadt.** Neubauten sind in der Nicolai-Vorstadt gegenwärtig auf der kurzen Gasse und zwar in dem Theile zwischen Andersohnstraße und Pöfenerstraße und auf der Pöfenerstraße selbst auch im Betriebe oder vor Kurzem vollendet worden. Dadurch ist die kurze Gasse, die von der Andersohnstraße an auch angemessen verbreitert ist, bis zur Pöfenerstraße fast ausgebaut. Die Andersohnstraße, eine Parallelstraße der Friedrichsstraße, zeigt an ihrem Südeinde eine Anzahl erst in diesem Jahre vollendeter Häuser, ihr Nordende verläuft gegenwärtig noch in einem Fugwege. Die Friedrichsstraße ist jetzt auch beinahe bis zu ihrer Einmündung in die lange Gasse mit recht hohen, leider äußerlich einander sehr ähnlichen Häusern ausgebaut worden. Auch auf der Karlsruferstraße sind in der Nähe des Pferdebahndepots zwei ansehnliche Häuser schon aufgeführt worden.

—**d. Versammlung Breslauer Bäckermeister.** Die zum 17. d. M. von den Vorständen der beiden hiesigen Bäcker-Innungen in dem großen Saale des Café Restaurant einberufene Versammlung sämmtlicher Bäckermeister Breslaus war von wenigstens 250 Personen besucht. Bäcker-Obermeister Prussog bezeichnete als Zweck der Versammlung Stellungnahme zu den in Gesellenversammlungen betriebenen Agitationen und Gebreden, sowie zu den von der Gesellen-Commission gestellten Forderungen. Es wurden die einzelnen Punkte der Reihe nach zur Besprechung gestellt und nach eingehender Beratung gelangte eine Resolution zu einstimmiger Annahme, die im Wesentlichen folgenden Inhalt hat: Die Versammlung ist nach reiflicher Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die arbeitenden Bäckergehilfen keinen Grund zu Klagen haben können. Die große Mehrzahl derselben sei auch zufrieden. Sie würden aber von Agitatoren und Gesellen, welche nicht mehr arbeiten oder nicht arbeiten wollen, aufgestachelt und durch Versammlungen, welche alle 4 Wochen veranstaltet würden, in steter Aufregung erhalten. Diese Versammlungen hätten auch den Zweck, recht viele Mitglieder für den Fachverein zu gewinnen. Letzterer verfolge hauptsächlich die Absicht, von den arbeitenden Gesellen Geld zu sammeln, um stützende Bäckergehilfen zu unterstützen. Die Vergangenheit beweise, daß, als die Tellerversammlungen in den Versammlungen verboten waren, nur selten eine Versammlung von Bäckergehilfen stattgefunden habe. Nachdem aber diese Tellerversammlungen von der Behörde gebildet werden, werde jeden Monat eine Bäckergehilfen-Versammlung abgehalten. Die heutige Meisterversammlung erkennt ferner an, daß die Vorstände der beiden Innungen sich durchaus kein Recht vergeben haben, wenn sie die Gesellen-Commission zum Vortrage ihrer Wünsche am 30. Mai c. im Innungs-Saale empfingen und daß die Aeußerung des Herrn Köntop in der Generalversammlung vom 5. Juni c.: „Durch die Gründung des Verbandes seien wenigstens die Meister veranlaßt worden, die Sache etwas ernster zu nehmen, als im vorigen Jahre; sie ließen sich soweit herab mit uns zu verhandeln“, als unzutreffend zurückgewiesen werden müsse. Die heutige Versammlung muß ferner die Behauptung des Herrn Köntop in der betreffenden Gesellenversammlung als unwahr zurückweisen: „daß die Bäckergehilfen unter den Handwerkern die Proletarier seien und nur auf Kosten ihrer Gesundheit arbeiteten.“ Ferner bezeugt die heutige Versammlung, daß die arbeitenden Gesellen die Ausführungen des Herrn Köntop in der Gesellenversammlung vom 5. Juni c.: „Die Meister schrauben uns immer mehr zurück, sie verlangen mehr Arbeitszeit und geben weniger Lohn. Vereinen wir uns und zeigen wir, daß wir uns nicht wie das Vieh behandeln lassen“, sich ruhig angehört und nicht Veranlassung genommen hätten, eine solche Aeußerung als unwahr zurückzuweisen. Die Beweise lägen klar zu Tage, daß der Lohn eines Bäckergehilfen seit 30 Jahren um 100 pCt. gestiegen und die Arbeit geringer und leichter geworden sei als früher, wobei das zur Bäckerei nötige Wasser herbeigetragen und Holz gehackt werden mußte. Bezeichnend sei ferner, daß die Haupttreiber in den Gesellenversammlungen nur immer von zu niedrigem Lohne sprächen, obgleich diese Redner in der Regel gar keine Arbeitsgehilfen seien. Sobald ein Geselle in der Versammlung aufträte und zu Gunsten der Meister sprechen wolle, werde er durch Entziehung des Wortes mundtot gemacht. In einer Versammlung der Gesellen im Januar c. sei von Herr Köntop die Behauptung aufgestellt worden, daß ein Bäckergehilfe wöchentlich 4 Mark Lohn bekomme und sich dafür noch befähigen müsse. Als nachher der Vorsteher jener Versammlung, Altgehilfe Wagner, von dem Vorstand der alten Bäcker-Innung aufgefordert worden, er solle einen Fall angeben, wo der Geselle 4 Mark wöchentlich Lohn erhalte und sich dabei befähigen müsse, habe der Beweis nicht angetreten werden können. Der Innungsvorstand habe damals dem Vorstehenden der Gesellenversammlung sein Bedauern ausgesprochen, daß er als Vorsteher solche Ausführungen habe geschehen lassen können, ohne die Richtigstellung oder den Beweis der Wahrheit sofort zu verlangen. Daß es auch viele Gesellen giebt, welche die Woche 12—15 Mark bei voller Kost verdienen, davon werde in den Gesellenversammlungen nie etwas erwähnt. Die heutige Versammlung bekennt sich auch zu der Anschauung der beiden Innungsvorstände, daß Herr Köntop, entgegen seiner Behauptung, als derjenige bezeichnet werden müsse, der zuerst einen Strike in Scene setzen würde, wenn ihm die arbeitenden Gesellen folgten. Bezeichnend sei auch folgender Vorgang. Als Obermeister Prussog die neun Mitglieder der Gesellen-Commission gefragt, ob unter ihnen Gesellen wären, welche — da doch nach dem Naturgesetz die Gesellen die Nachfolger der Meister seien — auch einmal Meister zu werden hofften, und ob sie dann als solche die unerfüllbaren Bedingungen, welche sie heute an die Meister stellten, selbst zu erfüllen im Stande sein würden, habe sich Niemand gemeldet. Es hätten sich im Gegentheil zwei Commissionsmitglieder dahin geäußert, daß sie wohl in der Lage wären und die Mittel dazu hätten, Meister zu werden, aber bei den jetzigen gedrückten und schlechten Geschäften im Bäckergewerbe sich wohl hüten würden, in den Meisterstand zu treten. Die heutige Versammlung hält es ferner für durchaus correct, wenn die Vorstände der beiden Innungen fernerhin nicht mehr mit der Gesellen-Commission verhandeln wollen, so lange noch Herr Köntop in derselben vertreten ist. Die heutige Versammlung nimmt Kenntniß von der Mittheilung der Innungsvorstände, daß die Gesellen-Commission in der Besprechung mit den Innungsvorständen bezüglich der Abschaffung der Sonntagsknechtsgelche, der Verringerung und Einschränkung des Rabatts an Wiedereinkäufer, der Abschaffung der verschiedenen Verkaufsarten der Semmeln u. s. w. Wünsche geäußert habe. Die Versammlung erkenne selbst an, daß die Meister auf einen geregelten Verkaufsmodus hinwirken müßten, wodurch die Concurrenz, welche sich die Meister zu ihrem Schaden selbst machen, vermindert würde. Die Innungen könnten nicht mehr thun, als den Meistern aus Herz zu legen, hierin Wandel zu schaffen; ein gesetzliches Mittel zur Einwirkung auf dieselben siehe den Innungen nicht zu. Es sei die Anregung seitens der Gesellen-Commission unnötig gewesen, da die Innungen selbst genau wüßten, wo sie der Schub drücke. Was nun die Forderungen der Gesellen-Commission anlangt, so wird bezüglich der Kost in der Resolution ausgeführt, daß bei fast allen Meistern die volle Kost gegeben werde. Wo dies in einzelnen Fällen nicht der Fall sei, werde für das zweite Frühstück Geld auf Bier und Wurst etc. gegeben und mit dem Lohne ausgezahlt. Mittagbrot, zweimal Kaffee und Brot und Butter zum Frühstück und Abendbrot werde in natura gegeben. An manchen Stellen werde anstatt der Butter ein Buttergeld gezahlt. Es sei mithin keine Veranlassung zur Klage über unzureichende Kost gegeben. Bezüglich der weiteren Forderung, betreffend die Verkürzung der Sonntagsarbeit, könne die Versammlung keine Zugeständnisse machen, da diese Frage gegenwärtig einer gesetzlichen Regelung unterliege. Was nun die geforderte Verbesserung der Schlafstelle bei den Meistern nicht begründet. Wenn in einzelnen Fällen Klagen gerechtfertigt sein sollten, so würden die Innungsvorstände im Auftrage der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Beseitigung etwaiger Uebelstände hinzuwirken suchen. Die letzte Forderung der Gesellen-Commission sei eine Aufbesserung der Löhne. Abgesehen davon, daß Klagen über zu niedrige Löhne als berechtigt nicht anerkannt werden könnten, hätten die Innungen nach dem Gesetz kein Recht, den Meistern die Höhe der Gehälter vorzuschreiben. Es sei vielmehr Sache eines jeden Meisters, selbst auf Grund

der zu leistenden und geleisteten Arbeit den Lohn mit seinen Gesellen zu verabreden. Auch sei keinem Gesellen das Recht genommen, die Arbeit aufzugeben, wenn ihm der Lohn zu niedrig erscheine. In Erwägung aller besprochenen Punkte komme die Versammlung zu dem Schluß, daß die Bäckergehilfen in Breslau durchaus keinen Grund hätten, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein. Schließlich müsse noch bemerkt werden, daß ein Bäckergehilfe im Vergleich zu anderen Handwerkern in mancher Beziehung besser gestellt sei, indem ein ordentlicher, fleißiger Geselle das ganze Jahr hindurch ununterbrochen Arbeit haben könne, im Gegensatz zu den Bauhandwerkern, welche nur stunden- und wochenweise beschäftigt würden und im Winter schwer Arbeit fänden. Auch habe der Bäckergehilfe seine regelmäßige Kost und ordentliche Schlafstelle bei seinem Meister, während viele andere Handwerker sich oft mit schlechter Kost und mangelhafter Schlafstelle begnügen müßten. — Nach einstimmiger Annahme der Resolution, welche der Gesellen-Commission zur Kenntniß gebracht werden soll, machte der Vorsteher die Mittheilung von der Einführung des Rabattmarken-Systems seitens der alten Innung. Diese Einrichtung sei getroffen worden, um der Concurrenz des Consumvereins zu begegnen. Es könne freilich auf die Einzelnen kein Zwang ausgeübt werden, aber es sei wünschenswerth, daß alle von der Einrichtung Gebrauch machten. Von zwei Anwendenden wurde bemerkt, es empfehle sich nicht, auch für Semmel- und Kuchenwaren Rabattmarken zu gewähren, weil sich damit die Bäcker selbst Concurrenz machen würden. Dagegen seien sie einverstanden mit der Gewährung von Rabattmarken für Brot. Der Vorsteher erwiderte, daß der Innungsbeschluß ursprünglich dahin gefaßt worden, nur für Brot Marken zu geben. Es könne indeß Niemandem verwehrt werden, auch beim Verkauf von Semmel- und Kuchenwaren Marken zu gewähren. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

—**g. Unglücksfälle.** Der auf der Matthiasstraße wohnende, 18 Jahre alte Zimmergehilfe Georg R. wurde am Sonntag Abend von einem ihm unbekannten Manne, mit dem er in Streit gerieth, mit einem Messer in die Brust gestochen. Zum Glück blieb die Messerspiße am Brustbein hängen, so daß eine schlimme Verletzung vermieden wurde. — Der Arbeiter Karl Scheitel, Thiergartenstraße wohnhaft, fiel heute Vormittag in Folge eines plötzlichen Ohnmachtsanfalles von einem Ziegelofen, den er abdeckte, herab, und trug bei dem Aufprall auf umherliegende Ziegelstücke eine schlimme Kopfverletzung davon. — Der auf dem Neumarkt wohnende Müllergehilfe Karl Beier fiel gestern gegen den Rand eines Fahrstuhles und erlitt ebenfalls eine schwere Kopfverletzung. — Der auf der Zinkenstraße wohnende Maurer Karl Schmidt fiel am 17. Juni von einem Gerüst herab und trug bei dem Aufprall einen Armbruch linkerseits davon. — Dem Arbeiter Joseph Nisse, Neue Weltstraße wohnhaft, stürzte gestern Nachmittag ein schwerer Stein auf den rechten Fuß und fügte ihm eine schlimme Verletzung zu. — Der auf der Ohlauerstraße wohnende Postkutschbote Robert M. machte auf einer Treppe einen Fehltritt und fiel über die Stufen derselben hinab in den Hausflur. Der Mann erlitt dabei eine schwere Verletzung am Hinterkopfe. Den Verunglückten wurde in der königlichen chirurgischen Klinik Aufnahme bezw. ärztliche Hilfe zu Theil.

—**g. Unglücksfälle.** Der Schiffer Roman Limboel aus Oppeln, welcher zur Zeit mit seinem Schiffe bei Babelsberg vor Anker liegt, ist am 16. d. M., Nachmittags, auf der Mühlgasse ausgeglitten und so unglücklich auf die scharfe Kante des Hinterrades gefallen, daß er eine erhebliche Verletzung an der Stirn davontrug. Er wurde mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital gebracht. — Der vier Jahre alte Knabe Max Zimmerwahr, Sohn eines auf dem Matthiasplatz wohnhaften Kaufmanns, stand am 15. d. M., gegen 7 Uhr Abends, mit seiner Wärterin auf der Matthiasstraße, als eine Droschke in schneller Gangan dahergefahren kam. Das Mädchen wollte den Kleinen rasch bei Seite reißen, derselbe glitt aber dabei aus, fiel zwischen die Räder und wurde überfahren, wobei er eine Quetschung des linken Unterschenkels erlitt. Er wurde sofort nach der elterlichen Wohnung gebracht.

—**g. Unfug.** In der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. fand einem Schneidermeister und Militäreffectenhändler von der Nicolaistraße auf seinem an der Straßenfront des Hauses befindlichen Firmenschild mehrere Worte vermittels eines scharfen Gegenstandes muthwilligerweise abgefragt worden. Der Geschädigte klagt für die Ermittlung des Thäters eine Belohnung von zehn Mark aus. Wer aufklärende Angaben zu machen im Stande ist, wird ersucht, sich im Zimmer Nr. 5 des königlichen Polizeipräsidiums zu melden.

—**g. Polizeiliche Nachrichten.** Gefunden: ein braunwollenes Taillenzuch; acht Regen- und Sonnenschirme; zwei Herrenhüte; ein Damenjaquet; ein goldener Trauring; eine Trompete; ein vergoldetes Armband. — Abgehoben gekommen: Einem Arbeiter von der Großen Dreieinigengasse ein Paket Schmiednägel im Werthe von 2,75 M.; einem Kaufmann von der Margarethenstraße ein goldenes Vincenz; einem Schneidermeister von der Elbingstraße ein goldener Siegelring im Werthe von 30 Mark; einer Hausbesitzerin von der Sternstraße ein brauner Atlas-Bombast; enthaltend zwei Schlüssel, eine Brille und ein Paar Strümpfe; einer Inspectorfrau von der Martinstraße eine goldene Gliederuhrkette mit zwei goldenen Kugeln-Verloques; einer Dame vom Carlsplatz ein silbernes Armband. — Gestohlen: Einem Sattler von der Friedrichstraße eine silberne Remontiruhr; einer Hallenbesitzerin von der Mühlgasse aus ihrer auf der Thiergartenstraße befindlichen Seltershalle mittels Einbruchs in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. drei Kisten Cigarren, mehrere Pakete Cigarretten, eine Quantität Schokolade und mehrere Flaschen verschiedener Fruchtsäfte; einem Arbeiter von der Ohlauer Gasse mittels Taschendiebstahls auf der Schmiedebühde eine silberne Cylinderuhr (Nr. 6013) und ein Portemonnaie mit Geld; einer Gefindevermieterin von der Reuschstraße aus einem Schrank ein Gelbbetrag von etwa 50 Mark; einer Dame von der Kaiser Wilhelmstraße aus dem Garten zwei Wiener Rohrhühner und ein roth angeführter vieredriger Gartentisch. — Beschlagnahmt: eine silberne Cylinderuhr (Nr. 66009) mit starker Kette. Dieselbe wurde einem Erbdöler von einem unbekannten Manne zum Kauf angeboten, welcher sich, nach seiner Legitimation gefragt, eilig entfernte. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich im Zimmer Nr. 11 des kgl. Polizeipräsidiums melden. — Vermißt wird seit dem 15. d. M. der Bergarbeiter Nr. 16 wohnhafte Locomotivbeizer Paul Rost. Derselbe soll in Folge Ungemachs in seinem Versteck in Schwermuth verfallen sein. — Verlaufenes Kind: Am 17. d. Mts. wurde ein etwa zwei Jahre altes Mädchen auffindlos auf der Klosterstraße angetroffen und eintweilen im nächtlichen Armenhause untergebracht. Die Kleine ist blond, hat blaue Augen, und trägt ein roth und weiß gestreiftes Kleidchen, blau und weiß gestreifte Schürze, desgleichen Strümpfe und Leberstübe. — In Untersuchungshaft genommen 24 Personen, in Strafbath 14.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 18. Juni. [Landgericht. — Strafkammer II. — Unter Fluchtverdacht in Haft.] An der Ecke der Klosterstraße und Feldstraße eröffnete im März v. J. der Conditior Paul Keller eine Conditorei. Die Ausstattung des Verkaufslocals und der Gastzimmer war eine äußerst elegante, und auch bedienendes Personal war sehr zahlreich vorhanden; zum guten Gange des Geschäfts fehlte nur die Hauptsache, nämlich die Kundschaf. Keller, der gehofft hatte, einen in der Nähe befindlichen älteren Concurrenten recht bald aus dem Felde zu schlagen, konnte in Folge der geringen Einnahmen schon die erste fällige Monatsrate der Geschäfts- und Wohnungsmiethe nicht bezahlen und sah sich auch bald genöthigt, fast sämmtliche für Geschäft und Hausbedarf notwendigen Waaren auf Borg zu entnehmen. Schon im September wurde er von verschiedenen Seiten wegen Geschäftsforderungen, für welche er sich dreier- oder sechsmonatliches Ziel ausbedungen hatte, verklagt. Er ließ jumeist Veräumnisurtheile gegen sich ergehen, und es begannen bald die Zwangsverfügungen, die indeß meist ungenügend oder gar fruchtlos ausfielen. Am 5. Januar 1890 wurde das Geschäftslocal nicht mehr geöffnet, und man erzählte sich, der Inhaber sei bankrott und deshalb flüchtig geworden. Es wurde zunächst die Unteruchung wegen betrügerischen Bankrotts gegen Keller eingeleitet. Acht Wochen lang wurde er vergeblich gesucht und erst Mitte März d. J. erfolgte in Dyhernfurth seine Haftnahme. Heute stand Keller, aus der Unteruchungshaft vorgeführt, vor der II. Strafkammer, um sich gegen die Anklage wegen einfachen Bankrotts und Betrugs zu verantworten. Keller erklärte sich in allen Anklagepunkten für nicht schuldig. Betreffs der unterlassenen Führung von Geschäftsbüchern berief sich Keller darauf, daß er nur Handwerker und denzufolge zur Führung von Handelsbüchern nicht verpflichtet gewesen sei. Im Uebrigen wies Keller alle Einnahmen und Ausgaben in Bücher eingetragen haben; diese Bücher seien aber verloren gegangen. In längerer Verhandlung kamen die geschäftlichen Verhältnisse Kellers zur Sprache, und man konnte daraus ersehen, in welcher Weise dem Angeklagten überhaupt eine so kostspielige Etablierung möglich geworden war. Der Befitzer des erwähnten Grundstücks in der Klosterstraße hat die gesamte Einrichtung nach den Angaben Kellers auf eigene Kosten herstellen lassen. Die dafür aufgewendete Summe wurde insofern zur Miethe

geschlagen, als die Zinsen und eine Amortisationsquote in die jährliche Pacht inbegriffen waren, und zwar wurde dieselbe anstatt auf 1800 M., auf 3120 M. festgelegt. Keller war circa 1000 M. Miethe schuldig, als ihn der Vermieter unter Einbehaltung der gesammelten Einnahmen und der vorhandenen Waaren am 4. Januar das Geschäft schloß. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Reyl, wurde nach zweifelhafte Dauer der Verhandlung die Verurteilung beschlossen, da durch den gerichtlichen Sachverständigen, Kaufmann Ferdinand Landesberger, die Fragen beantwortet werden sollten, inwieweit der Angeklagte zur Führung von Büchern verpflichtet gewesen sei und ob derselbe bis Ende des Jahres 1889 fällige Forderungen ohne Klage gedeckt hat. Der Vertheidiger knüpfte an die Verurteilung den Antrag, den Angeklagten aus der Unteruchungshaft zu entlassen, und bot eine Caution von 2000 Mark mit der Erklärung an, dieser Betrag sei von Verwandten des Kellers zusammengebracht worden. Der Gerichtshof lehnte die Entlassung ab, weil er nach wie vor Fluchtverdacht für gerechtfertigt hielt; denn der von anderen Leuten zusammengelegte Cautionsbetrag würde den Angeklagten vorzugsförmlich nicht hindern, sich der event. in Aussicht stehenden Verurteilung zu entziehen.

• **Glogau, 17. Juni.** [Curpfuscher aus Breslau.] Einer jener Curpfuscher, welche durch ihr schwindelhaftes Treiben die Taschen der leichtgläubigen Landleute leeren, stand heute in der Person des früheren Schöpfers, jetzigen „Medicamentenhändlers“ Gustav Wienede aus Breslau vor den Schranken des Gerichts. Wienede hatte, wie der „Niederöf. Anz.“ berichtet, vor einem Zeitraum von ca. 40 Jahren als 16-jähriger Bürsche in Russland den Pöfsten eines Schöpfers inne, bei welcher Gelegenheit er seine Kenntnisse in der Heilkunde erworben haben will. Nachdem Wienede das Schöferleben aufgegeben hatte, siedelte er nach Breslau über, wo er Medicamentenhändler wurde, d. h. er ließ sich einen Gernerbchein ausstellen, welcher ihm gestattete, den Handel mit den von der Behörde freigegebenen Arzneien zu betreiben. Der „Wunder-Doctor“ bereitet seine Medicamente selbst; nach seiner Aussage gebraucht Wienede zum Heilen jedes irgend denkbaren Uebels nur zwei Mittel, nämlich eine Salbe und eine bräunliche oder gelbe Flüssigkeit. Kurz vor Weihnachten des Jahres 1888 reiste die Ehefrau des Wienede zu Verwandten, welche im Kreise Gubrau wohnen, und der Wunddoctor, hoffend, ein gutes Geschäft zu machen, begleitete sie. Es dauerte auch nicht lange, bis der Curpfuscher seine Patienten gefunden hatte. Ob die Leute nun wollten oder nicht, Wienede drängte ihnen die Mittel förmlich auf, wobei ihn seine Gehilfen thatkräftig unterstützten. Dies geschah in elf Fällen; da Wienede für die absolut werth- und wirkungslosen Medicamente im Durchschnitt etwa 5 M. verlangte, so machte er ein ganz ansehnliches Geschäft. Die Betrügerieen kamen endlich an den Tag, und der Curpfuscher, welcher bereits wegen ähnlicher Manöver vorbestraft ist, wurde vom Schöffengericht zu Gubrau mit 3 Monaten und die Ehefrau wegen Beihilfe mit einem Tag Gefängniß bestraft. Gegen dieses Erkenntniß hatten sowohl die beiden Angeklagten, als auch die königliche Amts-Anwaltschaft Berufung eingelegt. Die Strafkammer verwarf die Berufung der beiden Angeklagten, hielt dagegen bezüglich des Wienede die seitens der königlichen Amts-Anwaltschaft eingelegte Berufung für begründet und erkannte auf eine viermonatliche Gefängnißstrafe. Hinsichtlich der Frau blieb es bei dem ergangenen Urtheil.

• **A. Reichsgerichts-Entscheidung.** Die Ansprüche des Concursgläubigers in einem Concurs auf Erfüllung der die Vertheilung betr. Vorschriften der Reichs-Concurs-Ordnung (§§ 137 ff.) können nach einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Civilsenats, vom 27. Februar 1890 nicht durch Klage im Wege des förmlichen Processes, sondern nur durch Erhebung von Einwendungen gegen das vom Concursverwalter eingehaltene Verfahren beim Concurs-Gericht verfolgt werden. Nicht ausgeschlossen aber ist dadurch eine Klage gegen den Concursverwalter persönlich auf Schadenersatz oder gegen die rechtsmäßig bevorzugten Concursgläubiger auf Zurückzahlung des zu viel empfangenen Betrages, sofern der benachtheiligte Concursgläubiger bei der Schlussvertheilung nicht mehr schadlos gehalten werden kann.

Sprechsaal.

Für Reisende nach Karlsbad.

Obgleich die Tour von Breslau via Böbau und Ebersbach nach Karlsbad die kürzeste und billigste Route ist, möchten wir deren Benutzung doch nicht empfehlen, weil man nicht weniger als 6 Mal umsteigen muß. Besonders für Damen ist an manchen Stationen, auf welchen die Wagen nicht am Perron stehen, das Auf- und Ab-springen sehr unbequem. Ein Mitglied der hiesigen Handelskammer ersuchte deshalb die königliche Eisenbahn-Direction Berlin um Einstellung eines Durchgangswagens bei dem 6 1/2 Uhr Morgens von hier abgehenden Zuge beregter Strecke. Die königliche Eisenbahn-Direction hat darauf mittelst Schreibens d. d. Berlin, den 9. Juni cr., geantwortet: „Gew. Wohlgeborenen benachrichtigen wir ergebenst, daß die unterm 28. April cr. beantragte Einstellung eines durchgehenden Personenwagens von Breslau über Böbau und Ebersbach nach Karlsbad zur Zeit nicht erfolgen kann, da die mittheilte königliche General-Direction der sächsischen Staatsbahnen erklärt, daß sie Mangel eines ausreichenden Bedürfnisses, sowie aus betriebstechnischen Gründen nicht zustimmen vermag.“ Der berühmte Generalpostmeister Nagler wüthete f. Z. gegen den Bau von Eisenbahnen, weil ein Bedürfnis nicht vorhanden sei, denn die nur zweimal wöchentlich curfrenden Postwagen führen gewöhnlich leer. Da man aber die Reisefüßigen ihm nicht persönlich vorführen, also das Bedürfnis nicht ad oculus demonstrieren konnte, war er von seiner Opposition nicht zu heilen. Glücklicherweise wurden die Eisenbahnen gebaut ohne Nagler's Einwilligung, und glücklicherweise kann man von hier nach Karlsbad fahren, ohne Böbau und Ebersbach berühren zu müssen. B. A. Z.

Handels-Zeitung.

• **Der Landesbahnrat** hat, wie uns mitgetheilt wird, in seiner jüngsten Sitzung u. A. beschlossen, dem Minister zur Erwägung anheimzugeben, ob für Stärke und Stärkefabrikation der Satz von 2,6 Pf. resp. 2,2 Pf. zu gewähren sei. — Der Antrag auf Ausdehnung des allgemeinen Ausnahmestarfs für Rohstoffe auf Braunkohlen, Brennholz und Torf wurde mit Rücksicht auf die gegen die Trennung der Braunkohlen von den Steinkohlen in tariflicher Beziehung sprechenden Bedenken abgelehnt. — Ueber den Antrag betreffend die Ergänzung der Zusatzbestimmung I zu § 59 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands und Aufnahme dieser Ergänzung in das Betriebsreglement wurde zur Tagesordnung übergegangen und zwar mit Rücksicht auf die geschäftliche Lage der Verhandlungen über den Berner Entwurf eines Vertrages über das internationale Eisenbahnfrachtrecht.

• **„Vesta“, Lebensversicherungsbank a. G.** Am 14. d. Mts. hielt die Bank ihre sechzehnte, ordentliche General-Versammlung in Posen ab, in welcher der Geschäftsbericht pro 1889 vorgetragen und auf Antrag der Revisions-Commission dem Vorstände Decharge ertheilt wurde. — Im Jahre 1889 waren zu erledigen 1134 Versicherungen über 2723 100 M. Versicherungssumme. Neu abgeschlossen wurden 892 Versicherungen - Verträge über 2 085 650 M. und der Gesamt-Versicherungs-Bestand bezifferte sich Ende 1889 auf 5778 Policen über 11 546 616 Mark gegen 5565 Policen und 10 890 725 Mark Versicherungssumme im Jahre 1888. Für 75 Todesfälle sind im Rechnungsjahre verausgabt worden 134 500 M. und die Sterblichkeit blieb hinter der zu erwartenden um 15,57 pCt. zurück. — Die Einnahmen aus den Beiträgen, Zinsen etc. sind im Berichtsjahre auf 433 410 M. gestiegen und liessen nach Bestreitung sämmtlicher Ausgaben, sowie nach Hinterlegung der statutenmäßigen Reserven einen Ueberschuss von 14 063 M., welcher den Reingewinn des Jahres 1889 bildet. — Die zinstragenden Fonds betrugen Ende 1889 925 430 M. gegen 829 497 M. Ende 1888, haben sich also um 95 933 M. vermehrt. Das gesammte Activvermögen der Gesellschaft erreichte Ende 1889 die Höhe von 1 439 616 M. gegen 1 341 490 M. Ende 1888.

• **Aufhebung des deutsch-russischen, des deutsch-mittelrussischen und des Importtarifs nach Moskau via Wirrballen-St. Petersburg rückförmlich des Verkehrs nach Russland.** Von der zuständigen russischen Aufsichtsbehörde sind die russischen Eisenbahnen angewiesen worden, die sämmtlichen Einfuhrtarife aus dem Auslande

nach Russland zum 1. (13.) August alten (neuen) Styls d. J. zu kündigen und eine Neuordnung derselben eintreten zu lassen, welcher der neue in der Ausarbeitung begriffene Localtarif der Nikolai-Bahn (Linie St. Petersburg-Moskau) zur Richtschnur dienen soll. Bei der von der Grossen Russischen Eisenbahn-Gesellschaft zugleich Namens der übrigen beteiligten russischen Bahnen ausgesprochenen Kündigung der oben-erwähnten Tarife wurde der preussischen Eisenbahnverwaltung eine baldige Mittheilung der Vorschläge für die Wiederherstellung dieser Tarife in Aussicht gestellt. Bis Mitte Mai d. J. ist indess eine solche nicht erfolgt, und es lässt sich daher auch nach Mittheilung der königlichen Eisenbahn-Direction zu Bromberg noch nicht übersehen, wann die neuen Tarife an Stelle der zur Zeit gültigen, deren Aufhebung mit dem Eingangs bezeichneten Termine inzwischen öffentlich bekannt gemacht ist, zur Herausgabe gelangen werden. — Wie aus verschiedenen Kundgebungen russischer Bahnen zu entnehmen, werden die neuen Frachtsätze für Ausfuhrartikel nach Russland für die russischen Strecken zum grösseren Theile wesentlich theurer, als die bisherigen werden; die Sammelgutarife und die allgemeinen Wagenladungs-Klassen A1 und B werden wahrscheinlich ganz in Wegfall kommen. — Sollte es nicht gelingen, die neuen Einfuhrtarife nach Russland bis zum 1. (13.) August alten (neuen) Styls d. J. zur Einführung zu bringen, und sollten die russischen Bahnen dinstalls auch eine Verlängerung der bisherigen Tarife über diesen Termin hinaus bei ihrer Aufsichtsbehörde nicht erwirken können, so würde der directe Verkehr nach Russland zeitweilig aufhören und der Versand dahin auf die gebrochene Beförderung nach den Transitartikeln auf Eydkuhnen, Grajewo, Alexandrow, Mlawo und Sosnowice, deren event. Umgestaltung preussischerseits in Aussicht genommen ist, angewiesen sein.

• Vom rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt. Aus Dortmund wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Der Eisenmarkt hat in der verflochtenen Woche eine unliebsame Veränderung erfahren, indem die Roheisenpreise um 4—5 M. die Tonne ermässigt worden sind. Der bezügliche Beschluss des rheinisch-westfälischen Roheisenverbandes war bei der bisher weichen Tendenz des englischen Roheisenmarktes vorzuziehen, hat aber trotzdem einigermaassen überrascht. Da die Zeit für die Juliabschlüsse näher und näher rückt, so wird sich bald zeigen, ob der beabsichtigte Zweck der Preisherabsetzung, diese Abschlüsse zu erleichtern und die Kauflust überhaupt anzuregen, erreicht wird. Vorläufig ist davon noch nichts zu bemerken, da die Käufer bis jetzt die bisherige Zurückhaltung beibehalten haben, aus der sie wohl auch erst herantreten werden, wenn sich die Roheisenpreise in England und Amerika, wie es neuerdings den Anschein hat, befestigen sollten. Wie im Roheisenmarkt, so ist auch der Verkehr in heimischen Eisenerzen nach wie vor gering und nehmen daher die Lagerbestände auf einzelnen Gruben weiter zu. Die Preise verkehren in weicher Tendenz und haben ihren tiefsten Punkt noch nicht erreicht. Im Walzeisenmarkt liegen zwar bei fast allen Werken noch ansehnliche Aufträge vor, aber es fehlen die Specificationen dafür, und diese sind nur schwer zu erlangen. Für Stabeisen tritt der Bedarf etwas stärker auf, jedoch reichen die eingehenden Aufträge nicht aus, die zur Erledigung gelangenden vollständig zu ergänzen, so dass die Werke vielfach genöthigt sind, den Betrieb einzuschränken und auf Lager zu arbeiten. Ebenso verhält es sich auch mit Band-eisen. Dagegen bleibt Formeisen zu Bau- und sonstigen Constructionen gut gefragt und findet auch flotten Absatz, so dass die betreffenden Etablissements noch voll besetzt und beschäftigt sind. In Blechen hat sich die Nachfrage noch nicht wieder belebt und fahren die Blechwalzwerke daher fort, ihren Betrieb einzuschränken und Feinbleche auf Lager zu legen. Man hofft indessen, dass die Bestände im dritten Quartal und den Herbstmonaten geräumt werden. Die Drahtindustrie geht anhaltend schwach, doch bessert sich die Lage derselben vielleicht bald, da in Amerika seit einigen Wochen eine lebhaftere Nachfrage für Draht bei steigenden Preisen zu verzeichnen ist. Die Stahlwerke sind noch gut beschäftigt und mit Aufträgen, insbesondere in Eisenbahnmateriale, noch reichlich versorgt, so dass sie voraussichtlich ihren vollen Betrieb noch lange aufrecht zu erhalten vermögen. Die Preise sind freilich um 10 Mark die Tonne gewichen, aber immer noch lohnend. Die Waggonfabriken haben am meisten zu thun und sind auch am reichlichsten mit Aufträgen versorgt. Die Maschinenfabriken und Eisen-giessereien befinden sich anhaltend in befriedigender Thätigkeit, ebenso die Kesselschmieden und Constructionswerkstätten, aber die Aufträge schmelzen zusammen, und neue gehen spärlicher ein. Im Kohlen-geschäft dauert die Zurückhaltung der Consumenten an und die Preise für Kohlen und Kokes haben sich noch nicht wieder befestigt, sind aber in den letzten Wochen ziemlich unverändert geblieben.

• Warschau-Wiener Bahn. Der 1889er Abschluss stellt sich im Vergleich zu den Ziffern des Vorjahres wie folgt:

	1889 Rubel	1888
Brutto-Einnahmen	9 393 363	9 563 765
Ausgaben	4 838 388	4 926 022
Netto-Ueberschuss	4 555 175	4 637 743
Davon sind zu decken:		
jährliche Rente des Staates	250 000	250 000
Dienst der Obligationen	1 879 666	2 165 577
1/2 proc. Actien-Amortisation	62 500	62 500
Tilgung des Capitals der Nebenbahnen	30 345	26 508
Tantième	26 102	35 163
Rest	3 306 561	2 097 993
Vom 1889er Gewinn sollen, wie bekannt, 9 Rbl. pro Actie als Divi-dende vertheilt werden mit 1 125 000 Rbl. Alsdann verbleiben noch 1 181 561 Rbl., und nach Hinzurechnung des unvertheilten Restes des Nettogewinns pro 1888 von 510 129 Rbl. stehen insgesamt zur Ver-fügung der Actionäre 1 691 690 Rbl. Es wird bekanntlich beabsichtigt, den grössten Theil dieses Betrages zu einer aussergewöhnlichen Ver-loosung von Actien in Höhe von 1 550 000 Rbl. zu verwenden. Welche Anforderungen bezüglich der Vertheilung des Reingewinns die Re-gierung stellen wird, ist noch nicht bekannt.		

• Zur Lage des Holzhandels auf der Weichsel. Die „Pos. Ztg.“ meldet: Beinahe die Hälfte der in diesem Jahre zu erwartenden Traften ist bereits eingetroffen. Die jetzigen Preise sind im Vergleich zum Vorjahre niedriger, der höhere Rubelcours wirkt ungünstig auf die Geschäftslage ein. Das Geschäft entfaltet sich zwar augenblicklich etwas lebhafter, doch sind die Preise gedrückt. Es steht indess zu erwarten, dass in nächster Zeit die Preise wieder besser werden, da Russland, wie verlautet, einen Holz-Ausfuhrzoll erheben will und sich deshalb die Zufuhren in den folgenden Jahren voraussichtlich verringern werden.

• Zahlungseinstellungen. Aus Rotterdam wird der „Frkf. Z.“ ge-schrieben: „Herr van der Nyver, der Besitzer der beiden grössten Rotterdamer Hôtels (Bath-Hôtel und Victoria-Hôtel) hat sich fallit erklärt. — Nach der „Köln. Ztg.“ hat die Firma D. Löwen u. Co. in Kopen-hagen (Maschinenfabrik) ihren Concurs angemeldet. — In der Gläu-biger-Versammlung der Firma Karcher u. Westermann in Ars, in welcher 130 Gläubiger vertreten waren, wurden nach der „N. Bad. Ldsztg.“ die Anträge auf Zwangsvergleich und Liquidation mit allen Stimmen gegen eine angenommen. Der Beschluss unterliegt der Be-stätigung des Amtsgerichts.

Verloosungen. [Ohne Gewähr.]

Ausbach-Gunzenhauser Eisenbahn-Anleihen vom Jahre 1856. Ziehung am 16. Juni. Auszahlung am 15. December 1890. Am 16. Mai gezogene Serien: Nr. 162 170 208 345 413 426 446 457 467 698 1040 1208 1460 1470 1490 1508 1650 1678 1723 1757 2071 2129 2498 2644 2659 2739 2792 2973 3184 3283 3449 3516 3744 3770 3858 3944 4099 4459 4683 4826 4905 5000. Hauptpreise: Serie 446 Nr. 44 à 12 000 Fl. Ser. 4099 Nr. 23 à 2000 Fl. Ser. 456 Nr. 21 à 500 Fl. Ser. 467 Nr. 47. Ser. 1208 Nr. 36. Ser. 1757 Nr. 43. Ser. 3516 Nr. 37. Ser. 3944 Nr. 30 à 100 Fl. Ser. 170 Nr. 40. Ser. 456 Nr. 19. Ser. 698 Nr. 40. Ser. 1040 Nr. 38. Ser. 2071 Nr. 37. Ser. 2129 Nr. 44. Ser. 2739 Nr. 6. Ser. 3770 Nr. 30. Ser. 4459 Nr. 15. Ser. 4683 Nr. 50 à 50 Fl. Ser. 162 Nr. 16. Ser. 170 Nr. 1, 10, 30. Ser. 467 Nr. 39. Ser. 1470 Nr. 30, S. 1678 Nr. 9, 46, S. 2129 Nr. 25, 42, 43, S. 2498 Nr. 19, S. 2659 Nr. 12, 28, Ser. 2792 Nr. 47. Ser. 2973 Nr. 4, Ser. 3184 Nr. 29, Ser. 3516 Nr. 10, 19, Ser. 3944 Nr. 10 à 30 Fl. Ser. 170 Nr. 13, Ser. 413 Nr. 36, Ser. 698 Nr. 1, 47, Ser. 1040 Nr. 23, Ser. 1208 Nr. 20, 21, Ser. 1470 Nr. 25, 43, Ser. 1650 Nr. 6, 38, Ser. 1678 Nr. 20, Ser. 1723 Nr. 33, Ser. 1757 Nr. 47, Ser. 2071 Nr. 24, Ser. 2129 Nr. 24, 30, Ser. 2498 Nr. 24, Ser. 2644 Nr. 22, Ser. 2739 Nr. 2, Ser. 2792 Nr. 15, 27, Ser. 3449 Nr. 26, 33, Ser. 3516 Nr. 28, Ser. 3770 Nr. 12, 33, 50, Ser. 3858 Nr. 25, Ser. 4683 Nr. 37, Ser. 4826 Nr. 31, Ser. 4905 Nr. 20 à 20 Fl. — Alle übrigen in den obigen Serien enthaltenen Nummern je 10 Fl.

• Stadt Neapel 250 Fr.-Loose vom Jahre 1871. Ziehung am 16. Mai. Auszahlung am 1. August 1890. Hauptpreise: Nr. 33329 à 50 000 Fr. Nr. 24678 30241 61319 à 1000 Fr. Nr. 42623 61249 66137 73499 75397 87258 à 500 Fr. Nr. 8572 13172 20351 26427 28238 38204 42792 55563 75189 82863 à 300 Fr. Nr. 12339 14907 15115 15502 20229 29953 33626 37682 41066 41681 44665 44998 45195 45680 45996 56283 52769 60211 68547 80745 à 300 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 250 Fr.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 18. Juni. Neueste Handelsnachrichten. Die See-handlung hat der „Voss. Ztg.“ zufolge bereits einen Theil der am 21. Juni fälligen Lombardgelder auf einen Monat, also bis zum 21. Juli prolongirt. An der heutigen Börse vermochten sich hei-mische Fonds von dem gestrigen empfindlichen Coursrückgange nicht unerheblich zu erholen; so gewannen 4proc. Reichsanleihe 0,50 Proc., 3 1/2proc. Reichsanleihe 0,30 pCt., 4proc. Consols 0,10 pCt., 3 1/2proc. Consols 0,30 pCt. Der Rückgang an der gestrigen Börse soll z. T. dadurch veranlasst gewesen sein, dass ein Speculant sich Stücke geliehen hat und dieselben zu Abgaben benutzte. Der Coursrückgang in unseren Staatsanleihen hat auch die Discussion über die Eventualität eines Wechsels im preussischen Finanzministerium wieder angeregt. An der heutigen Börse wurde von Neuem Herr Miquel als muthmaasslicher Nachfolger des Herrn von Scholz ge-nannt. Das Gerücht trug dazu bei, die Haltung der Börse zu be-festigen. Die Spanier waren an der heutigen Börse auf die Cholera-nachrichten 1 pCt. niedriger. — Der Cours der Stammprioritäten der Harkort'schen Bergwerke und chemischen Fabriken hat in den jüngsten Tagen und auch heute wieder einen starken Rück-gang erlitten, der damit erklärt wird, dass die Dividende niedriger ausfallen würde, als sie, nach den früheren Coursebemessungen zu urtheilen, angenommen worden war. — Vom 19. Juni c. ab werden Kursk-Kiew-Eisenbahnactien excl. Superdividendenscheins pro 1889 an hiesiger Börse gehandelt und notirt; vom 20. d. M. ab werden Marienburg-Mlawka-Actien excl. 1889er Dividende an hiesiger Börse gehandelt und notirt; auf schwedische Engagements ist 1/2 pCt. vom Course in Abzug zu bringen. — Die Confectionsfirma Malcol-mson u. Cie. in Newyork befindet sich, wie der „Confect.“ mittheilt, in Zahlungsschwierigkeiten, die Verbindlichkeiten betragen 170 000 Doll. — Die Wollwarenfirma Gillespie, Roach u. Cie., Montreal, hat ebenfalls ihre Zahlungen eingestellt, die Passiva betragen 130 000 Doll. Bei beiden Zahlungseinstellungen sind Berliner und andere deutsche Fabrikanten beteiligt.

Berlin, 18. Juni. Fondsbörse. Im Anschluss an die schwachen Abendbörsen und mütterchen Wien aus dem heutigen dortigen Früh-verkehr eröffnete hier die Börse lustlos zu weiter rückgängigen Notirungen. Bald nach Beginn konnte sich indess die Stimmung auf allen Gebieten befestigen, und schritt ein Theil der Contremine zu Deckungen, die rasch das Courseniveau besserten und die Mehrzahl der leitenden Speculationen wieder auf den gestrigen Dreihundert zurückbrachten. Als Motiv der Besserung wurde das deutsch-englische Abkommen be-zeichnet, insbesondere machte die Erwerbung der Insel Helgoland einen guten Eindruck. Im Ganzen hielten sich jedoch die Umsätze in engen Grenzen. Von Banken waren Disconto-Commanditantheile, Creditactien, Handels-gesellschaft und Dresdner Bank reger im Verkehr zu behaupteten Course. Credit ultimo 164,10—164,70, Nachbörse 164,50, Commandit 219,80 bis 220,60—221, Nachb. 220,60, Montanwerthe gebessert, Bochumer 165,30—165,25—166,75—166,60, Nachbörse 166,75, Dortmund 89,50 bis 89,75, Nachb. 89,70, Laura 142,20—142,60—142,30—142,60, Nachb. 142,75. Auch Kohlenactien erzielten Avancen. Oesterreichische Bahnen, die im Anschluss an Wiener Notirungen unter dem gestrigen Schluss-niveau eingesetzt hatten, konnten sich durchweg wieder erholen, namentlich Franzosen, Lombarden und Duxer. Deutsche Eisenbahnen gingen zu etwas niedrigeren Coursen um, besonders Mainzer und Ostpreussen. Von fremden Bahnen waren Gotthardbahn, Warschau-Wiener schwächer. Fremde Renten anfangs abrückend, gewannen den gestrigen Coursestand ebenfalls zurück. Russische Noten fest auf bessere Staatenstandsberichte aus Russland, ultimo 233—233,50, Nach-börse 232,50, 1889er Russen 96,40—96,50—96,40, Nachbörse 96,75, 4proc. Ungarn 89—89,20, Nachbörse 89,10. Cassamarkt still und wenig ver-ändert. Deutsche Fonds, sowohl als preussische, fest. 3 1/2proc. 30 Pf. höher, 4proc. Reichsanleihe 30 Pf., 4proc. preussische Anleihe 10 Pf. In österreichischen Prioritäten auch heute nur belangloses Ge-schäft bei wenig veränderten Coursen. Russische Prioritäten theilweise abgeschwächt. Mosco-Rjssan und Kursk-Kiew belebter.

Berlin, 18. Juni. Prodnotenbörse. Nach gestrigen starkem Gewitter ist heute das Wetter veränderlich wie im April. Wenn dieser neue Umschlag des Wetters auch nicht gerade schädlich ist, so wird er doch insofern nicht günstig aufgefasst, als er die Ernte zu verzögern angethan erscheint, wenn nicht wieder eine günstige Wendung eintritt. Darauf war der heutige Markt für die meisten Artikel fest. — Loco Weizen-behauptet. Von Terminen nahe in Deckung gesucht und neuerdings etwas theurer als gestern trotz schliesslicher Abschwächung infolge von Realisationen. Herbstlieferung dagegen konnte eine an-fänglich kleinere Besserung nicht behaupten und schloss kaum anders als gestern. — Loco Roggen ging zu festen Preisen mässig um. Im Terminhandel wirkte die veränderliche, vorherrschend nasse Witterung anregend, weil sie eine Verzögerung der Ernte befürchten lässt. Deshalb war auch hauptsächlich nahe Sicht gefragt und unter Schwankungen etwa 1 Mark theurer, wogegen die späteren Termine von Commissionären angeboten wurden und am Schlusse nur knapp 1/2 Mark höher standen als gestern. — Loco Hafer be-hauptet, feine Waare knapp. Termine bekundeten feste Tendenz; merklich besser aber nur nahe. — Roggenmehl und Mais fest. — Rüböl bei mässigem Handel fest, schliesslich per Herbst 30 Pf. theurer. — Spiritus effectiver Waare trotz schwacher Zufuhr über Bedarf vorhanden, notirte 20 Pf. niedriger. Termine bei mässigem Umsatz ohne nennenswerthe Veränderung.

Posen, 18. Juni. Spiritus loco ohne Fass 50er 54,10, 70er 34,20 Mark. — Tendenz: Behauptet. — Wetter: Regen.

Hamburg, 18. Juni, 3 Uhr 30 Min. Nachm. Kaffeemarkt. (Tele-gramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) Good average Santos per Juni 89 1/2, per September 88, per Decbr. 81 1/2, per März 1891 79 1/2. — Tendenz: Ruhig.

Hamburg, 18. Juni, 7 Uhr 25 Min. Nachm. Kaffeemarkt. (Tele-gramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) September 88, December 81 1/2, März 1891 79 1/2, Mai 1891 79 1/2. — Tendenz: Ruhig.

Amsterdam, 18. Juni. Nachm. Java-Kaffee good ordinary 54 3/4.

Havre, 18. Juni. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Ham-burger Firma Peimann Ziegler und Co.) Kaffee. Good average Santos per September 110,00, per December 102,00, März 1891 100,00. — Tendenz: Ruhig.

Hamburg, 18. Juni, 8 Uhr 20 Min. Abends. Zuckermarkt. (Telegramm von Arnth & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.) Juni 12,25, August 12,40, October-Dechr. 11,85, März 1891 12,15, Mai 1891 12,32. — Tendenz: Ruhig.

Paris, 18. Juni. Nachm. Zuckerbörse. Anfang. Rohzucker 88° ruhig, loco 31—31,25, weisser Zucker träge, per Juni 34,25, per Juli 34,37 1/2, per Juli-August 34,50, per October-Januar 33,50.

Paris, 18. Juni. Zuckerbörse. Schluss. Rohzucker 88° ruhig, loco 31—31,25, weisser Zucker ruhiger, per Juni 34,25, per Juli 34,37 1/2, per Juli-August 34,50, per Octbr.-Januar 33,50.

London, 18. Juni. Zuckerbörse. 96° Java-Zucker 14 3/4, stetig, Rüböl-Rohzucker (neue Ernte) 12 1/4, stetig.

London, 18. Juni, 11 Uhr 56 Min. Zuckerbörse. Stetig. Bas. 88°/100, per Juni 12,3, per Juli 12,3, per August 12,4 1/2, per October-December 11,9 3/4. Verkäufer.

Newyork, 17. Juni. Zuckerbörse. Fair refining muscovadoes 4 1/8.

Hamburg, 18. Juni. Petroleum. Ruhig. Loco 6,75 Br., per Aug.-December 7,10 Br.

Bremen, 18. Juni. Petroleum. (Schlussbericht.) Ruhig. Loco 6,65 Br.

Antwerpen, 18. Juni, 2 Uhr 15 Min. Nachm. (Petroleum-markt.) (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 17 1/4 bez. und Br., per Juni 17 1/4 Br., per August 17 1/8 Br., per September-December 17 1/2 Br. Ruhig.

Amsterdam, 18. Juni. Bancaan 57.

London, 18. Juni. — Uhr — Minuten. Kupfer. Chili bars good ordinary brands 59, 3 Monat 59 5/8.

London, 18. Juni. Zink, Blei und Roheisen ausgeblieben.

Glasgow, 18. Juni. Roheisen. 17. Juni. 18. Juni.

(Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. 44 Sh. 7 D. 45 Sh. — D.

Leipzig, 18. Juni. Kammzug-Terminmarkt. [Original-Tele-gramm von Berger & Co. in Leipzig.] 1. Depesche: Markt unregel-mässig. 4,17 1/2 bezahlt. 2. Depesche: 4,15, Verkäufer. 3. Depesche: 4,20 bezahlt. Käufer.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Berlin, 18. Juni. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom	17.	18.
Galiz. Carl-Ludw. ult.	86 90	86 90
Gotthard-Bahn ult.	171 50	171 36
Lübeck-Büchen ult.	169 —	169 10
Mainz-Ludwigshaf. ult.	118 10	118 20
Marienburg ult.	65 40	65 50
Mecklenburger ult.	—	—
Mitteelberr. ult.	—	113 50
Ostpreuss. St.-Act. ult.	98 70	98 60
Warschau-Wien ult.	216 —	217 80

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Cours vom	17.	18.
Breslau-Warschau ult.	62 50	62 20

Bank-Actien.

Cours vom	17.	18.
Bresl. Discontobank ult.	108 20	108 —
Do. Wechselbank ult.	106 50	106 50
Deutsche Bank ult.	167 —	165 60
Disc. Command. ult.	220 50	220 90
Oest. Cred.-Anst. ult.	164 50	164 70
Schles. Bankverein ult.	125 —	125 10

Industrie-Gesellschaften.

Cours vom	17.	18.
Archimedes ult.	138 —	138 —
Bismarckhütte ult.	216 —	215 70
Bochumer Gussstahl ult.	165 —	165 70
Bresl. Bierbr. St.-Pr. ult.	62 —	63 —
Do. Eisenb. Wagenb. ult.	161 70	159 —
Do. Pferdebahn ult.	145 —	144 —
Do. verein. Oelfabr. ult.	89 20	89 20
Donnersmarch ult.	82 30	83 50
Dortm. Union St.-Pr. ult.	89 20	89 20
Erbsenmühl. Spinn. ult.	97 60	97 50
Fraust. Zuckerfabrik ult.	145 —	140 —
Gieseler Cement ult.	132 20	132 20
Görlitz-Bd. (Lüders) ult.	168 90	167 —
Hofm. Waggonfabrik ult.	166 —	167 —
Kattowitz Bergb.-A. ult.	130 —	130 —
Krametz Leinen-ind. ult.	143 90	143 —
Laurahütte ult.	141 —	142 70
Nobelsdyn. Tr.-Cult. ult.	155 —	155 —
Nordl. Lloyd ult.	156 60	156 70
Oschl. Chamotte-F. ult.	136 40	136 40
Do. Eisb.-Bed. ult.	95 80	96 50
Do. Eisen-ind. ult.	173 70	173 70
Do. Portl.-Cem. ult.	128 20	128 20
Oppeln. Portl.-Cem. ult.	112 50	112 50
Redenhütte St.-Pr. ult.	117 50	117 50
Do. Oblig. ult.	—	—
Schlesischer Cement ult.	149 50	—
Do. Dampf-Comp. ult.	124 20	123 70
Do. Feuerversich. ult.	—	—
Do. Zinkh. St.-Act. ult.	181 90	181 70
Do. St.-Fr.-A. ult.	181 90	181 70

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Cours vom	17.	18.
Oberschl. 3 1/2 % Lit. E. ult.	—	—
Do. 4 1/2 % 1879 ult.	—	99 80
R.-O.-U.-Bann 4 1/2 % ult.	—	99 60

Ausländische Fonds.

Cours vom	17.	18.
Egypter 4 1/2 % ult.	97 90	97 70
Italienische Rente ult.	95 20	94 90
Do. Eisenb.-Oblig. ult.	58 40	58 38
Mexikaner ult.	99 —	99 —
Oest. 4 1/2 % Goldrente ult.	94 70	94 40
Do. 4 1/2 % Papierr. ult.	76 60	—
Do. 4 1/2 % Silber. ult.	77 30	77 30
Do. 1880er Loose ult.	125 70	125 60
Poln. 5 1/2 % Pfandbr. ult.	67 90	—
Do. Lique-Pfandbr. ult.	65 —	—
Rum. 5 1/2 % Staats-Obl. ult.	98 90	98 90
Do. 6 1/2 % do. ult.	102 80	102 70
Russ. 1880er Anleihe ult.	96 90	96 90
Do. 1883er do. ult.	108 90	108 60
Do. 1889er do. ult.	98 40	97 20
Do. 4 1/2 % Cr.-Pfor. ult.	99 80	99 70
Do. Orient-Anl. II. ult.	—	71 90
Serb. amort. Rente ult.	87 20	87 —
Türkische Anleihe ult.	19 20	19 10
Do. Loose ult.	81 —	80 50
Do. Tabaks-Actien ult.	136 70	136 —
Ung. 4 1/2 % Goldrente ult.	89 20	89 20
Do. Papierrente ult.	86 10	86 20

Banknoten.

Cours vom	17.	18.
Oest. Bankn. 100 Fl. ult.	173 90	173 75
Russ. Bankn. 100 Rbl. ult.	233 20	232 90

Wechsel.

Cours vom	17.	18.
Amsterdam lang. ult.	168 55	—
London 1 Letri. 8 T. ult.	20 32	—
Do. 1 3 M. 20 19 1/2 ult.	—	—
Paris 100 Frcs. 8 T. ult.	80 65	—
Wien 100 Fl. 8 T. ult.	173 50	—
Do. 100 Fl. 3 M. ult.	172 65	172 50
Warschau 100 Rbl. T. ult.	233 10	232 75

Berlin, 18. Juni, 3 Uhr 40 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Fest.

Cours vom 17. 18.

Berl. Handelsges. ult.	165 87	166 25
Disc. Command. ult.	220 50	221 —
Oesterr. Credit. ult.	164 50	164 62
Laurahütte ult.	141 62	142 75
Warschau-Wien ult.	217 25	217 50
Harpener ult.	188 50	189 25
Bochumer ult.	165 37	167 —
Dresdner Bank ult.	153 25	153 50
Hibernia ult.	161 25	162 25
Dux-Bodenbach ult.	219 12	220 —
Gelsenkirchen ult.	160 25	160 37

Berlin, 18. Juni. [Schlussbericht.]

Cours vom	17.	18.
Weizen p. 1000 Kg. ult.	—	—
Besser. ult.	—	—
Juni-Juli ult.	202 75	203 50
Juli-August ult.	184 25	185 —
Septbr.-October ult.	179 —	179 25
Roggen p. 1000 Kg. ult.	—	—
Besser. ult.	—	—
Juni-Juli ult.	152 —	153 25
Juli-August ult.	148 75	149 50
Septbr.-October ult.	146 50	147 25
Hafer p. 1000 Kg. ult.	—	—
Juni ult.	163 —	164 —
Septbr.-October ult.	138 —	138 25

Stettin, 18. Juni. — Uhr — Min.

Cours vom	17.	18.
Weizen p.		

Köln, 18. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per Juli 20, 50, per Nov. 18, 60. — Roggen loco —, per Juli 15, 20, per Nov. 14, 55. — Rüböl loco 72 —, per Octbr. 59, 00, Hafer loco 18, —.

Hamburg, 18. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, neuer 187—192. Roggen loco fest, mecklenburgischer neuer 175—180, russischer fest, loco 100—106. Rüböl ruhig, loco 70. — Spiritus fest, per Juni-Juli 22 3/4, per Juli-August 22 3/4, per August-Septbr. 23 1/2, per September-October 23 3/4. — Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 18. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco niedriger, per November 195. — Roggen loco geschäftslos, per October 120, per März 1891 121. — Rüböl loco 33, per Herbst 29 3/4, per Mai 1891 30 1/4.

Paris, 18. Juni. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet, per Juni 25, 60, per Juli 25, 20, per Juli-August 24, 90, per September-December 23, 60. — Mehl behauptet, per Juni 55, 40, per Juli 55, 40, per Juli-Aug. 55, 40, per September-December 53, 50. — Rüböl behauptet, per Juni 69, 75, per Juli 69, 25, per Juli-August 68, 50, per Septbr.-December 67, 75. — Spiritus matt, per Juni 36, —, per Juli 36, 50, per Juli-August 36, 50, per September-December 37, 00. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 18. Juni. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fester.

London, 18. Juni. [Getreideschluss.] Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, fast nominell unverändert. Mais stetig. Fremde Zufuhren: Weizen 32 510, Gerste 5010, Hafer 43 320.

Abendbörsen.

Frankfurt a. M., 18. Juni, 6 Uhr 55 Min. Abends. Credit-Actien 262,62, Staatsbahn 198,62, Lombarden 120,12, Laura 143,00, Ung. Goldrente 89,10, Türkenloose 25,25, Mainzer 118,20. Still.

Marktberichte.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Marktbericht vom 18. Juni 1890. Der Auftrieb betrug: 1) 108 Stück Rindvieh, darunter 64 Ochsen, 44 Kühe. Käufer hatten sich zum grossen Theil ihren Bedarf anderweitig decken müssen, weil durch das Verbot der Ausfuhr keine Auswahl vorhanden war. Der Markt verlief ohne jegliches Interesse. Unverkauft blieben 2 Ochsen, 3 Kühe. Man zahlte für 50 Kilo Fleischgewicht excl. Steuer: Prima Waare 52—56 M., II. Qual. 46—52 M., geringere 38—44 M. 2) 527 Stück Schweine. Der Markt in Schweinen verlief in fester Stimmung, das Geschäft war befriedigend. Unverkauft blieben 10 Stück. Man zahlte für 50 Kilo Fleischgewicht: beste feinste Waare 54—60 M., mittlere Waare 52—56 M. 3) 77 Stück Schafvieh. Das Geschäft war lebhaft. Gezahlt wurde für 50 Kilo Fleischgewicht excl. Steuer: Prima Waare 56—62 Mark, geringste Qualität 44—50 M. 4) 442 Stück Kälber erzielten Mittelpreise.

Grünberg, 17. Juni. [Getreide- und Productenmarkt.] Bei ziemlich regem Verkehr wurden auf dem gestrigen Wochenmarkt durchweg vorwöchentliche Preise gezahlt und zwar pro 100 Kilogramm Weizen 18,40—18 Mark, Roggen 17,40—17 Mark, Hafer 17—16,60 Mark, Kartoffeln 2,50—2,25 Mark, Stroh 4,50—4 Mark, Heu 6—5 Mark, Butter (Kilogr.) 1,60—1,50 Mark, Eier (Schock) 3—2,80 M. — Pro Kilogramm Schweinefleisch werden gezahlt 1,20 Mark, für Rindfleisch 1,10 Mark, Schöpsenfleisch 1,10—1,20 M., Kalbfleisch 1,00—0,90 M. — Die Witterung ist wieder wärmer geworden. Die Heuernte ist in vollem Gange, sie befriedigt sehr.

Vom Standesamte. 16./18. Juni.

Aufgebote.
Standesamt I. Lustig, Friedrich, Handelsmann, ev., Meissergasse 28, Hauke, Anna, t. ebenda. — Birke, Ernst, Gasanstalts-Collector, ev., Matthiasstr. 36a, Wuttke, Ernestine, ev., Schweidnitzerstr. 53. — Ulrich, Adolf, Hausb., t. Brigittenhof 5, Kurz, Martha, t. ebenda. — Feige, Richard, fädt. Lehrer, ev., Monahauptstr. 15, Scheer, Anna, ev., Kirchstr. 46. — Engel, Wilhelm, Schachmeister, ev., Schlegelstr. 10, Ködler, Bertha, ev., Antonienstr. 4. — Kärger, Karl, Hausb., ev., Matthiasstr. 25, Schenke, Auguste, ev., ebenda. — Berger, Hugo, Sergeant, t., Bürgerwerder, An den Kasernen 3, Wuttke, Elise, ev., Bürgerwerder, An den Kasernen 3b. — Lachmann, Paul, Buchhalter, ev., Ring 7, Lachmann, Martha, ev., Kl. Grobchengasse 5. — Liedel, Wilhelm, Maler, t., Neumarkt 27, Exner, Theophila, geb. Rudnicki, t. ebenda. — Remela, Hermann, Kaufmann, t., Grobburg, Janekki, Hedwig, ev., Hummeri 2. — Rosenmann, Paul, Metallb., ev., Wörtherstr. 5, Litsche, Elise, t. ebenda. — Bischof, Franz, Klempner, t., Gellhornstr. 31, Herzog, Bertha, ev., Kirchstr. 61. — Siegert, Adolf, Schloffer, ev., Matthiasstr. 44d, Seffe, Clara, ev., ebenda. — Fuchs, Reinhold, Droguist, ev., Paulinenstr. 7, Weininger, Helene, t., Gr. Dreilindengasse 20. — Ernst, Richard, Dr. med., t., Ursulinerstr. 5/6, Buder, Vicky, ev., Paulstr. 13. — Matuschek, Aug., Arbeiter, ev., Gold. Naderg. 5, Trippel, Pauline, ev., Antonienstr. 33. — Keil, Julius, Müller, ev., Krichen, Bertha, Helene, t., Salzstr. 31. — Tschöpe, Emil, Tischlerges., t., Mehlg. 21a, Schröder, Emilie, ev., ebenda. — Kronska, Wilhelm, Tischler, t., Kohlenstr. 3, Sommer, Emma, ev., ebenda. — Pilscher, Karl, Schuhm., ev., Kohlenstr. 5, Goldbrun, Rosina, ev., Matthiasplatz 13. — Schick, Wilhelm, Hausdiener, ev., Kl. Grobcheng. 35, Schmel, Emil, ev., Gr. Färberstr. 30. — Pilscher, Karl, Hausb., ev., Schubbrücke 81, Entschmann, Pauline, ev., Schweidnitzer Stadtgraben 10. — Gansel, Josef, Bäcker, t., Schmiedebrücke 29, Gottwald, Franziska, Oberstr. 16. — Gläfer, Wilhelm, Zimmergeselle, ev., Uferstr. 23b, Ludwig, Maria, t., Murrstr. 1. — Wobniak, Adolf, Bäckermeister, ev., Sandstr. 5, Gärtner, Anna, t., Moritzstr. 27.

Sterbefälle.
Standesamt I. Hänschel, Margarethe, t. d. Tapez. Theodor, 3 J. — Köster, Pauline, t. d. Arbeiter Carl, 4 J. — Jäg, Josefine, geb. Ganger, Blumenfabrikant, 61 J. — Schmidt, Rosina, geb. Heinze, Bahnarbeiterwitwe, 63 J. — Schloffer, Auguste, geb. Floede, Schuhmachere Witwe, 79 J. — Wüde, Friedrich, S. d. Mühlseifers Wilhelm, 2 M. — Friede, Hedwig, Verkäuferin, 22 J. — Velts, Alexander, S. d. Arbeiter Albert, 5 M. — Vänich, Martha, t. d. Arbeiter Carl, 13 M. — Neugebauer, Ernestine, geb. Brust, Klempnermeister Witwe, 46 J. — Schliebs, Stefanie, t. d. Schriftsetzers Paul, 1 J. — Woißel, Veronika, geb. Klein, Gerichts-Executiv Witwe, 83 J.
Standesamt II. Hänsler, Mar, S. d. Schiffszimmermanns Berthold, 5 M. — Ludwig, Ernst, Arbeiter, 35 J. — Krantowitsch, Elisabeth, geb. Schwefel, Schmiedefrau, 54 J. — Kempke, Paul, S. d. Arbeiter August, 3 M. — Wismann, Rosina, geb. Frei, Inspector Witwe, 70 J. — Marchky, Hermann, S. d. Handschuhmachers Paul, 3 J. — Thielsch,

Agnes, t. b. pens. Bremers August, 4 M. — Wehmann, Emma, t. b. Cigarrenmachers Paul, 3 St. — Jofsch, Margarethe, t. b. Schloffers Carl, 4 J. — Lindner, Agnes, t. b. Arbeiters Wilhelm, 9 M. — Stiller, Anna, geb. Morawe, Feuerwehrmanns Frau, 27 J. — Marschhausen, Paul, Wagennotiker, 39 J. — Lehnert, Gustav, Tischler, 18 J. — Bierick, Ida, geb. Rode, Arbeiterin, 33 J. — Blichner, Carl, Arbeiter, 59 J. — Zander, August, Tischler, 67 J. — Bogedale, Bertha, geb. Friemel, Kohlenhändler Frau, 27 J. — Schumann, Elise, t. b. Hilfsbremsers Josef, 2 J.

„SECURUS JUDICAT ORBIS TERRARUM.“

Apollinaris

NATÜRLICH
KOHLENSAURES MINERAL-WASSER.

Die Füllungen betragen

11,894,000 in 1887,

12,720,000 „ 1888,

und

15,822,000 „ 1889,

Flaschen und Krüge.

Vino da Pasto No. 1—4, sehr angenehme, rothe italien. Tischweine der Deutsch-Ital. Wein-Import-Gesellschaft, deren Qualität nach dem Ausspruche der kompetentesten Weinkenner von keinem der sogen. Bordeaux-Weine in gleicher Preislage erreicht wird. Die Weine der Gesellschaft stehen unter königl. ital. Staatscontrolle, daher absolute Reinheit gewährleistet. Höchste Auszeichnungen auf Fachausstellungen. [3247]
Zu beziehen in Breslau von: Franz Czaya, Fried. Wilh. Pohl Nachf., Kaiser Wilhelmstr. 8; J. Filke, Wolltestr. 15; Hermann Hollwig, Café Central, Königsstr. 9/11; Robert Schlabs, Ohlauerstr. 21, vis-à-vis der Bischofstr.

Gebr. Lohse, Chemnitz,
Baumwollen-Färberei
für alle Sorten Strumpfwaren und Gespinnste empfohlen
als Specialität [7086]
garantirt echt Anilinschwarz.

Die Verlobung meiner Tochter **Rosa** mit Herrn **Adolph Wolff** in Berlin beehre mich hiermit ergebenst anzuzeigen.
Ohlau, den 15. Juni 1890. [7234]
Johanna Durra, geb. Schlesinger.
Rosa Durra,
Adolph Wolff,
Verlobte.
Ohlau. Berlin.

Als Verlobte empfehlen sich:
Etti Langner,
Adolf Skalla.
Kempfen (Posen). Ratibor.
Edmund Weiss,
Hedwig Weiss,
geb. Becker, [2893]
Vermählte.
Breslau, den 18. Juni 1890.

Gustav Behrendt,
Martha Behrendt, geb. Rechnitz,
Vermählte.
Berlin, im Juni 1890. [2890]
Elaßstr. 38.

Statt besonderer Meldung!
Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen hoch erfreut an [8063]
Eugen Gutmann
und Frau
Jenny, geb. Goldstein.
Breslau, den 17. Juni 1890.

Statt besonderer Meldung.
Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoch erfreut an [7235]
Dr. Defer und Frau,
geb. Deverny.
Ohlau, den 17. Juni 1890.

Statt besonderer Meldung.
Heut verschied zu Salzbrunn an den Folgen einer Lungenentzündung unser geliebter unvergesslicher Mann, Vater und Grossvater, der Kaufmann [2896]
Simon Levy,
im 70. Lebensjahre.
Guhrau, Berlin, Hamburg, den 18. Juni 1890.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung in Guhrau Freitag Nachmittag.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Theilnahme, welche uns anlässlich des Heimganges unseres innig geliebten Gatten, Vaters und Bruders, des
Rector em. Julius Gregor,
von allen Seiten zu Theil geworden sind, sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank. [7268]
Froburg i. Schl., den 18. Juni 1890.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Heut früh verschied nach schweren Leiden unsere geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine
Fräulein Meta Forell.
Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigen dies statt jeder besonderen Meldung an [8076]
Die trauernden Hinterbliebenen.
Patschkau, Breslau, Berlin, den 18. Juni 1890.
Beerdigung: Freitag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Breslau.

Badewäsche
spottbillig wegen Aufgabe.
Albert Fuchs, Hofsch.,
Schweidnitzerstr. 49.

Zurückgeführt.
Dr. R. Kayser.
Nach meinem Ausscheiden aus der Königl. Universitäts-Poliklinik für Nervenkrankheiten halte ich wieder für Unbemittelte, die an **Nerven- u. Muskelkrankheiten** (Lähmung, Reissen, Krämpfe u. s. w.) leiden, unentgeltlich eine **Poliklinische Sprechstunde** ab: Vorm. 8—9, ausser Sonntags, in meiner Wohnung **Ohlauerstrasse 50, I.** Privatsprechstunde: Vorm. verlegt auf 1/2 10—1/2 11; Nachm. wie bisher. [7949]
Dr. Erich Gubitz,
Specialarzt für Nervenkrankh.

Dr. med. Scheps,
Batharzt.

Dr. G. Guttman,
prakt. Zahn-Arzt,
Schweidnitzerstr. 37, Alcerschiff.

Dr. med. Scheps,
Batharzt.

Dr. G. Guttman,
prakt. Zahn-Arzt,
Schweidnitzerstr. 37, Alcerschiff.

Schloßfreiheit
Nieten 4. Klasse taufst
Siegfried Wollstein,
Berlin, Leipzigerstr. 86.

Schloßfreiheit
Nieten 4. Klasse taufst
Siegfried Wollstein,
Berlin, Leipzigerstr. 86.

Flügel und Pianinos,
grad- und kreuzsaitig, neuester Construction, in großer Auswahl zu den solidesten Preisen. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen und sind auch stets gut reparirt auf Lager. Ratenzahlung bewilligt.
C. Vieweg's Pianoforte-Fabrik,
Breslau, Brüderstr. 10a. [5969]

Herz & Ehrlich, Breslau.
Verzinkte Drahtgeflechte.
Auf die nachstehenden Preise gewähren bei Entnahme **ganzer Rollen** à 50 Meter **10% Rabatt.**

Maschenweite des Geflechts in mm	76	76	76	51	51	51	38	38	32	25	19	13
Draht-Stärke in mm	1,2	1,6	2	1,2	1,6	1,8	1,2	1,6	1,2	1	0,9	0,7
Preis pro Quadrat-Meter	0,33	0,48	0,75	0,38	0,60	0,75	0,50	0,80	0,60	0,60	0,75	1,35
Am Lager vorrätig	100	100	100	100	100	100	100	100	100	40	100	100
Breiten in cm	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150

Stahl-Stachel-Zaundraht,
vorrätig in Rollen à 50 Meter und in Haspeln à 250 und 500 Meter.
Garantie gegen Lockerwerden der Stacheln.
Bei Entnahme grösserer Posten **Rabatt.** [6554]

Herz & Ehrlich, Breslau.

Ernst Ellein,
Telegraphen-Bau-Anstalt,
Breslau, Sneyenaplatz Nr. 1,
Sandstelegraphen, Telephon- u. Mikrophon-Anlagen aller Art [2894]
in sauberster Ausführung und soliden Preisen unter Garantie.

Bligableiter-Anlagen
nach bewährtestem System und neuesten Erfahrungen.
Elektrische Thurm-Uhren.

A. Battfeld, Breslau.
Einziges, im Deutschen Reiches patentirtes System!
D.R.P. Blitzableiter-Anlagen
Continuirliche und Doppel-Leitungen unter ständiger Selbstcontrolle.
Erste Referenzen von Autoritäten.
Vertretung in allen grösseren Städten Deutschlands. [5906]
In Breslau keinen Unter-Agenten.

